



Plenarprotokoll

93. Sitzung

Mittwoch, 23. September 2020

Gemeinsame Beratung

a) Bundesinvestitionspakt Sportstätten 2020.....

7149

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/2394

Dr. Sabine Sütterlin-Waack,
Ministerin für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung.....
Barbara Ostmeier [CDU].....
Kathrin Bockey [SPD].....
Joschka Knuth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....
Jörg Hansen [FDP].....
Claus Schaffer [AfD].....
Lars Harms [SSW].....

7149

7150

7152

7153

7154

7155

7157

b) Sportentwicklungsplanung für Schleswig-Holstein.....

7149

Bericht der Landesregierung
Drucksache 19/2395

Beschluss: 1. Annahme des Antrags
Drucksache 19/2394
2. Überweisung des Berichts Drucksache 19/2395 an den Innen- und Rechtsausschuss zur abschließenden Beratung.....

7158

Mündlicher Bericht über die Folgen der veränderten Einnahmesituation auf die mittelfristige Finanzplanung des Landes	7158	Kraftwerk Moorburg erhalten und Kraftwerk Wedel abschalten.....	7176
Antrag der Fraktion der AfD Drucksache 19/2287		Antrag der Fraktion der AfD Drucksache 19/2427	
Monika Heinold, Finanzministerin	7158	Jörg Nobis [AfD].....	7176, 7182
Jörg Nobis [AfD].....	7159, 7167	Andreas Hein [CDU].....	7177
Ole-Christopher Plambeck [CDU].	7161	Thomas Hölck [SPD].....	7178
Beate Raudies [SPD].....	7162	Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7179
Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7163	Oliver Kumbartzky [FDP].....	7180
Annabell Krämer [FDP].....	7165	Christian Dirschauer [SSW].....	7181
Lars Harms [SSW].....	7166, 7168	Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung.....	7182
Beschluss: Der Berichts Antrag Drucksache 19/2287 hat durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden.....	7168	Beschluss: Ablehnung des Antrags Drucksache 19/2427.....	7184
Wahl eines Stellvertreters für das Parlamentarische Kontrollgremium	7169	Gemeinsame Beratung	
Wahlvorschlag der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/2383		a) Humanitäres Aufnahmeprogramm für Geflüchtete aus Moria, Lesbos jetzt! - EU-Asylpolitik endlich reformieren.....	7184
Beschluss: Annahme des Wahlvorschlags Drucksache 19/2383 mit der erforderlichen Mehrheit.....	7169	Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/2434 (neu)	
Reduzierung von Plastik- und Verpackungsmüll innerhalb der Landesverwaltung in Schleswig-Holstein.....	7169	b) Humanität geht vor - Hilfe für die Flüchtlinge aus Moria jetzt! - EU-Asylpolitik endlich reformieren.....	7184
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/2322 (neu)		Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/2437 (neu)	
Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung.....	7169	Barbara Ostmeier [CDU].....	7184
Stefan Weber [SPD].....	7170	Serpil Midyatli [SPD].....	7185
Heiner Rickers [CDU].....	7171	Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7186
Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7172	Jan Marcus Rossa [FDP].....	7188
Dennys Bornhöft [FDP].....	7173	Claus Schaffer [AfD].....	7189
Volker Schnurrbusch [AfD].....	7174	Lars Harms [SSW].....	7190
Christian Dirschauer [SSW].....	7175	Regina Poersch [SPD].....	7192
Beschluss: Der Berichts Antrag Drucksache 19/2322 (neu) hat durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden.....	7176	Dennys Bornhöft [FDP].....	7192
		Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung.....	7193

Beschluss: 1. Der Antrag Drucksache 19/2434 (neu) hat durch die Mit-antragstellung zum Antrag Drucksache 19/2437 (neu) seine Erledigung gefunden		Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 19/2384	
2. Annahme des Antrags Drucksache 19/2437 (neu).....	7194	Barbara Ostmeier [CDU], Bericht-erstatteerin.....	7204
Ersatzwahl für den Richterwahl-ausschuss	7194	Daniel Günther, Ministerpräsident.	7204
Wahlvorschlag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP		Tim Brockmann [CDU].....	7205
Drucksache 19/2428		Stefan Weber [SPD].....	7206
Beschluss: Annahme des Wahlvor-schlags Drucksache 19/2428 mit der erforderlichen Zweidrittel-mehrheit.....	7194	Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7207
		Jan Marcus Rossa [FDP].....	7208, 7216
		Volker Schnurrbusch [AfD].....	7211, 7215
		Lars Harms [SSW].....	7213, 7216
		Doris Fürstin von Sayn-Wittgen-stein [fraktionslos].....	7214
		Beschluss: Verabschiedung des Ge-setzentwurfs Drucksache 19/2279..	7217
Ergebnisse der OECD-Analyse der Metropolregion Hamburg	7194	Gesundheitsversorgung für Kinder und Jugendliche sichern und stär-ken	7217
Bericht der Landesregierung		Antrag der Fraktion der SPD	
Drucksache 19/2191		Drucksache 19/2325	
Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Inneres, ländli-che Räume, Integration und Gleichstellung.....	7194	Gesundheitsversorgung für Kinder und Jugendliche	7217
Peter Lehnert [CDU].....	7195	Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW	
Kathrin Bockey [SPD].....	7196	Drucksache 19/2365 (neu)	
Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7197	Bernd Heinemann [SPD].....	7217
Stephan Holowaty [FDP].....	7198	Hans Hinrich Neve [CDU].....	7218
Jörg Nobis [AfD].....	7200	Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7219
Lars Harms [SSW].....	7201	Dennys Bornhöft [FDP].....	7220
Martin Habersaat [SPD].....	7202	Claus Schaffer [AfD].....	7221
Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7202	Jette Waldinger-Thiering [SSW]....	7222
Beate Raudies [SPD].....	7203	Dr. Heiner Garg, Minister für So-ziales, Gesundheit, Jugend, Fa-milie und Senioren.....	7223
Beschluss: Kenntnisnahme des Be-richts Drucksache 19/2191.....	7204	Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags Drucksache 19/2325	
Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zum Ersten Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge (Erster Medienän-derungsstaatsvertrag)	7204	2. Annahme des Alterna-tivantrags Drucksache 19/2365 (neu).....	7225
Gesetzentwurf der Landesregierung			
Drucksache 19/2279			

* * * *

Regierungsbank:

Daniel Günther, Ministerpräsident

Monika Heinold, Finanzministerin und Erste Stellvertreterin des Ministerpräsidenten

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren und Zweiter Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Claus Christian Claussen, Minister für Justiz, Europa und Verbraucherschutz

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung

Jan Philipp Albrecht, Minister für Energie- wende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

* * * *

Beginn: 10:04 Uhr**Präsident Klaus Schlie:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 35. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig.

Erkrankt sind die Abgeordneten Frau Dr. Bohn und Frau Touré. Wir wünschen ihnen gute Genesung.

(Beifall)

Beurlaubt wegen auswärtiger Verpflichtungen am Nachmittag ist Frau Ministerin Heinold.

Der Abgeordnete Kilian hat nach § 47 Absatz 2 der Geschäftsordnung mitgeteilt, dass er an der Teilnahme der heutigen Sitzung verhindert ist. Der Abgeordnete von Pein hat mitgeteilt, dass er an der Teilnahme der heutigen Vormittagssitzung verhindert ist. Der Abgeordnete Kumbartzky hat mitgeteilt, dass er an der Teilnahme der heutigen Sitzung ab 16 Uhr verhindert ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln:

Zu den Tagesordnungspunkten 2, 4 bis 9, 33, 37 bis 40 und 47 bis 49 ist eine Aussprache nicht geplant.

Von der Tagesordnung abgesetzt werden sollen die Tagesordnungspunkte 11, 15, 19, 23, 26, 28, 36, 41, 43 und 46.

Zur gemeinsamen Beratung vorgesehen sind die folgenden Tagesordnungspunkte: 16 und 24, Schülerinnen und Schüler im ÖPNV vor Infektionen schützen und Auswirkungen der Maskenpflicht an Schulen auf die Gesundheit der Schüler untersuchen, 20 und 50, Bundesinvestitionspakt Sportstätten 2020 und Sportentwicklungsplanung für Schleswig-Holstein, und 32 und 35, Humanität geht vor! Aufnahmeprogramm für Geflüchtete aus Moria, Lesbos jetzt! - EU-Asylpolitik endlich reformieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Ältestenrat wurde vereinbart, den Tagesordnungspunkt 4 A noch in dieser Tagung ohne Aussprache zu behandeln: Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Aufhebung des Gesetzes zur Einrichtung eines Registers zum Schutz fairen Wettbewerbs, Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 19/2107, Bericht und Beschlussempfehlung des

(Präsident Klaus Schlie)

Wirtschaftsausschusses, Drucksache 19/2438. - Da ich keinen Widerspruch höre, werden wir so verfahren.

Anträge zu einer Fragestunde oder einer Aktuellen Stunde liegen nicht vor.

Wann die weiteren Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratung der 35. Tagung. Wir werden heute und morgen unter Einschluss einer zweistündigen Mittagspause längstens bis 18 Uhr und Freitag ohne Mittagspause bis circa 14 Uhr tagen. - Ich höre keinen Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, begrüßen Sie auf der Besuchertribüne gemeinsam mit mir den Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages und unseren ehemaligen Kollegen Wolfgang Kubicki. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Wir freuen uns, dass der Präsident des Landessportverbandes, Herr Tiessen, gemeinsam mit weiteren Vertretern des LSV heute bei uns zu Gast ist. Ebenso begrüße ich Vertreterinnen und Vertreter der DLRG sowie weitere Besucherinnen und Besucher. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 20 und 50 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Bundesinvestitionspakt Sportstätten 2020

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/2394

b) Sportentwicklungsplanung für Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 19/2395

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht, wie ich sehe. - Für den Bericht zu b) erteile ich der Ministerin für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung, Dr. Sütterlin-Waack, das Wort.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung:

Guten Morgen, Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Guten Morgen, sehr geehrte Gäste! Mit Beschluss vom 4. Oktober 2017 sind wir als Landesregierung gebeten worden, bis Ende 2020 eine wissenschaftlich begleitete Sportentwicklungsplanung für das Land Schleswig-Holstein durchzuführen. Diesen Bericht legen wir heute pünktlich vor. Wir sind dabei das erste Flächenland in Deutschland, das eine derartig umfangreiche Bestandsaufnahme in Angriff genommen hat. Ich finde, darauf können wir ein bisschen stolz sein.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Meine Damen und Herren, in den letzten gut zwei Jahren haben wir dazu viele Expertinnen und Experten in die Erarbeitung einbezogen, und zwar von den Kreissportverbänden, den Landessportvereinen, dem Landessportverband, den IHK, den Fachverbänden, den Nichtorganisierten im Sport bis hin zu den Vertreterinnen und Vertretern der kommunalen Landesverbände und aus dem Bereich Tourismus. Insgesamt waren in sechs Arbeitsgruppen und einem Lenkungsausschuss neben den betroffenen Ressorts der Landesregierung Innen, Wirtschaft, Bildung und Soziales rund 100 Vertreterinnen und Vertreter der verschiedenen Interessengruppen des Sports, der Kommunen, der Wirtschaft und des Tourismus an der Erarbeitung von 118 Handlungsempfehlungen beteiligt.

Grundlage dieser Arbeit waren umfangreiche und repräsentative Befragungen der Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner zu ihren Wünschen im Bereich des Sports. Für diese sehr intensive Mitarbeit, die zahlreichen Diskussionen und die stete Kompromissbereitschaft möchte ich allen Mitstreiterinnen und Mitstreitern an dieser Stelle höchstes Lob und vor allen Dingen den ganz großen Dank der Landesregierung aussprechen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Meine Damen und Herren, wir geben Ihnen mit diesem umfassenden Bericht nicht nur eine Bestandsaufnahme, sondern auch einen Handlungsleitfaden an die Hand. Wenn Sie hineinschauen, können Sie erkennen, wie sich der Sport der Zukunft entwickelt, wie sich die Bürgerinnen und Bürger den Sport der Zukunft vorstellen, und Sie werden sehen können, wohin sich die gesamte Sportlandschaft unseres Landes entwickeln wird. Der heute der De-

(Ministerin Dr. Sabine Sütterlin-Waack)

batte beiwohnende Präsident des Landessportverbandes, Herr Hans-Jakob Tiessen, würde nun vom Sport als dem sozialen Kitt der Gesellschaft sprechen. Lieber Herr Tiessen, ich möchte an dieser Stelle deutlich betonen, dass die Landesregierung den Wert des Sports für unsere Gesellschaft sehr hoch einschätzt,

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

und wir schätzen vor allem das Engagement der über 90 % ehrenamtlich Tätigen in unseren Vereinen und Verbänden sehr.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt CDU)

- Sie können gleich weiterklatschen. Ich möchte ihnen deshalb stellvertretend für den organisierten Sport sehr herzlich danken.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns mit den genannten Partnern die breite Öffentlichkeit von den Vorzügen einer Neuausrichtung des Sports in unserem Land überzeugen und für die Mitarbeit gewinnen!

In diesem Zusammenhang ist es selbstverständlich unerlässlich, dass wir als Land für eine gute Sportinfrastruktur sorgen. Gerade Sportstätten spielen vor dem Hintergrund des sozialen Zusammenhalts, der Integration und der Gesundheit der Bevölkerung eine sehr wichtige Rolle. Ohne eine funktionale und bedarfsgerechte Sportstätte sind gesunde Bewegung und sportliche Betätigung in der Regel nur sehr schwer möglich.

Seit 2015 sind in Schleswig-Holstein mehr als 40 Millionen € in die Sanierung der kommunalen Sportstätten geflossen - im Wesentlichen zum Nutzen des Breiten-, des Freizeit- und des Gesundheitsports. Auch darauf können wir stolz sein, meine Damen und Herren.

Der Investitionspakt zur Förderung von Sportstätten im Kontext der Städtebauförderung versetzt uns als Land in die komfortable Situation, unseren Kommunen helfen zu können. Wir greifen ihnen beim Erhalt der Sportplätze und der Sporthallen zusammen mit dem Bund weiterhin unter die Arme.

Dieses Jahr sind es gut 6 Millionen € an Bundes- und Landesmitteln, die Schleswig-Holstein dafür zur Verfügung stellt. Insgesamt hat der Bund bis zum Jahr 2024 rund 21,7 Millionen € an Mitteln angekündigt. Vielleicht nehmen Sie unseren Dank von

Kiel aus mit nach Berlin, Herr Kubicki; das würde uns sehr freuen.

Der Bund übernimmt dieses Jahr bei den Projekten 75 % der förderfähigen Kosten. Das Land beteiligt sich mit 15 %. Die jeweilige Gemeinde muss lediglich 10 % tragen. Damit können wir unsere Sportstätten baulich umfassend gut und barrierefrei so ausgestalten, dass sie zu Mittelpunkten unserer Dörfer, Städte und Stadtteile sowie zu Orten der Integration und des sozialen Zusammenhalts werden. Damit fördern wir den sozialen Zusammenhalt, und damit sind wir, lieber Herr Tiessen, wieder beim Sport als Kitt der Gesellschaft.

Ich freue mich daher sehr, dass ein Antrag vorliegt, mit dem sich der Schleswig-Holsteinische Landtag zur Umsetzung des Investitionspaktes Sport bekennt. Wie Sie sehen: Beim Thema Sport sind Ihnen meine Unterstützung und die unseres Hauses sehr sicher. Sorgen wir gemeinsam für gute Bewegung in unserem Land! Lassen Sie unser schönes Bundesland gemeinsam zum Sportland Schleswig-Holstein entwickeln! - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Birgit Herdejürgen [SPD])

Präsident Klaus Schlie:

Sehr geehrte Frau Ministerin, ich habe Ihren freundlichen Guten-Morgen-Gruß mit „Guten Morgen, Frau Abgeordnete“ erwidert. Für das Protokoll revidiere ich das: Guten Morgen, Frau Ministerin!

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die CDU-Fraktion hat die Abgeordnete Barbara Ostmeier.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Ministerin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Und - stellvertretend für alle Freunde des Sports -: Sehr geehrter Herr Tiessen! Seit 2012 setze ich mich mit breiter Unterstützung meiner Fraktion für die Belange des Sports ein. An dieser Stelle danke ich auch meiner Fraktion für diese breite Unterstützung.

(Beifall CDU, Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Annabell Krämer [FDP])

Ich darf Ihnen sagen: Heute freue ich mich wirklich. Letztens hat ein Kollege gesagt: Nun freu dich doch mal über kleine Erfolge! - Jeder, der mich kennt, weiß: Es fällt mir schwer, mich über kleine

(Barbara Ostmeier)

Erfolge zu freuen. Aber heute freue ich mich wirklich.

(Beifall CDU - Heiner Rickers [CDU]: Es sind ja auch große Erfolge!)

Mit dem heutigen Tag schreiben wir ein kleines bisschen Sportgeschichte in Schleswig-Holstein; denn das vor uns liegende Werk - das Ergebnis der wissenschaftlich begleiteten Sportentwicklungsplanung - ist für unser Bundesland schon eine kleine Sensation.

Fünf Minuten sind übrigens viel zu kurz, um alles das darzustellen, was an Positivem in dieser Expertise vorliegt. Ich hatte gehofft, die Ministerin werde überziehen. Das hat sie mir nicht gegönnt!

(Heiterkeit)

Nichtsdestoweniger: Eine derartig umfangreiche, breit aufgestellte Bestandsaufnahme über die Bedarfe des Sports in einem Flächenland - die Ministerin hat es gesagt - hat es bisher nicht gegeben.

Viel bedeutender und ebenfalls einzigartig ist das breit aufgestellte, klare Bekenntnis zum Sportland Schleswig-Holstein. Unter der Federführung des Innenministeriums haben sich der Landessportverband, die Fachverbände, der Profisport ebenso wie der nicht organisierte Sport, die kommunalen Landesverbände, die Industrie- und Handelskammer, Tourismusorganisationen sowie - und das ist nicht trivial - Vertreterinnen und Vertreter des Wirtschafts-, des Sozial- und des Bildungsministeriums dem Auftrag des Plenums folgend der Aufgabe gestellt. Charakteristisch für Schleswig-Holstein ist dabei: Es gibt eine Zukunftsperspektive mit den Menschen für die Menschen; denn auch unsere Bürgerinnen und Bürger sind gefragt worden.

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen allen für dieses Engagement und das gemeinsame Bekenntnis.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Liebe Ministerin, insbesondere aber auch liebe Frau Staatssekretärin Herbst, ich danke Ihnen sowie Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aufrichtig und von ganzem Herzen für die hervorragende und erfolgreiche Leitung, Lenkung und Koordinierung dieses Prozesses. Aus 118 Handlungsempfehlungen 29 Start-up-Projekte zu entwickeln und hieraus die ersten acht zu priorisieren - Chapeau!

Dass diese Arbeit auch noch unter den erschwerten Bedingungen der Coroneinschränkungen geleistet wurde, verdient besonderen Respekt und Anerken-

nung. Dafür danke ich allen Beteiligten ganz, ganz herzlich.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist der reale Beweis, der reale Beleg für die integrative Kraft des Sports. Wer es bisher nicht gewusst hat - hier haben Sie den Beleg.

Der organisierte Sport - Herr Tiessen ist mehrfach zitiert worden; er sagt es ja immer wieder, und auch ich zitiere ihn gern - ist der Kitt der Gesellschaft. Deshalb ist die ressortübergreifende Beteiligung unserer Ministerien so wichtig und nicht trivial. Dass im Leitbild der Sport als Querschnittsaufgabe verstanden wird, ist aus meiner Sicht vielleicht sogar eines der bedeutsamsten Bekenntnisse.

Aus der Vielzahl bedeutender Aussagen kann ich aus Zeitgründen nur einen kleinen Ausschnitt erwähnen. Es geht um ein Bekenntnis zu unseren Vereinen als Herz des Sports. Über ihre originären Aufgaben hinaus sind die rund 2.600 überwiegend ehrenamtlich geführten Vereine der wesentliche Motor für Inklusion und Integration. Wir alle sind auf diese Unterstützung angewiesen, wenn wir Inklusion und Integration zum Schwerpunkt unseres politischen Handelns machen.

„Kein Kind ohne Bewegung!“ - darin kommt nun tatsächlich die zukunftsweisende Kraft der Sportentwicklungsplanung zum Ausdruck. Dabei muss in einem Land zwischen den Meeren natürlich die Schwimmausbildung ein wichtiger Ansatz bleiben!

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Beate Raudies [SPD])

Liebe Sportlerinnen und Sportler, liebe Freunde des Sports, der Sport ist in unserer Landesverfassung als Staatsziel verankert. Die Jamaika-Regierung hat dem Sport im Koalitionsvertrag erstmals breiten Raum gegeben. Die Jamaika-Regierung unter der Leitung unseres Ministerpräsidenten Daniel Günther lässt den Worten auch Taten folgen.

Mit dem vorliegenden Antrag zum Bundesinvestitionspakt Sportstätten werden für vier Jahre Bundesmittel in Höhe von insgesamt 25 Millionen € bereitgestellt - allein für Schleswig-Holstein. Dies ist die konsequente Fortsetzung des Abbaus des Sanierungsstaus. Auch in diesem Antrag zeigt sich die verbindende Kraft des Sports; denn er wurde von der überragenden Mehrheit dieses Parlaments unterzeichnet. Auch dafür bedanke ich mich sehr herzlich.

(Barbara Ostmeier)

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns weiterhin gemeinsam im Schulterschluss vorangehen! Wir wollen die schon heute spürbare Anhebung der institutionellen Förderung des Landessportverbandes fortführen, auf 10 Millionen € anheben und strukturell absichern. Lassen Sie uns als Parlamentarierinnen und Parlamentarier den vorliegenden Kompass fest in beide Hände nehmen und den Aufstieg zum Sportland des Nordens beginnen. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Kathrin Bockey.

Kathrin Bockey [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor uns liegt ein umfassendes Werk zur Sportentwicklung des Landes, zu Stolpersteinen und Potenzialen, ein ganzer Aktenordner mit Handlungsempfehlungen. Meine Damen und Herren, ich darf resümieren: Die Bestandsaufnahme ist gelungen. Mein Dank an dieser Stelle gilt allen Beteiligten, die an dieser Studie mitgewirkt haben, aber auch und insbesondere am heutigen Tage neben den Verbänden und Vereinen denen, die das Ganze auf Sachbearbeiterebene in den Ministerien begleiten. Ich glaube, das ist eine große gemeinsame Anstrengung gewesen.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Ich darf Ihnen aber auch sagen: Mit dieser Handlungsempfehlung hat Jamaika die Latte der Erwartungen bei Vereinen, Verbänden und nicht zuletzt bei den Bürgerinnen und Bürgern hoch gehängt. Wenn ich vor dem Bericht gefragt wurde, welches die großen praktischen Herausforderungen für uns in Schleswig-Holstein im Bereich des Sports sind, dann habe ich immer drei Dinge genannt: verändertes Freizeitverhalten der Bürgerinnen und Bürger und damit Veränderungen für die Vereine und Kommunen, marode Sportstätten und: Unsere Kinder lernen zu spät Schwimmen oder eben gar nicht. Auch dazu gab es schon im Jahr 2017 die ersten Reden, die ich hier live miterlebt habe. Insofern muss ich unter dem Strich für mich sagen und das Fazit ziehen: Fast alles in diesem Bericht ist richtig; vieles ist allerdings auch nicht ganz neu.

Und ja, es mag schon sein, dass es das erste Mal ist, dass sich das Innenministerium, das Sozialministerium, das Bildungsministerium und das Wirtschaftsministerium gemeinsam an einen Tisch gesetzt und über Sport geredet haben. Ja, es ist wichtig, dass Politik und Gesellschaft Sport und Sportförderung als eine Querschnittsaufgabe anerkennen. Als Sportpolitikerin hoffe ich inständig, dass sich daraus auch in Zukunft Verbindlichkeiten aus den verschiedenen Ressorts ableiten lassen und dass die heiße Luft dann nicht zu einem lauen Lüftchen verkommt, wenn es darum geht, konkret den Sport auch tatsächlich in den einzelnen Projekten zu fördern.

Meine Damen und Herren, bei 118 Handlungsempfehlungen ist es schwierig, in fünf Minuten ein allumfassendes Bild abzuliefern. Ich möchte deshalb einen kurzen Blick auf den Bereich der Kommunen werfen. Deren Wichtigkeit für den Sport wird in der Studie hervorgehoben. Deren finanzielle Eigenverantwortung wird allerdings auch immer wieder betont. - Nachtigall, ich hör' sie schon.

Kommunen brauchen Sportentwicklungspläne, und am besten schließen sie sich dafür regional zusammen. Dieser Schluss ist auch nicht ganz neu. Was mir an dieser Stelle fehlt, das ist die konkrete, weitergehende Förderung von Kommunen, die Sportentwicklungspläne machen und die sich dabei tatsächlich vernetzen. Denn diese Aufgabe ist nicht banal, weder finanziell noch in der Umsetzung.

(Beifall SPD)

In der Studie wird festgestellt, dass sich die Kommunen im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten um ihre Sportstätten kümmern sollen. Und auf Seite 35 ist in der Empfehlung 41 dann zu lesen, dass der Rückbau von Sportanlagen zur effizienteren Auslastung kein Tabuthema mehr sein darf. Chapeau!

Durchaus schlüssig ist dann die weitere Empfehlung zur Gründung eines Innovationszentrums, um Sport- und Bewegungsräume in Modellprojekten zu entwickeln. Meine Damen und Herren, wenn Sie in Lübeck mal auf die Falkenwiese gehen, dann können Sie sich dort erste sportarchitektonische Anregungen holen.

Trotzdem ist es natürlich eine schwierige Angelegenheit, Sportentwicklungspläne in den Kommunen und aber eben auch neue Bewegungsräume zu entwickeln. Es ist schön, wenn man dabei Anregungen von einer Innovationsagentur bekommt. Es wäre noch schöner, wenn das dann auch vom Land in irgendeiner Form finanziell honoriert werden würde; denn ich glaube, dass viele Kommunen - insbeson-

(Kathrin Bockey)

dere in diesen Zeiten, aber auch schon, wenn man sie vor zwei Jahren gefragt hätte - durchaus Schwierigkeiten hatten und haben, diese hochfliegenden Pläne in eigener Verantwortung umzusetzen.

In meiner Rede von 2017 hatte ich festgestellt, dass den Kommunen das Geld für eine eigene regional vernetzte Entwicklungsplanung fehlt. Dieser Umstand - ich muss es noch einmal sagen - hat sich nicht geändert.

Was unter dem Strich eine Innovationsagentur für die Kommunen bringt, das bleibt am heutigen Tage Ihrer Fantasie überlassen.

Lassen Sie mich abschließend feststellen: Sportvereine und -verbände, aber auch die Kommunen leisten Großartiges für die Gesellschaft. Und mehr finanzielle Kontinuität bei der Aufgabenerfüllung würde ihnen nicht nur die Arbeit erleichtern, sondern es würde ihnen auch helfen, effektivere Ergebnisse zu erzielen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang daran erinnern, was wir für ein großartiges Engagement im Rahmen der Flüchtlingskrise von den Sportvereinen erlebt haben. Die geschrumpften Integrationsmittel - das muss ich ganz ehrlich sagen - sind auch so ein Stilmittel, mit dem man ehrenamtliches Engagement wirklich um die Ecke bringen kann. Wenn man dann als Verband ständig aufgefordert ist, neue Konzepte zu entwickeln, weil immer weniger Geld zur Verfügung steht, dann ist das nicht wirklich hilfreich. Ich glaube, es ist eine der großen Aufgaben, zu besseren Lösungen auch in schwierigen Zeiten zu kommen.

Meine Damen und Herren, ich hoffe, und ich hoffe das wirklich sehr, dass diesem Landessportentwicklungsplan eine gute Zukunft beschieden sein wird. Ich muss Ihnen aber auch sagen, meine Damen und Herren von der Jamaika-Regierung: Der Erfolg Ihrer Politik wird sich nicht an diesem Plan erweisen, sondern daran, wie stringent die Forderungen tatsächlich in die Tat umgesetzt werden. Hieran lassen Sie uns alle gemeinsam arbeiten. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Joschka Knuth.

Joschka Knuth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch im Namen meiner Fraktion danke ich dem Ministerium und aus dem Leitungsbereich den Fachreferentinnen und Fachreferenten ausdrücklich für die Erarbeitung dieses Sportentwicklungsplanes. Ich möchte allerdings auch allen anderen Beteiligten aus dem organisierten Sport, von Wissenschaft und Wirtschaft und weit darüber hinaus - wir haben es gehört - danken, die maßgeblich dazu beigetragen haben, dass wir einen so fundierten und auch ausführlichen - wir haben es gehört - Sportentwicklungsplan bekommen haben.

Die breite Beteiligung an der Erstellung zeigt aber auch die Bedeutung des Sports für das Land Schleswig-Holstein. Es ist heute bereits viel Richtiges gesagt worden zur Bedeutung des Sports, zu seiner gesamtgesellschaftlichen Rolle als Motor für Bewegung und Gesundheit, für Zusammenhalt und Integration und damit auch zur Bedeutung des Sports für alle Sporttreibenden und den im Sport organisierten Menschen.

Ich möchte mit zwei Anekdoten fortfahren. Sport lehrt uns beispielsweise Verantwortung, nicht nur im Team, sondern auch darüber hinaus. So habe ich es lernen dürfen, als ich als Schüler in meinem Heimatverein unter anderem an der Organisation von Turnieren und Wettkampfveranstaltungen beteiligt war. Das war eine konkrete Verantwortung, die ich damals als junger Mensch getragen habe, erstmalig außerhalb der Schule. Es ist der Sport, und es sind die vielen Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtler, die einem Jugendlichen solch wichtige Erfahrungen ermöglichen. Ich bin fest davon überzeugt: Wer sich im Sportverein engagiert, ist auf die Aufgaben des Lebens besser vorbereitet.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Sport lehrt uns aber auch Vertrauen, wenn wir uns im Team aufeinander verlassen können. Sport lehrt uns auch, unsere Grenzen auszutesten, an unser Limit und darüber hinaus zu gehen, wenn der Wettkampfgedanke, und das ist ja Sinn des Sportes, überwiegt und wir uns mit anderen messen.

Aber es sind nicht nur die ausschließlich positiven Erfahrungen, die prägen. Ich erinnere mich beispielsweise daran, wie einer meiner Mannschaftskollegen, als ich ein junger Teenager von ungefähr 13 Jahren war, von einem anderen vor dem Sport mit einem Stock über den Platz gejagt wurde. - Das geschah nicht aufgrund eines Streits, sondern weil der Kollege, der gejagt wurde, schwarz war. Das ist

(Joschka Knuth)

der Trainingstag, an dem uns unser Trainer vorbildlich und eindringlich klarmachen musste, dass Rassismus im Sport keinen Platz haben darf, und wir alle doch erfahren mussten, dass er doch stattfinden kann und wir alle Verantwortung dafür tragen, gegen Rassismus und für aktiven Antirassismus auch im Sport einzustehen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und SSW)

Selbstredend hat der Nazi danach nicht mehr mit uns Fußball gespielt, aber es ist so verdammt wichtig, dass in solchen Situationen hingeschaut wird, dass wir ausgebildete, aktive, gute Trainerinnen und Trainer haben. Das garantiert der organisierte Sport; denn im Sport und in den Vereinen spiegelt sich auch unsere Gesellschaft wider.

Wenn ein Drittel der Bevölkerung in den Sportvereinen organisiert ist, sind diese mit die wichtigsten Multiplikatorinnen und Multiplikatoren unserer Zeit. Gerade im organisierten Sport muss mit gutem Beispiel vorangegangen werden, und glücklicherweise passiert das auch. Es freut mich beispielsweise sehr, auch aus dieser Erfahrung heraus, heute zu sehen, dass Vereine von sich aus Kampagnen für Toleranz und Vielfalt im Sport starten. Viele Grüße nach Grundhof an dieser Stelle.

Es freut mich sehr, dass der Sport eine so proaktive Rolle bei der Integration Geflüchteter spielt oder wenn in Sportvereinen die Teilhabe von Menschen mit Behinderung ermöglicht wird. Das zeigt auch, dass sich der Sport der gesellschaftlichen Herausforderung annimmt und sie auch bewältigen kann. Denn, so wie sich unsere Gesellschaft immer weiterentwickelt, entwickelt sich auch die Sportlandschaft und deren Struktur immer weiter. Sie muss sich auch immer weiterentwickeln, da sich das Sportverhalten der Bevölkerung verändert. Das ist normal. Neue Sportarten kommen hinzu oder werden beliebter, andere büßen an Beliebtheit ein. Die Strukturen und die Sportstätten dafür müssen entstehen, erhalten oder erneuert werden.

Insbesondere im Bereich des Leistungssports stehen wir im Wettbewerb mit anderen Ländern gerade in Stützpunktsportarten, bei denen wir feststellen, dass andere Länder massiv in ihre Infrastruktur investieren. Selbstverständlich müssen und werden wir als Land unseren Teil dazu beitragen, dass wir eine ausreichende und auskömmliche Finanzierung des Sports im Land weiter

(Beifall CDU)

für strukturelle Kosten genauso wie für die Finanzierung einer guten und wettbewerbsfähigen Sportstätteninfrastruktur sicherstellen. Dafür haben Sie unser Wort.

Der Sport lebt vom Ehrenamt. Dieses große gesellschaftliche Engagement braucht eine gute Infrastruktur und eine gute hauptamtliche Struktur zur Unterstützung, gerade wenn wir wollen, dass der Sport mit seinen großen ehrenamtlichen Strukturen auch in Zukunft an der Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen mitwirken soll.

Auf alle Entwicklungen wollen wir Antworten geben und für sie gewappnet sein. Dafür haben wir jetzt erstmalig einen Sportentwicklungsplan. Das ist ein wichtiges Signal und ein wichtiger Baustein für den Sport und eine wichtige Grundlage für die künftige sportpolitische Arbeit, die wir auch mit der Entwicklung des Zukunftsplans „Sportland Schleswig-Holstein“ fortsetzen werden. Ich freue mich sehr, dass wir hier weitgehend fraktionsübergreifend an einem Strang ziehen. Vielen Dank dafür ausdrücklich. Für den Sport im Land lassen Sie uns gerne so weiterarbeiten. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion der FDP hat der Abgeordnete Jörg Hansen.

Jörg Hansen [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich las kürzlich ein bemerkenswertes Interview von Ian Gillan, das ist der Sänger von Deep Purple, der sagte:

„Dieses ‚Lasst uns alle gemeinsam über die Ziellinie laufen und dabei an die Hand fassen‘, puh, das ist doch kein Sport.“

Recht hatte er. Sport ist vielmehr, seine eigenen Talente zu trainieren, auszuprobieren und zu messen. Tagtäglich können wir das im Wettkampf beobachten. Aber der Sport ist vor allem eines: Sport ist ein Erfolgsgarant für die Gesellschaft.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Jetzt liegt er also vor uns: der mit Spannung erwartete Sportentwicklungsplan. Im Koalitionsvertrag haben wir hierzu die Weichen gestellt. Ich will durchaus anerkennen, dass sich auch die Koalition dieses Themas angenommen hatte. Aber ich

(Jörg Hansen)

bin davon überzeugt, dass wir nun einen ganz anderen Geist in die Sache bekommen oder, um es mit den Worten des Präsidenten des Landessportverbandes, Hans-Jakob Tiessen, zu sagen: Wir haben den Sport aus der Nice-to-have-Ecke herausgeholt.

Dass uns die SPD in der Einstiegsdebatte in diesem Hause weismachen wollte, dass „etwas mehr gehen“ sollte „als der Landessportentwicklungsplan, der die Realität weder in Breite noch in der Tiefe abbilden kann“, ist mit diesem Bericht eindrucksvoll widerlegt.

(Beifall FDP und CDU)

Der Sportentwicklungsplan liegt fristgerecht vor, und zwar mit einer umfassenden Beteiligung, die ich an dieser Stelle nicht zu wiederholen brauche. Es wurde eine Befragung der Kommunen mit einem Rücklauf von 78 %, aber auch eine sehr repräsentative Bürgerbefragung durchgeführt. Das war Projektarbeit mit vielen Playern, wie es besser nicht geht, mit Antworten und Handlungsansätzen. Dafür gehört dem Innenministerium und dem Projekt „Zukunftsplan Sportland Schleswig-Holstein“ mein Dank.

Wir haben parallel die Förderung kommunaler Sportstätten, den Leistungssportbereich und die Nachwuchsförderung vorangetrieben. Das sei der Vollständigkeit halber erwähnt. Wir begrüßen daher ausdrücklich den Bundesinvestitionspakt Sportstätten 2020. So ganz kommt er zwar noch nicht an den von Horst Seehofer angekündigten „Goldenen Plan“ heran, aber man will ja nicht herummäkeln. Noch ist es ein „Plänchen“, aber ich bin dankbar dafür. Ich bin auch dankbar dafür, dass wir die erforderlichen Schritte des Landes beschließen wollen.

Sehr geehrte Damen und Herren, Hippokrates von Kos sagte in der Antike:

„Wenn wir jedem Individuum das richtige Maß an Nahrung und Bewegung zukommen lassen könnten, hätten wir den sichersten Weg zur Gesundheit gefunden.“

(Zuruf - Heiterkeit SPD)

Das gilt auch noch heute. Deswegen muss man Ian Gillan von Deep Purple natürlich ergänzen. Sport ist der beste Weg zur Gesundheit, zur Gesunderhaltung und zur Gesundheitsprävention. Studien fanden beispielsweise heraus, dass Sport den Weg in die Demenz verzögern und verloren gegangene Fähigkeiten wieder auffrischen kann. Ohne Frage, auch andere Aspekte wie Teamgeist oder soziale Kontakte und so weiter sind tragende Säulen des

Sports, aber auch im Wettkampf und um sich beweisen zu können. Die Beispiele „Schule und Verein“, „Kein Kind ohne Sport“ sind genannt worden und Beispiele dafür, welchen Wert der Sport neben dem herkömmlichen Vereinsleben für die Gesellschaft hat.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber nicht nur das. Die Studie des Landessportverbandes zum Wert des Sportes zeigt zum ersten Mal auf, welchen Wert der Sport auch in finanzieller Hinsicht hat. Eine gute Investition in den Sport ist eine Investition in eine Region, die sich monetär rechnet. Unsere Pflicht als Parlament ist es, dass wir die vielfältigen Werte und positiven Effekte den notwendigen Aufwendungen gegenüberstellen. Sport und Freizeitverhalten werden sich stetig ändern, sie bleiben dynamisch. Es wird neue Trends geben, die Anpassungen erforderlich machen. Genau in diesem Bewusstsein soll der Sport weiter gefördert und bedarfsgerecht entwickelt werden. Dazu lade ich auch ausdrücklich die Opposition ein.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es gibt ein Ziel, es gibt einen Plan, und es gibt Vorschläge für die ersten Schritte.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir haben es gehört, Sport ist eine Querschnittsaufgabe, und Sport ist ein Erfolgsgarant für die Gesellschaft. Das ist der Geist, den dieses Papier ausstrahlt. Beim Basketball würde man jetzt sagen: Just do it. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion der AfD hat der Abgeordnete Claus Schaffer.

Claus Schaffer [AfD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Verehrte Gäste! Auch ich möchte mich natürlich dem Dank an alle Beteiligten anschließen, die an der Erstellung dieses Sportentwicklungsplans mitgewirkt haben. Die Bedeutung des Sports für den Zusammenhalt, die Gesundheitsförderung und auch die Gesunderhaltung der Gesellschaft ist hier zu Recht erwähnt worden. Für die zukünftige Entwicklung des Sports in Schleswig-Holstein ist im Hinblick auf die aber doch real stattfindenden Veränderungen sowohl im Sport selbst als auch in der

(Claus Schaffer)

Gesellschaft ein Orientierungsrahmen notwendig, mit dem Sport wirksam im Sinne dieser Zielsetzungen auch gefördert werden kann. Sportförderung ist deshalb auch eine Aufgabe des Staates im Rahmen der Daseinsvorsorge. In Schleswig-Holstein ist dies sogar in der Landesverfassung als Staatsziel ausdrücklich bestimmt.

Über die erforderlichen Ressourcen verfügt die öffentliche Hand aber bei Weitem nicht. Diese Aufgabe übernehmen überwiegend Sportvereine, Sportstudios, Clubs, aber auch Schulen sowie zahlreiche außerstaatliche Träger. Daneben sind viele Mitbürger sportlich aktiv, ohne organisatorisch, etwa in Vereinen oder Verbänden, eingebunden zu sein. Auch die Örtlichkeiten des Sporttreibens sind vielfältiger geworden. Von den herkömmlichen Sportplätzen und Sporthallen weg haben sich neue Gelegenheiten wie Skateparks, Parkanlagen, Rad- und Waldwege zu alltäglichen Sportstätten entwickelt.

Noch etwas hat sich verändert: Der demografische Wandel hat einen erheblichen Einfluss auf die Sportentwicklung. Die Altersgruppe der über 65-Jährigen wächst stetig an, und diese ist so fit und so aktiv wie keine Generation zuvor. Hier sind neue Anforderungen an Sportstrukturen entstanden. Entsprechende Angebote und Sporträume müssen bereitgestellt werden, und vielerorts geschieht dies auch schon.

Junge Menschen haben heute ein anderes und leider vielfach auch ein sport- oder sogar bewegungsfreieres Freizeitverhalten als noch vor einigen Jahren. Für diese Gruppe muss Sport wieder attraktiver gestaltet werden, um sie zurückzugewinnen. Wir wären deshalb sehr gut beraten, den Sport in Schleswig-Holstein aktiv zu unterstützen und zu fördern. Das gilt ausdrücklich und ganz besonders für den Sport, der in den Vereinen ausgeübt wird. Der Vereinssport fördert die Persönlichkeit, das Selbstbewusstsein und den Teamgeist. Insbesondere auch auf dem Land sind die Sportvereine ein wesentlicher Faktor für die Förderung des Gemeinwesens und des sozialen Zusammenhalts. Unsere Sportvereine benötigen die Rahmenbedingungen, die erforderlich sind, um die bisher gute Arbeit weiterhin leisten zu können.

Viele Vereine leiden aber an einem Mitgliederschwund. Sinkende Einnahmen durch ausbleibende Mitgliedsbeiträge führen dann zu einem Engpass bei notwendigen finanziellen Mitteln für die Vereinsarbeit.

Es geht auch um den Erhalt und den Ausbau von Sporthallen oder Außensportstätten. Angesichts

maroder Duschen, defekter Heizungen, Schimmel in Umkleidekabinen oder auch in Außenanlagen wie Sportplätzen oder Wettkampfanlagen, die veraltet oder in beklagenswerten Zuständen sind, sind Investitionen dringend erforderlich. Die AfD-Fraktion befürwortet zum Beispiel die Empfehlung 24 im Sportentwicklungsplan, wonach sowohl die Gemeinden, der Landessportverband als auch das Land unsere Sportvereine bei der Sanierung und Modernisierung ihrer Sportinfrastruktur finanziell unterstützen.

Auch der vom Bund wegen der wirtschaftlichen Folgen der Coronapandemie initiierte Investitionspakt „Sportstätten 2020“ ist deutlich zu begrüßen. Dadurch wird die kommunale Infrastruktur hinsichtlich der Sportstätten in unserem Bundesland gestärkt, so zumindest die Planung. Gefördert werden die bauliche Erneuerung oder auch der Ausbau von Anlagen, die der Ausübung des Sports dienen. Dazu zählen zum Beispiel auch Schwimmhallen oder Freibäder, und das führt uns zu einer schleswig-holsteinischen Besonderheit.

Es ist vorhin bereits erwähnt worden: Bei uns sind zu viele Kinder immer noch schwimmunfähig, und das im Land zwischen den Meeren. Beinahe 20 % der Schüler in den Klassenstufen 5 und 6 besitzen keine dem Schwimmbadzeichen Bronze entsprechenden Fertigkeiten. Meine Damen und Herren, das ist der Freischwimmer alter Art. Das ist eigentlich eine Grundfertigkeit, die unsere Kinder im Leben brauchen. Das wird hier vermutlich niemand bestreiten. Wir halten daher die Empfehlung 64 des Sportentwicklungsplans, wonach jedem Einwohner in zumutbarer Entfernung eine ganzjährig nutzbare und geeignete Schwimmsportstätte zur Verfügung stehen muss, um das Schwimmen erlernen zu können, für wichtig und richtig.

Ohne finanzielle Hilfeleistung stünden auch zahlreiche Sportvereine vor dem Aus. Der Erhalt und der Aufbau von Sportstätten ist für unsere Sportinfrastruktur von enormer Bedeutung. Sport als unverzichtbarer Teil unseres kulturellen und sozialen Lebens darf auch unter wirtschaftlichen Zwängen nicht verloren gehen.

Der Sportentwicklungsplan beinhaltet viele gute Ideen, und wir begrüßen ihn ausdrücklich. Aber er ist derzeit noch eine Planung. Am Ende müssen greifbare Ergebnisse stehen, damit wir wirklich auch Sport in unserem Land weiterbetreiben können. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Landesregierung legt nun einen umfassenden Sportentwicklungsplan für das Land vor. Dieser ist nicht nur von der Seitenzahl her umfassend, sondern vor allem auch in Bezug auf die Inhalte. In einem Zeitraum von rund zwei Jahren wurden 42.000 Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein befragt. Das ist in der Tat eine ganze Menge, und das ist auch wirklich gut so; denn nur so können die zugrunde gelegten Umfragen auch in die Tiefe gehen. Das sieht man auch am Ergebnis. Erwachsene, Schüler, Schulen, Sportvereine und auch Kreissportverbände wurden mit dem Ziel befragt, die künftigen Anforderungen an ein zeitgemäßes Sporttreiben in sämtlichen Bereichen des Sports zu analysieren. Wie steht es also um den Sport in unserem Land?

Grundsätzlich ganz gut. Es stellt sich heraus, dass ein großer Teil der Bevölkerung sportlich aktiv ist oder zumindest vorhat, sich sportlich zu betätigen. Darüber hinaus genießt der Sport ein gutes Ansehen. Auch den Sportstätten geht es lange nicht so schlecht, wie viele zunächst glauben mögen. Trotzdem gibt es einen hohen Bedarf, die Sportstätten auf einen modernen Stand zu bringen. Das war ein Grund dafür, dass die Vorgängerregierung das Thema Sport massiv vorangetrieben hat. Ich freue mich natürlich, dass auch die Jamaika-Koalition hier weiterarbeitet. Noch nie gab es eine höhere Sportstättenförderung als in den vergangenen acht Jahren. Das ist, meine Damen und Herren, eine hervorragende Ausgangsposition.

Im Bericht wird jedoch auch deutlich, dass es hier und da noch Luft nach oben gibt, wenn wir es als Landespolitik wirklich ernst meinen, Schleswig-Holstein zu einem echten Sportland zu küren. Es stimmt natürlich, dass die Menschen durch den Sport zusammenkommen. Jedoch fehlt oftmals der Blick über den Tellerrand. Das wird ganz besonders in den Antworten in Bezug auf E-Sport deutlich. Das Unverständnis ist groß, und das ist aus Sicht des SSW bedauerlich. Ich persönlich glaube, es fehlt hier weiterhin an Berührungspunkten und einem echten Austausch. Viele Sportvereine haben den E-Sport anscheinend noch nicht kennengelernt.

Beide Seiten könnten von einer Begegnung auf Augenhöhe profitieren. Meiner Meinung nach wäre es

eine gute Aufgabe für die Sportministerin unseres Landes, hier für eine Zusammenführung zu sorgen und so eben auch Vorurteile abzubauen.

(Beifall SSW, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Dennis Bornhöft [FDP])

Schließlich, meine Damen und Herren, geht es immer auch um die Zukunft und die Nachhaltigkeit des Sports. Wir dürfen uns nicht auf den in der Strategie genannten hohen Werten der Sportbeteiligung ausruhen, sondern es geht auch darum, dass in unserem Land in Zukunft noch Sport betrieben wird, und dazu braucht es insbesondere die Jugend. Die Jugendarbeit in Bezug auf den Sport ist essenziell. Dazu brauche ich nicht noch weit auszuholen, nur eben so viel, meine Damen und Herren, dass der E-Sport mitgedacht werden muss, insbesondere wenn es um die Beteiligung von Jugendlichen geht. Hier gibt es in der Tat noch Luft nach oben, und es gibt vor allen Dingen auch Chancen für die Sportvereine, die sie ergreifen sollten.

Beim Thema „Luft nach oben“ schließt sich noch ein weiteres Manko im Sportbereich Schleswig-Holsteins an: das jahreszeitenunabhängige Training. Wir Schleswig-Holsteiner kennen es zur Genüge, bei uns im Norden ist es oftmals nass und dunkel. Wir brauchen daher vermehrt Flutlichtanlagen für unsere Sportplätze im Land. Auch ein vernünftiger Kunstrasenplatz gehört einfach ebenso dazu wie Indoor-Sporthallen, in denen Sportarten angeboten werden, die nicht klassisch sind, wie zum Beispiel Sportarten, die sonst nur im Fitnessstudio zu finden sind. Einige Sparten laufen im Sommer richtig gut und hängen dafür im Herbst und Winter umso mehr durch. Hier müssen wir auch etwas tun.

Ein Schritt in die richtige Richtung ist daher die Ankündigung der Sportministerin, eine kombinierte Beachvolleyball- und Leichtathletikhalle in Kiel zu bauen. Bislang gibt es in Schleswig-Holstein nämlich keine Leichtathletikhalle, was für Leichtathleten und Fans natürlich bitter ist. Ähnliches gilt für den Beachvolleyball; auch hier sollten im Winter Trainings- und Wettkampfmöglichkeiten geschaffen werden. Diese Halle wird nicht nur für den Breitensport wichtig sein, sondern durchaus auch für den ambitionierten Sport in diesen beiden Bereichen. Insofern ist das genau die richtige Entscheidung, meine Damen und Herren.

Vor diesem Hintergrund führt kein Weg an der Nutzung unseres Bundesinvestitionspakts „Sportstätten 2020“ vorbei. Dies ist auch der Grund für unseren

(Lars Harms)

gemeinsamen Antrag. Mit 4,3 Millionen € 25 Millionen € kofinanzieren, ist schon etwas Gewaltiges, und damit wird auch ein Zeichen gesetzt. Wir wünschen uns dann aber auch, dass die Kommunen reichlich Gebrauch von den Investitionsfördermitteln machen, damit Schleswig-Holstein ein attraktives Sportland bleibt. Denn, meine Damen und Herren, in Zeiten der Pandemie wird jede Investition hinterfragt.

Allerdings muss es ein Prä für den Sport geben; denn Sport ist Integration, Jugendarbeit, Wirtschaftskraft, Weiterentwicklung des Charakters der Menschen, Sozialarbeit, Sport ist natürlich Gesundheit, und Sport ist vor allen Dingen - das muss man sich auch in den Kommunen immer wieder vor Augen halten - die größte ehrenamtliche Bewegung in Schleswig-Holstein. Fast eine Million Menschen sind in diesem Bereich engagiert. Insoweit muss man Prioritäten setzen. Wir haben das glücklicherweise gemeinsam getan. Ich hoffe, dass die Kommunen viele Sporthallen renovieren, viele Flutlichtanlagen erneuern, viele Kunstrasenplätze schaffen, damit wir auch in den dunklen Jahreszeiten guten Sport anbieten können und die Jugendlichen eine vernünftige Freizeitbeschäftigung haben. Das nämlich ist der Sport. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, vereinzelt CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Nunmehr lasse ich über den Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/2394, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen.

Zwar ist zum Bericht der Landesregierung kein Antrag gestellt worden, aber ich gehe davon aus, dass Sie ihn abschließend im Innen- und Rechtsausschuss beraten wollen. Wer also zustimmt, dass der Bericht der Landesregierung Drucksache 19/2395 dem Innen- und Rechtsausschuss zur abschließenden Beratung überwiesen wird, den bitte ich um das Handzeichen. - Auch das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 12 auf:

Mündlicher Bericht über die Folgen der veränderten Einnahmesituation auf die mittelfristige Finanzplanung des Landes

Antrag der Fraktion der AfD
Drucksache 19/2287

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht.

Mit dem Antrag wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der AfD und die Abgeordnete von Sayn-Wittgenstein. Wer ist dagegen? - Niemand. Wer enthält sich? - Das ist der Rest des Hauses.

Ich erteile nun für die Landesregierung der Frau Finanzministerin Monika Heinold das Wort.

Monika Heinold, Finanzministerin:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sie kennen die Zahlen der September-Steuerschätzung. Die Coronapandemie trifft unser Land, aber auch die Kommunen hart. Für das Land sinkt die Einnahmeerwartung im Vergleich zur Planung vor Corona um rund 3,6 Milliarden €, davon rund 1 Milliarde € allein in diesem Jahr. Für die Kommunen liegt dieser Einbruch bei rund 1,6 Milliarden €. Damit stehen wir in diesem Haus vor einer maximalen Herausforderung, wie wir sie bisher nicht hatten. Um gut durch diese Situation zu kommen, hat die Landesregierung den Vorschlag für eine Nothilfe in Höhe von 4,5 Milliarden € auf den Tisch gelegt.

Mit dieser Nothilfe wollen wir den Kommunen helfen. Sie wissen, dass wir uns mit den Kommunen zur Bewältigung der Krise zusammengesetzt haben, um mit 517 Millionen € zu unterstützen, um Steuermindereinnahmen in diesem Jahr und teilweise auch im nächsten Jahr zu kompensieren, um den negativen Finanzausgleich in diesem Jahr auszugleichen - in Teilen wird er gestundet, in Teilen zahlen wir die Rechnung -, aber auch, um ein großes Infrastrukturprogramm in Höhe von 150 Millionen € auf den Weg zu bringen, für das sich die Kommunen den Titel „Schule, Klimaschutz und Mobilität“ gewünscht haben. Dies ist ein Titel, der sehr gut in unsere Zeit passt, weil wir in diesen Bereichen Handlungsbedarf haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Wir helfen den Kommunen mit Reaktion bei den Steuern und mit Aktion, indem wir Mittel für die Infrastruktur bereitstellen. Diese Form der nachhaltigen Finanzpolitik ist klug, und sie ist in dieser schwierigen Zeit notwendig, befinden wir uns doch noch immer mitten in der Pandemie.

(Ministerin Monika Heinold)

Meine Damen und Herren, was für die Kommunen gilt, gilt natürlich auch für das Land. Gegen die Krise ansparen zu wollen, wäre der komplett falsche Weg, weil wir das zarte Pflänzchen der Konjunktur sofort wieder tottreten würden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD und SSW)

Deshalb braucht unser Land einen großen Notkredit für Innovation, für Investition, für Gesundheitsprävention, und unser Land braucht die Möglichkeit, sich mittelfristig auf diese veränderte Finanzplanung einzustellen.

Lassen Sie mich eines sehr deutlich sagen: „Notkredit“ heißt nicht, wir haben unsere Hausaufgaben gemacht und können uns zurücklehnen. „Notkredit“ heißt, dass wir in der Notsituation helfen und dass wir einen Weg beschreiben, wie es gelingen kann, mittelfristig mit weniger Geld als bisher geplant auszukommen.

Für alle, die diese Situation des Sparens hier im Landtag noch nicht miterlebt haben, will ich sehr deutlich sagen: Jeder Euro, den wir nicht zur Verfügung haben, obwohl wir dachten, wir hätten ihn, ist in der Umsetzung des Kürzens sehr schmerzhaft.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und SPD)

Meine Damen und Herren, wir müssen uns um die Daseinsvorsorge kümmern. Es geht um die Bürger und Bürgerinnen in unserem Land, um Mobilität, um Krankenhäuser, um Digitalisierung, um die Krankenversorgung, um die Gesundheitsprävention und um Bildung.

Der Notkredit, den wir vorschlagen, enthält einen großen Investitionsblock in Höhe von 2,5 Milliarden € Sie wissen, dass wir auf eine Zweidrittelmehrheit in diesem Landtag angewiesen sind, für die ich auch werbe. Natürlich bringt jeder und jede, wenn wir uns zusammensetzen, seine und ihre eigenen Vorstellungen ein. Die SPD hat heute Morgen sehr deutlich gesagt, sie wolle in dem Rahmen von 4,5 Milliarden € bleiben, was ich sehr begrüße.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie kennen das Prinzip von Peter Harry Carstensen: Wer einen Baustein hineintut, muss zuvor einen anderen herausnehmen. Schauen wir deshalb gemeinsam, welche Bausteine herausgenommen werden sollen, damit wir andere hineintun können. Darüber werden wir uns unterhalten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und Birgit Herdejürgen [SPD])

Ich bin mir sicher, dass wir es schaffen können, die Weichen gemeinsam zu stellen, mit Mut, mit Optimismus und mit der Kraft, diesen milliardenschweren Notkredit, versehen mit dem dazu notwendigen Tilgungsplan, auf den Weg zu bringen. Ich werbe bei SPD und SSW für ein gemeinsames Vorgehen, ich werbe für eine Zweidrittelmehrheit, sage aber auch: Wir befinden uns nicht in Koalitionsverhandlungen, sondern es geht darum, einen Notkredit auf den Weg zu bringen.

(Lachen Serpil Midyatli [SPD])

Koalitionsverhandlungen werden Sie auch nicht wollen.

(Zurufe SPD)

Es geht also nicht um große politische Pakete, sondern es geht darum, einen Notkredit auf den Weg zu bringen, der unseren Kommunen und unserem Land jetzt hilft und es beiden möglich macht, sich mittelfristig auf die neue Situation einzustellen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SSW und vereinzelt SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Ich eröffne die Aussprache. Für die AfD-Fraktion hat ihr Fraktionsvorsitzender, der Herr Abgeordnete Jörg Nobis, das Wort.

Jörg Nobis [AfD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Heinold, unter normalen Umständen würde ich Ihnen jetzt für Ihren Bericht danken, ein bisschen an Details herumäkeln und über mögliche Einsparungen reden. Aber heute sind keine normalen Umstände.

(Christopher Vogt [FDP]: Machen Sie doch Vorschläge!)

Wir sind hier Zeugen einer Zäsur. Frau Heinold, ich habe Sie bisher zwar nicht als besonders sparsame, aber insgesamt doch recht seriöse Finanzministerin kennengelernt. Aber was Sie jetzt vorhaben, das ist finanzpolitisches Harakiri. Sie führen unser Land geradewegs in die finanzpolitische Katastrophe.

Seit gestern ist die Katze aus dem Sack: Ihr vorgestellter Plan, zusätzlich zu der bereits beschlossenen 1 Milliarde € erstens die konjunkturbedingten Steuermindereinnahmen von bis zu 1,2 Milliarden € komplett mit Krediten zu finanzieren und zweitens den Schuldenberg des Landes um weitere 4,5 Milliarden € Notkredite zu erhöhen. Das heißt: Sie wol-

(Jörg Nobis)

len jetzt insgesamt bis zu 5,7 Milliarden € zusätzliche Schulden machen. Das schlägt dem Fass den ohnehin schon sehr dünnen Boden aus.

Ihr einziges Credo lautet: Schulden machen. Das sagten Sie uns schon im Mai im Finanzausschuss. Schlimm genug, dass Sie die Einnahmeausfälle in diesem und im nächsten Jahr zu 100 % kreditfinanzieren wollen. Doch jetzt kommt es noch dicker: Nicht nur die Einnahmeausfälle sollen mit neuen Schulden ausgeglichen werden, nein, Sie nutzen die Gunst der Stunde, um sich mit frischem Geld einzudecken. Sie machen nicht nur genauso weiter wie bisher, sondern legen noch eine gute Schippe Verantwortungslosigkeit obendrauf. Neben gebotenen und sinnvollen Maßnahmen wie etwa Hilfen für Kommunen kommen Sie jetzt mit Maßnahmen um die Ecke, die mit der Coronakrise rein gar nichts zu tun haben. Ich sage es klipp und klar: Notkredite für vermeintliche Klimaschutzmaßnahmen zu verwenden, ist eine direkte Umgehung der verfassungsrechtlichen Schuldenbremse.

(Beifall AfD)

Sie missbrauchen die Feststellung der Coronanotlage für Ihre Klientelpolitik. Ihre Ausführungen offenbaren glasklar: Ihre Hoffnung aus dem Frühjahr, dass alles doch nicht so schlimm wird wie prognostiziert, hat sich mit der September-Sondersteuerschätzung zerschlagen.

Die Mai-Steuerschätzung hatte dabei doch schon ganz klar aufgezeigt, wohin die Reise geht. Die September-Steuerschätzung war deshalb keine Überraschung. 3,6 Milliarden € Einnahmeausfälle bis 2024 gegenüber der bisherigen Finanzplanung des Landes sind dramatisch, aber sie sind seit der Mai-Steuerschätzung auch keine Überraschung mehr. Nachdem nun die aktualisierten Zahlen vorliegen, wird klar, dass sich die Prognose vom Mai nicht gravierend verändert hat. Die Einnahmeausfälle verteilen sich lediglich etwas anders auf die Jahre bis 2024.

(Wortmeldung Christopher Vogt [FDP])

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Nobis, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Vogt?

Jörg Nobis [AfD]:

Nein, danke. - Dieses Jahr wird das Defizit etwas geringer ausfallen, aber mit 1 Milliarde € noch sehr dramatisch sein. Das Defizit des kommenden Jahres fällt mit jetzt prognostizierten 779 Millionen € so-

gar noch deutlich höher aus als im Mai erwartet. Und die konjunkturelle Erholung in den Folgejahren wird länger dauern. Das wird daran deutlich, dass die nominellen Einnahmen erst im Jahr 2022 wieder das Niveau von 2019 erreichen werden.

Ihre Lösung, alles auf Pump zu finanzieren, zeugt von beispielloser Ignoranz der Realität sowie von einer Verantwortungslosigkeit gegenüber dem Steuerzahler und den kommenden Generationen. Frau Heinold, seit gestern steht fest: Am Ende Ihrer Amtszeit werden Sie die unangefochtene Schuldenkönigin Schleswig-Holsteins sein.

Meine Damen und Herren, natürlich darf gerade in diesen Zeiten keine finanzpolitische Vollbremsung hingelegt werden; das ist uns vollkommen klar. Weder bei den Investitionen noch in so wichtigen Bereichen wie Bildung oder innere Sicherheit darf gespart werden.

(Zurufe: Aber!)

Aber jeder investierte Euro muss sinnvoll angelegt werden, jede Ausgabe muss einen einfachen Test bestehen: Wird hier zugunsten der Allgemeinheit gehandelt, oder werden irgendwelche Lobbygruppen gepampert? Wird Geld für die Zukunft des Landes ausgegeben, oder werden Steuergelder in Prestigeprojekten versenkt?

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und das bestimmen Sie, welche die richtigen sind?)

Wir hätten von Ihnen erwartet, dass Sie hier und heute Einsparpotenziale aufzeigen. Sie müssten den Bürgern schon heute sagen, wo zukünftig gespart werden muss.

(Christopher Vogt [FDP]: Machen Sie doch Vorschläge!)

Herr Vogt, wir schulden es insbesondere unseren Kindern, die langfristigen Auswirkungen der aktuellen Situation so gering wie möglich zu halten.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist beendet.

(Zurufe: Vorschläge!)

Jörg Nobis [AfD]:

Wir werden keinen Notkrediten zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Präsident Klaus Schlie:

Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Ole Plambeck das Wort.

(Christopher Vogt [FDP]: Haben Sie außer Einsparungen beim Klimaschutz noch etwas?
- Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Alle Migrationsmittel und alle Umweltmittel!
- Dennys Bornhöft [FDP]: Das machen Sie aus Ihrer Diätenkürzung!
- Dr. Frank Brodehl [AfD]: Bloß keine Kritik!
- Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Gern Kritik, aber konstruktive Kritik!
Erzählen Sie doch einmal, was Sie machen wollen, anstatt immer nur herumzunöhlen!)

- Können wir uns darauf verständigen, dass wir die Diskussion jetzt von hier vorn weiterführen? - Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Ole Plambeck.

Ole-Christopher Plambeck [CDU]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Vorrede war von so vielen Widersprüchen geprägt - das muss erst einmal ein Zweiter nachmachen! Unglaublich!

(Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist kein Anspruch!)

Meine Damen und Herren, Unvorhersehbares kommt schneller, als man denkt. Wer hätte Anfang des Jahres gedacht, dass wir eine Pandemie bewältigen müssen, in deren Folge es schlichtweg darum geht, Gesundheit zu schützen, Leben und Existenzen zu retten? Für die Eindämmung der Coronapandemie war das schnelle und konsequente Handeln der Bundes- und Landesregierung seit März essenziell, alternativlos und vor allem richtig.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Die zwingend notwendigen Maßnahmen zum Schutz vor Covid-19 haben jedoch auch ihre Schattenseiten. Das Herunterfahren des gesellschaftlichen Lebens hat für ein Brachliegen ganzer Wirtschaftszweige gesorgt. Umsatz- und Gewinnrückgänge, Kurzarbeit und zum Teil Arbeitslosigkeit sind die Folgen.

Trotz der schnellen Unterstützung von Bund und Land mit der Soforthilfe und den Darlehensprogrammen, die sehr geholfen haben, ist zu erwarten gewesen, dass uns das Ergebnis der Mai- und jetzt auch der außerordentlichen September-Steuerschätzung vor eine große Herausforderung stellt. Konkret haben wir es mit einem Rückgang der Steuer-

einnahmen um rund 1 Milliarde € für das laufende Haushaltsjahr und rund 3,6 Milliarden € bis 2024 - und damit mit dem stärksten Einnahmerückgang in der Geschichte des Landes - zu tun.

Jetzt zahlt es sich aus, dass wir in der Vergangenheit verschiedene Sondervermögen für Infrastruktur, Breitband oder auch Künstliche Intelligenz mit Überschüssen aufgebaut haben, mit deren Hilfe wir weiter investieren wollen. Aber ohne weitere Kredite wird es nicht gehen. Die Schuldenbremse lässt sie krisenbedingt zu.

Es ist kein Geheimnis, dass wir als CDU die Schuldenbremse für absolut wichtig und notwendig halten. Herr Nobis, Artikel 61 der Verfassung des Landes gewährt eine Ausnahmegenehmigung; in einer außerordentlichen Notsituation dürfen wir Kredite aufnehmen.

(Zuruf Jörg Nobis [AfD])

Die Finanzministerin schlägt uns einen Kreditrahmen von 4,5 Milliarden € vor, welcher über maximal 40 Jahre getilgt werden muss. Gerade als junger Abgeordneter ist das keine leichte Entscheidung. Aber was ist die Alternative? Massive Einsparungen, auch bei den Investitionen? Von Ihnen haben wir dazu nichts gehört. Oder vielleicht sogar Steuererhöhungen? - Nein, das wäre gerade in dieser Zeit das komplett falsche Signal. Gerade in der Krise braucht es einen starken und vor allem verlässlichen Staat.

Die richtige Politik ist es, jetzt massiv in die Infrastruktur zu investieren. Das können wir nur, wenn wir unser IMPULS-Programm finanziell absichern und die bestehenden Lücken ausfinanzieren. Es geht um Investitionen in Infrastruktur, in Bildung und auch ganz deutlich in Krankenhäuser. Hier haben wir einen Sanierungsstau, den es aufzulösen gilt.

Und es geht vor allem um Investitionen in die Digitalisierung. Die Investitionen müssen nicht nur trotz, sondern gerade wegen der Krise unbedingt weiter vorangetrieben werden. Die Coronapandemie hat gezeigt, wie wichtig die Digitalisierung in unserem Land ist und dass wir weiter vorhandene Potenziale heben müssen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Genau diese Themen müssen wir lösen, und das ist dann auch trotz Kreditaufnahme eine generationengerechte Politik, weil wir den Sanierungsstau weiter abbauen und dadurch den Standort Schleswig-Holstein zum Leben und Arbeiten stärken.

(Ole-Christopher Plambeck)

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - Jörg Nobis [AfD]: Was hat das mit der Coronanotlage zu tun?)

Natürlich leidet nicht nur das Land unter den Folgen der Coronapandemie, auch unsere Gemeinden, Städte und Kreise sind erheblich von den Einnahmerückgängen betroffen. So erhalten die Kommunen in diesem Jahr 559 Millionen € weniger und bis 2024 sogar über 1,6 Milliarden € weniger an Steuereinnahmen. Die Ausfälle bei der Gewerbe- und der Einkommensteuer fallen dabei besonders ins Gewicht, und auch die Soziallasten bei den Kreisen steigen erheblich.

Gerade jetzt muss die Daseinsvorsorge vor Ort aufrechterhalten und gestärkt werden. Auch hier reden wir über Infrastruktur, Ganztag, Radwege, Digitalisierung, Krankenhäuser und die Stärkung der Gesundheitsämter.

Wir müssen den Standort Schleswig-Holstein so attraktiv wie möglich gestalten. Das ist das, was wir im Investitionsplan vorhaben, den wir absichern. Wenn wir es wegen der Krise nicht machen würden, würde das nicht funktionieren. Deswegen ist es - coronabedingt - der richtige Weg. Nur so können wir nämlich Wachstum generieren und mit dessen Hilfe die künftig zu leistenden Tilgungen auch schultern. Ein Großteil der genannten Investitionen wird im Land vor allem durch die Kommunen durchgeführt. Darum ist es richtig, dass die Landesregierung, die das Paket von über 500 Millionen € zusammen mit den kommunalen Landesverbänden geschnürt hat, um der kommunalen Familie zu helfen, diese Investitionen auch mit uns gemeinsam gestaltet. Das ist ein gewaltiges Pfund und große Klasse. Die Kommunen können sich in dieser Zeit auf uns verlassen.

(Beifall CDU, Joschka Knuth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Annabell Krämer [FDP])

Über 150 Millionen € werden wir in einen Infrastrukturfonds investieren und damit bei den Themen Ganztag, erneuerbare Energien und kommunale Radwege helfen. Wir kompensieren die Gewerbesteuer ausfälle und bis zu 110 Millionen € auch die Einkommensteuer ausfälle und haben eine Einigung beim Finanzausgleichsgesetz mit den Kommunen hinbekommen. Das schafft für die Kommunen Planungssicherheit und Vertrauen, und Vertrauen und Verlässlichkeit sind in dieser Zeit immens wichtig.

(Zuruf Jörg Nobis [AfD])

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter!

Ole-Christopher Plambeck [CDU]:

Die CDU-geführte Jamaika-Koalition macht in dieser Sache eine seriöse Haushaltspolitik. Wir stehen für Verlässlichkeit und Weitsicht.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, Sie müssen zum Ende kommen.

Ole-Christopher Plambeck [CDU]:

In diesem Sinne: Lassen Sie uns diese schwere Zeit gemeinsam anpacken. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt FDP - Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Beate Raudies.

Beate Raudies [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als ich 2012 in den Landtag gewählt wurde, stand es nicht gut um die Finanzen des Landes. Schleswig-Holstein war Haushaltskonsolidierungsland. Wir erhielten Konsolidierungshilfen und standen unter der Aufsicht des Stabilitätsrates. Wir kämpften mit dem Stellenabbaupfad, einem Investitionsstau und Kürzungsplänen - keine guten Voraussetzungen für Politik, die gestalten und verändern will. Trotzdem haben wir es in der Küstenkoalition angepackt, die Ärmel hochgekrempt und gearbeitet. Und wir wurden belohnt: Sparsames Wirtschaften und eine gute Konjunkturentwicklung brachten Haushaltsüberschüsse, die wir für zusätzliche Investitionen nutzen konnten. Wie stolz waren wir, als zu Beginn des Jahres 2017 die Schuldenuhr rückwärts lief!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dass das nicht so bleibt, war absehbar: Der Verkauf der HSH Nordbank war schon in Vorbereitung. Aber niemals hätte ich mir damals vorstellen können, einmal für eine Kreditaufnahme die Hand heben zu müssen, die durch eine außergewöhnliche Notsituation begründet wird. Und doch haben die Mitglieder der SPD-Landtagsfraktion im März und im Mai dieses Jahres keine Minute gezögert, als zu

(Beate Raudies)

Beginn der Coronapandemie schnelles Handeln gefordert war, und den Notkrediten zugestimmt. Herr Nobis, hören Sie gut zu: Die Schuldenbremse haben wir dabei übrigens nicht gerissen, im Gegenteil. Das Grundgesetz und unsere Landesverfassung lassen diese Schuldenaufnahme ausdrücklich zu.

(Beifall SPD und SSW - Jörg Nobis [AfD]:
Als Notmaßnahme!)

Die Schuldenbremse funktioniert ein bisschen wie ein ABS: Manchmal muss man die Bremse loslassen, wenn man nicht aus der Kurve fliegen will.

Erwartungsgemäß zeigt uns die September-Steuer-schätzung, dass wir noch lange Zeit mit den finanziellen Folgen der Coronakrise zu rechnen haben. Es ist davon auszugehen, dass die Einnahmesituation des Landes über mehrere Jahre schwierig wird. Für uns ist klar: Gegen diese enormen Einnahmeausfälle kann man nicht ansparen, und schon gar nicht von heute auf morgen. Wer das Gegenteil behauptet, Herr Nobis, hat keine Ahnung. Sie waren doch bei der Anhörung im Finanzausschuss dabei. Hätten Sie zugehört, wären Sie ein bisschen klüger aus dieser Sitzung hinausgegangen.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen erteilen wir Forderungen nach Einstellungsstopps oder der Haushaltssperre eine klare Absage. Die Forderung, jetzt die Ausbildung auszusetzen und dann zum Beispiel die nächsten zwei oder drei Jahre keine Polizisten oder Finanzbeamte auszubilden - du liebe Güte, das kann doch wohl nicht Ihr Ernst sein!

(Beifall SPD, SSW, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Hans-Jörn Arp [CDU])

Wir sind uns mit der Regierung und allen verantwortungsbewussten Parlamentarierinnen und Parlamentariern einig: Gegen die Krise anzusparen - das habe ich schon gesagt -, ist das falsche Rezept. Wir müssen die Wirtschaft stützen, Investitionen finanzieren und besonders Betroffenen Unterstützung geben. Deshalb kommt es darauf an, eine Haushaltspolitik zu machen, bei der die Schwerpunkte in der Stützung der öffentlichen Daseinsvorsorge und der Stärkung wichtiger Bereiche wie zum Beispiel der Krankenhäuser und Schulen liegen.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung schlägt nun weitere Notkredite in Höhe von 4,5 Milliarden € vor. Das ist eine enorme Summe, die uns noch lange begleiten wird. Die Verschuldung des Landes erhöht sich signifikant. Über

40 Jahre wird die Rückzahlung dieser Schulden unsere Haushalte belasten und unsere Möglichkeiten einschränken. Aber wir sind als Opposition trotzdem bereit, Jamaika die Hand zu reichen, und gehen selbstbewusst und zuversichtlich mit eigenen Vorschlägen in die Gespräche. Denn jetzt, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist parlamentarisches Handeln gefragt - über die Grenzen aller demokratischen Fraktionen hinweg.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, Hans-Jörn Arp [CDU] und Denny Bornhöft [FDP])

Keine Zeit haben wir für das, was die AfD gerade wieder einmal versucht: Sie spalten, Sie hetzen die Menschen gegeneinander, Sie bedienen diejenigen, die in der Krise egoistisch denken. Sie schüren Neid und Missgunst, Sie verbreiten Panik. Das brauchen wir nicht, und das wollen wir nicht.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Denn der Egoismus ist die falsche Antwort. Nur solidarisch kommen wir aus dieser Krise. Wir sind dazu bereit. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Jan Marcus Rossa [FDP])

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Lasse Petersdotter.

Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Wir haben schon in vielen Debatten über die Haushalte der letzten Jahre gesprochen und immer wieder die Debatte um Rekordsteuereinnahmen geführt. Ich will nur noch einmal daran erinnert haben: Das, was wir gerade erleben, ist die Situation, wenn wir einmal keine Rekordsteuereinnahmen haben. Genau deswegen ist es gut, dass die Rekordsteuereinnahmen in der deutschen Geschichte zur Norm gehören und nicht zur Ausnahme. Wenn die Steuerschätzung so eintritt wie bisher prognostiziert, werden wir vermutlich bis 2024, 3,6 Milliarden € weniger einnehmen als erwartet.

Einige reagieren in nachvollziehbarer Weise mit der Frage: Was ist, wenn es besser läuft? - Es gibt Hinweise darauf, dass es womöglich besser laufen könnte. Das könnte teilweise die Erfahrung der letzten Jahre sein oder auch gestern die Konjunkturschätzung des ifo Instituts, das eine Konjunkturpro-

(Lasse Petersdotter)

gnose abgegeben hat, die deutlich besser ist als noch vor einigen Monaten.

Das Ding ist nur: Wir haben in allen Szenarien, auch denen, die wir jetzt gerade entwickeln, in der Zukunft immer noch Lücken und Schwierigkeiten und Herausforderungen und Fragezeichen und womöglich Einsparnöte. Es ist ja nicht so, dass alles geklärt wäre. Um das nicht so negativ auszudrücken: Es ist letztendlich überall noch Spielraum für Hoffnung. Das ist auch gut so.

Wenn wir deutschlandweit eine bessere wirtschaftliche Entwicklung haben, dann ist es schön, wenn wir weniger einsparen müssen, wenn wir vielleicht den einen oder anderen Kredit nicht aufnehmen müssen oder wenn wir wieder schneller in die Vorhand kämen. Aber wir können eine Finanzplanung nicht auf Hoffnung aufbauen, sondern auf den Zahlen, die wir haben und die Unabhängige uns zuliefern.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Deswegen ist das, was jetzt von der Landesregierung vorgestellt wurde, ein guter Plan. Dabei darf man nicht vergessen, dass Kredite kein Selbstzweck sind. Auch dieser Kredit wäre kein Selbstzweck. Wir wollen die Kommunen mit 517 Millionen € unterstützen, wo es ganz explizite Projekte wie eben den Infrastrukturfonds für Klimaschutz, Mobilität und Schule gibt. Wir wollen in der Pandemie weiterhin reagieren können, weil wir höhere Testkapazitäten brauchen. Wir müssen auf die Infrastrukturbedarfe dieses Landes reagieren, wir müssen sie sicherstellen. Wir müssen bisherige Aufgaben erledigen. Wir müssen auch die Ausfälle ausgleichen können.

Dann haben wir noch den Vorschlag der SPD: Wenn ich die dpa-Meldung gerade richtig gelesen habe, möchte man im Kostenrahmen bleiben, und man könne sich mehr im Bereich Wohnungsbau, Krankenhäuser und Schulbusse vorstellen. Das sind alles Projekte, die sinnvoll sind. Man muss einmal sagen: Wir gehen schon einmal in eine richtige Richtung. Wichtig ist nur, dass wir investiv bleiben und nichts strukturell machen, aber das weiß die SPD genauso gut wie wir. Wir haben alle schon einmal regiert. Insofern sollte es in den kommenden Tagen gut möglich sein, dort zusammenzukommen.

Wie schlimm sind Kredite eigentlich? Herr Nobis hat sich gerade hierhin gestellt und gesagt: Oh mein Gott, jetzt nehmen wir hier Kredite auf, das darf ja wohl nicht wahr sein! - Sie sagen die ganze Zeit: Was hat das denn mit Corona zu tun? - Das Pro-

blem dabei ist, dass die Auswirkungen von Corona und natürlich auch die Reaktionen auf Corona sehr viel vielfältiger sein müssen, als nur im Bereich des Gesundheitssystems zu reagieren und zum Beispiel die Testkapazitäten zu erhöhen. Auswirkungen von Corona sind zum Beispiel auch, dass bestimmte Jobs nicht mehr so ausgeübt werden wie bisher, dass Steuereinnahmen in den Kommunen einbrechen.

Wenn Sie jetzt sagen, Sie wollten grundsätzlich keine Notkredite unterstützen und deswegen die 500 Millionen € für die Kommunen und auch die 100 Millionen € für die Erhöhung der Testkapazitäten nicht haben, weil Sie der Auffassung sind, das alles habe nichts mit Corona zu tun, dann denken Sie von der Tapete bis zur Wand. Das ist eine Weitsicht, mit der wir hier im Land keine Politik machen können.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und SSW)

Belassen wir es dabei.

Gucken wir auf die Geschichte der Verschuldung Deutschlands, nicht nur Schleswig-Holsteins. Wir sollten nicht immer nur auf die schleswig-holsteinischen Schulden gucken, sondern auf die Verschuldung deutschlandweit. Im Wesentlichen gab es in der Bundesrepublik drei große Sprünge im Schuldenanstieg. Der erste große Sprung war 1989 bis 1995. Dort haben sich die Staatsschulden von 475 Milliarden € um weitere 544 Milliarden € erhöht, also mehr als verdoppelt. Das stand natürlich in Zusammenhang mit der Wiedervereinigung. Der zweite große Sprung waren die Steuersenkungen 2001. Wir wissen, wer da regiert hat. Da haben sich die Staatsschulden bis 2006 um 322 Milliarden € erhöht. Der dritte große Anstieg war die Reaktion auf die Finanzkrise 2008, wo sich die Staatsschulden von 2009 bis 2010 noch einmal um 317 Milliarden € erhöht haben.

Das sind die großen Sprünge der Schuldengeschichte in der Bundesrepublik Deutschland. Das hat nichts mit einer bestimmten politischen Couleur oder Partei zu tun, sondern mit Krisen, auf die man gefälligst auch mit Krediten reagieren musste, so wie es jeder im Privaten und wie es jedes Unternehmen macht. In einer solchen Krise sind wir jetzt auch, deswegen braucht es solche Kredite.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir haben jetzt keine geringere fiskalische Herausforderung. Die Schuldenbremse wurde immer als

(Lasse Petersdotter)

Akt der Generationengerechtigkeit argumentiert. Gerade deswegen ist es richtig, Kredite für investive Maßnahmen, für Infrastrukturausgaben aufzunehmen, weil natürlich diejenigen, die es am Ende in den nächsten Jahrzehnten tilgen werden, die sind, die auf den Straßen fahren, in den Schulen zur Schule gehen oder ihre Kinder in die Kita schicken: auch in den Jahren 2030, 2040 oder 2050. Genau deswegen ist die Maßnahme generationengerecht.

Dass wir dabei den Klimaschutz mitdenken und berücksichtigen und auch mit angehen wollen, ist nicht falsch, sondern ökonomisch und gerechtigkeitspolitisch richtig. - Vielen Dank, ich freue mich auf die weitere Debatte.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat die Abgeordnete Annabell Krämer.

Annabell Krämer [FDP]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Kollegen! Die September-Steuerschätzung hat deutlich gemacht, dass der Weg aus der Coronakrise lang sein wird. Ja, wir erwarten bereits im nächsten Jahr ein erhebliches Wirtschaftswachstum, aber ohne weitere Steigerungen wird es lange dauern, bis wir unseren alten Einnahmepfad wieder erreicht haben werden.

Die entscheidende Frage ist jetzt natürlich, wie wir uns dieser Herausforderung stellen. Anzunehmen, dass die gesamten Steuerausfälle durch strukturelle Ausgabenkürzungen zu kompensieren wären, ist unseriös und fahrlässig. Ich muss, glaube ich, niemandem in diesem Hohen Hause verdeutlichen, dass gerade ich ein Anhänger äußerster Haushaltsdisziplin bin. Aber es wäre mit Blick auf die Sicherung von Arbeitskräften und zukünftigen Steuereinnahmen fahrlässig und töricht, gerade jetzt mit Haushaltskürzungen die konjunkturelle Erholung zu gefährden.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU - Lars Harms [SSW]: Na dann willkommen im Klub!)

Ich möchte auch betonen: Ausgaben und insbesondere Investitionen, die wir Freie Demokraten letztes Jahr als richtig erachtet haben, sind durch die Pandemie natürlich nicht falsch oder gar entbehrlich geworden. Vor der Pandemie bekannte Sanierungsbedarfe, die im aktuellen Infrastrukturbericht identifiziert und beziffert wurden, müssen wir weiterhin

angehen. Hierfür müssen selbstverständlich projektbezogene Kreditermächtigungen zur Verfügung gestellt werden. Für finanzielle Luftschlösser allerdings hatten wir weder vor noch nach Corona Sympathie oder Geld.

Es sollte zudem Konsens darüber bestehen, dass wir mittelfristig die Ausgaben natürlich an einen gegebenenfalls veränderten Einnahmepfad anpassen müssen. Das sieht bereits die Schuldenbremse vor. Diese Anpassung muss aber natürlich wachstums- und konjunkturpolitisch verträglich sein und kann bereits durch eine Reduzierung des jährlichen Ausgabewachstums erfolgen, wenn es uns gelingt, bei den Ausgaben nach 2020, 2021 gegenüber den dann wieder steigenden Einnahmen zurückzubleiben.

Was wir somit brauchen, ist deutlich geworden: zum ersten Wachstum, zum zweiten Wachstum und zum dritten noch mal Wachstum in unserem Land.

Uns Freien Demokraten ist wichtig, dass die Notkredite zum einen für konkret festgelegte Bedarfe verwendet werden, zum anderen müssen strukturelle Verbesserungen zukünftiger Steuerschätzungen selbstverständlich zwingend die Inanspruchnahme der Kredite reduzieren beziehungsweise die vorhandene Kreditermächtigung reduzieren. Ich betone hier einmal - ich glaube, das wurde noch gar nicht gesagt -: Eine Kreditermächtigung in Höhe von 4,5 Milliarden € bedeutet nicht, dass das Land diese auch vollständig in Anspruch nehmen wird.

(Lars Harms [SSW]: Doch!)

Sie ist der maximale Rahmen, den wir als Sicherheitsnetz für die Zukunft und Sicherheit unseres Landes heute und hier benötigen.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir Freie Demokraten haben immer die Auffassung gehabt, dass nur ein Land mit wirklich funktionierender Infrastruktur ein Land mit Zukunftsperspektive und somit wirtschaftlichen Chancen sein kann. Da wir dringenden infrastrukturellen Nachholbedarf haben, wäre es ein schwerer Fehler, den Rotstift jetzt gerade bei den Investitionen anzusetzen.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich betone eines: Wir werden an sämtlichen Ausgaben festhalten, die eine positive volkswirtschaftliche Rendite haben. Nur Wirtschaftswachstum kann uns letztlich auf den ursprünglichen Einnahmepfad zurückführen. Steuererhöhungen hingegen - mit solchen Phantasien spielen ja einige -, die wirt-

(Annabell Krämer)

schaftliches Engagement behindern und Wachstum entgegenstehen, lehnen wir selbstverständlich weiterhin ab.

(Beifall FDP - Kay Richert [FDP]: Sehr gut!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es wäre doch wirtschaftspolitischer Irrsinn, die Wirtschaft zunächst mit Hilfsprogrammen zu unterstützen und dann der zarten Pflanze der konjunkturellen Erholung durch Abschöpfen der Leistung wieder den Garaus zu machen.

(Beifall FDP)

Auch unseren Kommunen bleiben wir selbstverständlich ein verlässlicher Partner. Über das Kommunalpaket ist hinreichend gesprochen worden. Dank dieses Stabilitätspaktes können die Kommunen auch in diesen schwierigen Zeiten und darüber hinaus daran arbeiten, den Sanierungsstau auf ihrer Ebene abzubauen und ihre gesamten Bedarfe, beispielsweise in Schulen und im Straßenbau, weiterhin anzugehen und zu decken. Rund zwei Drittel der gesamtstaatlichen Investitionen - das dürfen wir nicht vergessen - werden nämlich auf kommunaler Ebene getätigt. Das sind Investitionen, die auch die Auftragsbücher unserer mittelständischen Wirtschaft in Schleswig-Holstein füllen.

(Beifall FDP, CDU und Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sehr geehrte Damen und Herren, was können wir noch tun, um den Weg zum ursprünglichen Einnahmepfad zurückzufinden? - Ich möchte positiv enden.

(Christopher Vogt [FDP]: Endlich mal!)

Die Pandemie hat gezeigt, wozu unser Staatswesen in der Krise in der Lage ist und was wir alle für kaum möglich gehalten haben: Genehmigungen wurden schnell erteilt, Auflagen, wo es möglich war, gelockert und bürokratische Anforderungen teilweise in einem erheblichen Maße zurückgeschraubt. Hieran müssen wir doch anknüpfen. Insbesondere die Vereinfachung des Planungsrechtes müssen wir weiterhin fordern.

(Lars Harms [SSW]: Sehr gut! Dann macht das mal! - Beifall FDP und CDU)

- Ja, Lars, hilf uns!

Es gilt, die Innovationskraft unserer Unternehmer und den Mut, neue Geschäftsfelder anzugehen, weiter zu fördern.

Jetzt fehlt mir meine letzte Seite, es ist aber auch egal: Ich habe keine Angst um dieses Land. Ich bin

mir ziemlich sicher: Schleswig-Holstein wird gestärkt und mit viel mehr Kraft als vorher aus dieser Krise herausgehen. - Besten Dank.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Lars Harms [SSW]: Sehr gut!)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist nicht übertrieben festzustellen, dass durch die Coronapandemie die größte gesamtwirtschaftliche Krise ausgelöst wurde, die wir bislang erlebt haben. Wir werden auf absehbare Zeit mit deutlich weniger Einnahmen auskommen müssen. Es wird sehr große Anstrengungen brauchen, um wirtschaftlich einigermaßen wieder an das Niveau anknüpfen zu können, auf dem wir vor der Coronakrise waren. Das hat die September-Steuerschätzung deutlich gezeigt.

Bis 2024 werden dem Land Steuereinnahmen in Höhe von insgesamt 3,6 Milliarden € wegbrechen, davon allein in diesem Jahr rund 1 Milliarde € Den Kommunen fehlen in diesem Jahr rund 559 Millionen € Das sind dramatische Zahlen.

Nun mag man sagen, dass wir im Vergleich zu anderen Staaten immer noch recht glimpflich davongekommen sind, aber wer seinen Job verloren hat, in Kurzarbeit ist oder zwangsweise Stunden reduzieren muss, der sieht dies mit Recht anders. Es ist nun unsere Aufgabe als Politik, hier alle Hebel in Bewegung zu setzen, damit sich die wirtschaftliche Lage wieder schrittweise erholen kann. Die Stichworte der Stunde sind hier: Kurzfristigkeit bei gleichzeitiger Nachhaltigkeit. Mitten in der aktuellen Krise helfen weder radikales Sparen noch exzessives Geldausschütten. Was wir brauchen, ist ein kurzfristig aufgestelltes Konjunkturprogramm mit nachhaltigem Effekt.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, genau das hat die Landesregierung gestern vorgelegt. Ich kann durchaus sagen, dass wir parteiübergreifend zu diesen Notkrediten in Gesprächen waren und sind. Dieses gemeinsame Vorgehen begrüßen wir sehr. Für uns war es in den Gesprächen unter anderem wichtig, dass nicht wieder bei den Minderheiten gespart wird, wie es noch vor einem Jahrzehnt der Fall war. Und

(Lars Harms)

wir wollten - genau wie andere auch - in die Krankenhausinfrastruktur investieren und die Kommunen unterstützen. Das geschieht mit dem Programm. Wir sehen also, hier besteht eine große Einigkeit.

Was unserer Auffassung nach noch fehlt, ist, dass wir auch in das größte Problem, das die Leute haben, investieren, nämlich in die Bereitstellung von preiswertem Wohnraum. Meine Damen und Herren, darüber sollten wir in den nächsten Tagen in der Tat noch einmal reden und sehen, ob da noch etwas machbar ist. Grundsätzlich aber, und das ist wichtig, sind diese Notkredite nötig, und sie finden auch unsere Zustimmung.

Bei aller Krisen-Kater-Stimmung müssen wir daran denken, dass auch die staatliche Infrastruktur weiterhin aufrechterhalten werden muss. Darauf haben die Bürgerinnen und Bürger ein Anrecht. Und damit meine ich nicht nur Straßen und Wege oder öffentliche Gebäude und den Netzausbau. Ich meine vor allem den Rechtsstaat, die innere Sicherheit, das Gesundheitssystem, Kitas und Schulen sowie generell das Funktionieren von staatlichen Strukturen. Wir konnten es gerade hören: Das will die AfD offensichtlich nicht.

Die Coronapandemie hat uns hier die Lücken und Schwächen ganz klar vor Augen geführt: Wir haben immer noch zu wenig Lehrer; unsere Gerichte sind immer noch überlastet; unsere Polizei hat immer noch immens viel zu tun bei personeller Unterbesetzung. Unsere Krankenhäuser müssen stets auf den neuesten Stand gebracht werden; unsere Sportanlagen sind teilweise immer noch marode; wir haben immer noch zu wenig bezahlbaren Wohnraum, und die Kulturszene durchlebt zurzeit ihre schwerste wirtschaftliche Krise.

All dies sind Aufgaben, für die sich die AfD nicht interessiert und die mit Einsparungen nicht zu bewerkstelligen sind. Ich bin froh, dass die demokratischen Parteien durchaus ein Interesse daran haben, dass der Staat, die Kultur, der Sport und die anderen Bereiche noch funktionieren. Wir können froh sein, dass wir diese Einigkeit haben.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich müssen angesichts der Krise Land, Kreise und Kommunen jetzt den Gürtel enger schnallen. Neben der absolut notwendigen staatlichen Infrastruktur und der Hilfe für die Wirtschaft zur Sicherung von Arbeitsplätzen dürfen dabei jedoch die sogenannten freiwilligen Leistungen auf kommunaler Ebene nicht zu kurz kommen. Es kann nicht sein,

dass Sport und Kultur, Minderheiten, Soziales oder auch der Umweltschutz am Ende die Verlierer sind. Die Coronakrise hat wahrlich bereits genug Schaden angerichtet.

Deshalb muss uns insgesamt klar sein, dass wir zwar in Zukunft die Schuldenbremse wieder einhalten müssen, wir zum jetzigen Zeitpunkt aber trotzdem ein kurzfristiges Konjunkturprogramm brauchen, das die staatliche Handlungsfähigkeit stützt und weiterhin ermöglicht. Und ein solches Programm wird einen gewissen Umfang haben müssen. Wir vom SSW stehen daher für entsprechende Beratungen konstruktiv bereit.

Meine Damen und Herren, dieses konstruktive Bereitstehen bezieht sich nicht nur auf den Landtag. Wir machen das hier gemeinsam. Ich bin davon überzeugt, dass alle fünf demokratischen Parteien in diesem Landtag ein gemeinsames Programm auf die Beine stellen werden. Es geht aber auch um die Kommunen. Wir werden es den Kommunen mit einer Passage dieses Programms ermöglichen, außer der Reihe Kredite aufzunehmen, auch wenn sie nach den formalen Kriterien dazu möglicherweise nicht in der Lage wären. Das soll noch gesetzlich geregelt werden, und das finde ich ganz wichtig. Ich kann Ihnen jetzt schon zusagen, dass der SSW auch auf kommunaler Ebene dafür geradestehen wird, dass Investitionen weiter getätigt werden können. Das ist auf kommunaler Ebene, für den Mittelstand, aber auch für das Aufrechterhalten von kommunalen Strukturen besonders wichtig. Insofern finde ich es gut, dass wir hier ein Signal setzen, das hoffentlich auch auf kommunaler Ebene gehört wird. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

(Wortmeldung Jörg Nobis [AfD])

- Entschuldigung. Herr Nobis, das habe ich nicht gesehen. Es folgt ein Kurzbeitrag des Abgeordneten Nobis.

Jörg Nobis [AfD]:

Herr Präsident! Ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, weil einige Aussagen gefallen sind, die ich geraderücken muss. Ich glaube, eines können wir festhalten: Die Schuldenbremse ist tot. Sie ist gestorben. Ich glaube, eine Bremse, die nicht bremst, hat sich erledigt.

(Jörg Nobis)

(Zurufe)

- Ich habe sehr wohl zugehört.

(Lars Harms [SSW]: Das stimmt doch gar nicht! Das steht in der Verfassung!)

- Ja, ja, in der Verfassung steht: Wir können die besondere Notlage des Landes feststellen. Das können wir tun, da sind wir sogar bei Ihnen. Wir sind bei Ihnen, dass wir eine Coronanotlage haben. Wir sind auch bei Ihnen, wenn es heißt, wir müssen die Kommunen unterstützen und Geld in die Hand nehmen, wir müssen Steuerausfälle in nie da gewesenen Ausmaß ausgleichen.

Überhaupt nicht mehr bei Ihnen sind wir aber, wenn die Notlage missbraucht wird, um diese Gelder umzuschichten und in Radwege, den Klimaschutz, so stand es in der Zeitung, oder in die Förderung von anderen Sachen umzuleiten. Das geht unter dem Deckmantel der Coronanotlage nicht mehr.

Herr Petersdotter, apropos zu der Aussage: Von der Tapete bis zur Wand. Es ist genau andersherum. Wir haben die Weitsicht. Wir blicken über die nächsten Jahre hinaus. Uns und denjenigen, die nach uns kommen und hier in 20 bis 30 Jahren sitzen und Haushalte beschließen müssen, wird dies auf die Füße fallen.

(Zuruf Lars Harms [SSW])

- Das glauben Sie auch, Herr Harms, dass uns das auf die Füße fallen wird. Das, was uns in 30 Jahren an haushälterischen Spielräumen noch bleibt, ist bei diesem Ausgabeverhalten der Landesregierung gering. Hier sind wir nicht bei Ihnen.

Natürlich müssen jetzt Kredite aufgenommen werden. Was ist es aber für ein Euphemismus, wenn in der Pressemitteilung steht: Einsparpfad Landeshaushalt muss abgedeckt werden, der Einsparpfad wird kreditfinanziert. Was ist das? Erklären Sie mir das. Ich habe das nicht verstanden. - Vielen Dank.

(Beifall AfD - Beate Raudies [SPD]: Das liegt aber an Ihnen!)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Man muss sich nicht unbedingt mit jedem Beitrag beschäftigen, aber jetzt ist das doch ganz wichtig, denn heute haben wir wieder einmal nicht

zum ersten Mal gehört, dass zumindest Herrn Nobis - und er hat im Namen seiner Fraktion gesprochen - die Verfassung nicht so fürchterlich wichtig ist.

Lieber Kollege Nobis, die Schuldenbremse ist immer noch in der Verfassung verankert. All das, was jetzt geschieht, entspricht den Bestimmungen der Schuldenbremse, wie sie in unserer Verfassung verankert ist. Wir haben bewusst in die Verfassung geschrieben, dass dieses Parlament dann, wenn es Notsituationen gibt, mit einer Zweidrittelmehrheit Regelungen beschließen kann. Ich verbitte es mir, dass Sie sich hier hinstellen und einfach sagen: Verfassung, ja, ja! - Nein, nein, die Verfassung ist das Fundament unserer gesamten Gesellschaft, und wir demokratischen Parteien stehen hinter diesem Fundament, meine Damen und Herren.

(Beifall SSW, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf Jörg Nobis [AfD])

Sie können sich gern hier hinstellen und sagen: Das ist alles Tinnef, das interessiert Sie alles gar nicht.

(Widerspruch Jörg Nobis [AfD])

Ich erwarte aber von Ihnen als Politiker dieses Hohens Hauses, dass Sie auch einmal sagen, was Sie denn tun wollen. Sie sagen nie, was Sie tun wollen.

(Beifall SSW)

Sie kritisieren immer nur andere, die ehrlich ihre Arbeit machen. Sie sitzen da und warten, Sie halten 5 Minuten lang Ihre Rede, gehen raus, und fertig ist die Laube. So ist es aber nicht.

(Zurufe AfD)

Sie haben gefälligst auch einmal zu sagen, was Sie tun wollen, um die Situation zu verbessern. Wo wollen Sie investieren? Wie wollen Sie das finanzieren? Diese Antwort sind Sie schuldig geblieben, und das ist keine nachvollziehbare Politik. Das ist keine ehrliche Politik, sondern das ist einfach nur Rummemoser, und dafür brauchen wir Sie hier eigentlich nicht. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nun aber nicht mehr vor. - Ich schließe die Beratung. Ich stelle zunächst fest, dass der Berichts Antrag, Drucksache 19/2287, durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat. Der Tagesordnungspunkt ist somit insgesamt erledigt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 8 auf:

(Präsident Klaus Schlie)

Wahl eines Stellvertreters für das Parlamentarische Kontrollgremium

Wahlvorschlag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/2383

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht.
Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich lasse über den Wahlvorschlag abstimmen und schlage Ihnen hierfür eine offene Abstimmung vor.
- Widerspruch sehe ich nicht. Dann werden wir so verfahren.

Gewählt ist, wer die Mehrheit der Mitglieder des Landtages auf sich vereint.

Wer also dem Wahlvorschlag Drucksache 19/2383 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CDU, der SPD, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP sowie die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Die AfD-Fraktion und die Abgeordnete von Sayn-Wittgenstein. Dieser Vorschlag ist angenommen worden.

Damit ist der Abgeordnete Christian Dirschauer als Stellvertreter für das Parlamentarische Kontrollgremium gewählt worden. - Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 13 auf:

Reduzierung von Plastik- und Verpackungsmüll innerhalb der Landesverwaltung in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/2322 (neu)

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. - Mit dem Antrag wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse also zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich sehe, das ist einstimmig so beschlossen.

Dann erteile ich für die Landesregierung dem Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung, Jan Philipp Albrecht, das Wort.

Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Im Alltag wird eindeutig zu viel Müll produziert. Im Jahr 2018 sind allein 68 kg Verpackungsmüll pro Kopf angefallen. Der Trend der vergangenen Jahre zu mehr und mehr Verpackungsmüll hält an. Allein der Anteil der Kunststoffverpackungen ist im Zeitraum von 2000 bis 2017 um 79 % gestiegen. Dabei ist die Entsorgung von Verpackungsmüll aufwendig und kostenintensiv - vom hohen Energieverbrauch und der Verschwendung von natürlichen Ressourcen einmal ganz zu schweigen.

Völlig zu Recht hat deshalb der Landtag im März 2019 die Landesregierung aufgefordert, auch innerhalb der Landesverwaltung Plastik- und Verpackungsmüll deutlich zu reduzieren. Wenn möglich und verhältnismäßig, soll auf Plastik- beziehungsweise überflüssige Verpackungen ganz verzichtet werden.

Die Landesregierung ist aus zwei Gründen in der Pflicht zu handeln: Zum einen kann sie mit gutem Beispiel vorangehen und demonstrieren, wie sich unnötige Abfälle vermeiden lassen. Zum anderen können durch die Größe der Landesverwaltung und ihre zentrale Beschaffung nennenswerte Abfallmengen vermieden und so ein Beitrag zum Umwelt- und Ressourcenschutz geleistet werden.

Schon im Kleinen zeigt sich, dass die Vermeidung von Kunststoff- und Plastikabfällen bereits im Bewusstsein der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landes verankert ist. So hat eine aktuelle Auswertung der zentralen Beschaffung bei der GMSH eine rückläufige Tendenz bei einzeln verpackten Produkten ergeben. So werden alltägliche Dinge, zum Beispiel einzeln verpackte Kekse oder portionierte Kaffeesahne, immer weniger nachgefragt. Daran sehen wir ganz deutlich, dass die Bediensteten des Landes schon aus eigenem Antrieb auf umweltfreundliche Alternativen setzen.

Aber: Ich werde den Kolleginnen und Kollegen nach Prüfung in den Ressorts vorschlagen, diese Produkte komplett aus dem Warenkorb der GMSH zu entfernen; denn jedenfalls Kaffeesahne in kleinen Einzelverpackungen oder einzeln verpackte Kekse sind nicht mehr zeitgemäß und haben im Online-Warenkorb der Beschaffungsstellen nichts mehr zu suchen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Volker Schnurrbusch [AfD])

(Minister Jan Philipp Albrecht)

Wie Sie wissen, sorgt die sogenannte Einweg-Kunststoff-Richtlinie der EU dafür, dass ab dem 5. Juli 2021 solche Artikel wie Einwegbesteck aus Kunststoff, Einwegplastikteller, Strohhalme oder Rührstäbchen aus Plastik nicht mehr in den Handel kommen. Hier ist das Land bereits beispielgebend, weil diese Produkte schon heute nicht mehr in dem Standardwarenkorb der Landesverwaltung verfügbar sind.

Dort, wo Kunststoffprodukte nicht vermeidbar sind, wird die Landesverwaltung bei zukünftigen Beschaffungen Vorgaben hinsichtlich des eingesetzten Anteils von Recyclingmaterial festsetzen. So werden Kreisläufe geschlossen und Ressourcen geschont. Eine nachhaltige Beschaffung zeichnet sich auch dadurch aus, dass Alternativen aus nachwachsenden Rohstoffen geprüft werden. Diese werden in der herkömmlichen Entsorgung in der Regel zwar nicht recycelt, tragen aber immerhin zur Defossilisierung und damit zur Ressourcenschonung bei.

Von den in den vergangenen Jahren beschafften Kunststoffprodukten wurde anstelle fossil basierter Kunststoffe schon über die Hälfte der Produkte aus biobasierten Kunststoffen - aus pflanzlicher Stärke - eingekauft. Wie Sie sehen, reduziert die Landesverwaltung die Menge des Plastik- und Verpackungsmülls über verschiedene Stellschrauben. Dies gilt auch für unsere Dienstleister, die Vorgaben hinsichtlich des Einsatzes von Verpackungsmaterial bei An- und Auslieferungen erfüllen müssen.

Wir fordern Mehrwegsysteme bei Verbrauchsmaterialien, zum Beispiel Druckerkartuschen, ein und reduzieren den Treibhausgasausstoß durch einen CO₂-neutralen Brief- und Paketversand. Im Bereich der nachhaltigen Beschaffung wurde damit schon viel erreicht.

Dies ist ein laufender Prozess, in dem neue Ideen zur Müllvermeidung das System ständig verbessern. Im Rahmen der Strategie zur Erreichung der Klimaziele in der Landesverwaltung werden wir neben der Defossilisierung der Beschaffung zukünftig auch Kriterien für die Umsetzung einer nachhaltigen Beschaffung, also unter Berücksichtigung weiterer ökologischer und sozialer Kriterien, erarbeiten.

Meine Damen und Herren, Plastik- und Verpackungsmüll ist kein exklusives Problem der öffentlichen Verwaltung, sondern begegnet jedem und jeder von uns im Privaten wie im Beruflichen. Ich bitte Sie also herzlich: Werben Sie mit uns dafür, unnötige Verpackungsabfälle zu vermeiden! Die Landesregierung wird ihren Weg hin zu einer nachhaltigen

Beschaffung konsequent weitergehen. Ich würde mich freuen, wenn wir das gemeinsam mit dem Parlament tun könnten. - Herzlichen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Stefan Weber.

Stefan Weber [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Minister Albrecht, vielen Dank für Ihren Bericht; auf diesen werde ich später noch ein wenig eingehen.

Im März 2019 hatten wir die Landesregierung aufgefordert, innerhalb der Landesverwaltung Plastik- und Verpackungsmüll deutlich zu reduzieren und, wenn möglich, auf Plastik- beziehungsweise überflüssige Verpackungen ganz zu verzichten.

Plastikabfall schadet unserer Umwelt. Er findet sich überall - in dicht besiedelten Gegenden unserer Erde, aber auch dort, wo wenig Menschen leben, zum Beispiel in der Arktis. Plastikmüll belastet unsere Flüsse, verunreinigt zahlreiche Strände, schwimmt auf der Meeresoberfläche, schlummert am Grund der Ozeane.

Mindestens die Hälfte des Plastikmülls stammt von Verpackungen. Wir müssen dieser bedrohlichen Entwicklung wirksam entgegenreten.

Verstärkt wird der Trend auch dadurch, dass immer mehr Bürgerinnen und Bürger Essen, Schuhe, Kleidung und vieles mehr nach Hause liefern lassen. Denn durch den Boom des Online-Handels wird die Verpackungsflut immer größer.

Ja, wir sind vergleichsweise gute Trenner, Sammler und Recycler. Aber wir produzieren durch unseren Konsum- und Wegwerfmüll einfach viel zu viel Plastik.

(Vereinzelter Beifall SPD und Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger möchte weniger Plastik verbrauchen. Sie brauchen aber auch das verpackungsfreie Angebot im Handel, um eine Wahl zu haben. Die Verantwortung können wir nicht dem Verbraucher oder der Verbraucherin auflasten. Politik muss einerseits den Rahmen schaffen, andererseits auch Vorbild sein. Deshalb wurde damals der Antrag auf Reduzierung von Plastik-

(Stefan Weber)

und Verpackungsmüll in der Landesverwaltung eingebracht.

Wir müssen überflüssige Verpackungen vermeiden. Nachhaltiges Konsumverhalten ohne Pappbecher, Mikroplastik und vermüllte Städte ist möglich, ohne dass unser Wohlstand gefährdet ist. Der beste Abfall ist der, der gar nicht erst entsteht. Dort müssen wir ansetzen.

(Beifall SPD und Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Lassen Sie mich im Zusammenhang mit der Coronakrise noch auf eines hinweisen, was vielen nicht bekannt sein dürfte: Da im Zusammenhang mit der Pandemie die Rohstoffpreise und damit auch die Preise für Erdöl gesunken sind, kommt erdölbasierte Kunststoffneuware unschlagbar günstig auf den Markt. Dies ist auf der ZDF-Internetseite vom 2. September 2020 nachzulesen. Die niedrigen Ölpreise machen es möglich, Kunststoffverpackungen viel günstiger als Verpackungen aus Recyclingmaterial anzubieten.

Ich möchte hinzufügen: In der Coronapandemie soll sich laut dem Bericht auch die Menge der Leichtverpackungsabfälle im Schnitt um 20 % erhöht haben - ja, vor allem aus hygienischen Gründen. Kleine, einzelne Verpackungen haben die Müllberge weiter anwachsen lassen, Salz und Pfeffer dürfen nicht mehr unverpackt auf den Tisch, Essen wird einzeln verpackt - um nur einige Beispiele zu nennen.

Bevor ich noch kurz zu Ihrem Bericht komme, bringe ich mit Erlaubnis des Präsidenten ein Zitat aus Ihrer Rede aus dem Jahr 2019:

„Wir wollen zügig das Ziel einer deutlichen Reduktion beziehungsweise Vermeidung von Plastik- und Verpackungsmüll in den Landesbehörden erreichen und damit als gutes Beispiel gegenüber anderen Ländern und Behörden und vor allem gegenüber den handelnden Verbrauchern dienen ...“

Das haben Sie auch eben in Ihrer Rede zu Ihrem Bericht deutlich gemacht, den Sie uns vorgelegt haben. Sie haben darin auch bereits einige Punkte aufgezeigt, wo in den Landesverwaltungen dementsprechend gearbeitet wird.

Ich hätte mir gewünscht, dass Sie nicht erst jetzt mit der Äußerung kommen, Sie wollten den Landesverwaltungen vorschlagen, dass Einzelverpackungen gar nicht mehr genutzt werden. Das ist eine Aussage, die schon vor einem Jahr hätte gemacht werden können.

Ich denke aber, dass die Landesregierung angesichts dessen, was Sie uns heute berichtet haben, Herr Minister, auf dem richtigen Weg ist, Verpackungsmüll und noch mehr Plastik zu vermeiden. Vor allem auch Ihr Ansatz, sich noch einmal die Kriterien für die Vergabe anzugucken und zu schärfen, ist ein wichtiger Ansatz, um den Müll zu vermeiden und so mit gutem Beispiel voranzugehen. Ich hoffe, dass die Landesregierung auf diesem Wege zügig vorangeht.

Ich werde dranbleiben und dann demnächst aus einem erneuten Bericht hoffentlich weitere Schritte erfahren. - Vielen Dank.

(Beifall SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Heiner Rickers.

Heiner Rickers [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bereits am 28. März 2019, Herr Weber, haben wir über dieses Thema schon einmal debattiert. Ich möchte mich bei Ihnen dafür bedanken, dass Sie bei Herrn Minister Albrecht den mündlichen Bericht angefordert haben zum Thema Verpackung, Nachhaltigkeit, Plastikmüll erzeugen oder vermeiden im öffentlichen Bereich, vornehmlich in den nachgelagerten und vorgelagerten Bereichen und in der Landesregierung selbst.

Dann möchte auch ich mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten gern aus der Rede des Herrn Ministers vom 28. März 2019 zitieren - das haben Sie auch getan -, der damals sagte:

„Alle Ministerien, nachgeordneten Behörden und Landesinstitutionen sind in eine nachhaltige Beschaffung und Produktnutzung einzubinden.“

Eine bestmögliche Vermeidung von Plastik- und Verpackungsmüll soll erreicht werden. Das Ganze wird nicht nur gesteuert, sondern auch noch überprüft von der GMSH, die für die Gesamtbeschaffung in den von mir erwähnten Bereichen verantwortlich ist.

Es geht also darum, Plastikverpackung zu vermeiden, die Recyclingfähigkeit festzustellen und das am Ende auch nachzuweisen. Dazu ist meine - ich glaube, auch nicht unberechtigte - Frage, ob zu diesen nachgeordneten Behörden und Landesinstitutionen inklusive der Liegenschaften auch alle Polizeidienststellen gehören oder vielleicht auch alle

(Heiner Rickers)

Schulen. Letztendlich sind ja wir die Arbeitgeber von Lehrern und Polizisten. Ich glaube aus der Praxis berichten zu können, dass dort die Ziele zum Teil bei Weitem nicht erreicht werden.

Freudig zur Kenntnis genommen - auch das haben Sie erwähnt, Herr Minister - haben wir alle, dass ab Juli 2021 - und das wird greifen - eine Einwegkunststoffrichtlinie der Europäischen Union gilt, nach der Einwegkunststoffgegenstände für den täglichen Bedarf - dazu gehört eben auch die Verwaltung - europaweit verboten werden sollen, soweit es Alternativen gibt und nicht unvermeidbar Kunststoffgegenstände eingesetzt werden müssen.

Herr Weber, das haben Sie richtig erwähnt: Covid-19 hat uns auch in diesem Bereich einen Strich durch die Rechnung gemacht. Wer hat nicht bemerkt, dass wir in den Fluren oder in den Teeküchen hier in unserem Bereich heute nicht mehr Keksdosen haben, die für jeden zugänglich sind, sondern dass wir, wenn es um Lebensmittel oder um Getränke geht, äußerst penibel die Hygienevorschriften einhalten müssen und deshalb natürlich - entgegen dem, was wir mit Nachhaltigkeit erreichen wollen - heute alles in Kunststoff eingepackt haben. Ob das auf Dauer nötig sein wird, ist eine spannende Frage. Aber auch das muss überprüft werden.

Der Online-Handel, nicht nur im privaten Bereich, sondern auch im öffentlichen Bereich - da sind wir wieder bei der Landesregierung und all dem, was dann kommt -, hat zugenommen. Mit dem Online-Handel haben nicht nur die Fragen, ob das Ganze im System nachhaltig läuft, was Arbeitsbedingungen und Belastungen angeht, sondern ob auch die Verpackungen in den Paketen im Online-Handel, die geliefert werden, so sein müssen, wie sie heute sind.

Hygiene: Mund- und Nasenschutz. - Ist dieser Mund- und Nasenschutz in allen Teilen der Landesregierung sowie nachgeordneten Behörden tatsächlich nachhaltig produziert? Das ist eine spannende Frage. Ist dazu viel Kunststoff drin, wo kommen sie her? Kann auch das gewährleistet werden? Alle diese Fragen sind noch nicht geklärt.

Zusammenfassend möchte ich sagen: Natürlich sind nachhaltiges Wirtschaften, Ressourcenschutz und mit gutem Beispiel voranzugehen sind Aufgabe der Landesregierung Schleswig-Holstein. Auch im Bericht zur Nachhaltigkeit und zur Verfolgung der UN-Nachhaltigkeitsziele ist klar festgeschrieben: Alle wollen den Rohstoffverbrauch senken und nachhaltig wirtschaften. Lassen Sie uns mit gutem

Beispiel vorangehen und dieses Thema nicht vergessen. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Abgeordnete Marlies Fritzen.

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

„Ein jeder kehre vor seiner eigenen Tür, und rein ist jedes Stadtquartier.“

Sie wissen schon länger, dass ich eine Freundin dieses Goethe-Zitates bin, weil ich die ewigen Verweis-Debatten, die wir ja im Umweltbereich sehr häufig haben - „Ja, wir wissen um das Problem, aber die anderen haben ein noch viel größeres, und deshalb sollen die mit der Lösung mal anfangen“ -, leid bin. Und deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, vielen Dank für diesen Antrag und vielen Dank auch an die Landesregierung für diesen Bericht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gerade auch im Land zwischen den Meeren muss uns die steigende Plastikflut sorgen. 10 Millionen t jährlich gelangen in die Weltmeere. Und wer überlegt, wie wenig Styropor oder eine Bonbontüte wiegt, ahnt die räumlichen Ausmaße dieses Mülls. 80 % des Mülls an deutschen Stränden bestehen aus Kunststoffen. An 100 m Nordseestrand finden sich durchschnittlich 400 Müllteile. Laut Landesamt für Küsten- und Naturschutz fielen zwischen 2010 und 2019 auf den Landesdeichen rund 2,3 m³ pro Kilometer und Jahr an anorganischem Müll an. Die Kosten allein für das Aufsammeln betragen 17.000 €/jährlich.

Meine Damen und Herren, Chipstüten, Bauschaum, Fischernetze, all das findet sich im Meer und zunehmend auch in den Nestern und Mägen von Meerestieren. Wer einmal gesehen hat, wie sich Basstölpelküken am Vogelfelsen von Helgoland strangulieren, wird dieses Bild nicht mehr vergessen.

Während der Brutsaison 2014 und 2015 ergaben Untersuchungen, dass zwei- bis fünfmal so viele Jungvögel starben, als es normalerweise der Fall wäre. Bei 94 % tot aufgefundener Eissturmvögel fand man Kunststoffpartikel im Magen. Über die

(Marlies Fritzen)

Nahrungskette gelangen diese am Ende auch in unsere Mägen.

Das Thema ist also erkannt. Und es ist gut und richtig, mit dem Plastiksparen bei sich selbst anzufangen. - So weit, so gut.

Aber, meine Damen und Herren, freiwillige Selbstverpflichtungen ersetzen keine Politik. Und da fehlt es vor allem bei der Bundesregierung. Diese hätte es in der Hand, den rechtlichen Rahmen für die Reduzierung von Verpackungsmüll zu setzen. Wo aber bleibt eine ambitionierte und verbindliche Reduktionsquote im Rahmen des Kreislaufwirtschaftsgesetzes? Wo bleibt eine bundesweite Einwegabgabe? - In beiden Fällen Fehlzanzeige.

Das wäre im Übrigen auch eine konstruktive Antwort auf den Hinweis des Kollegen Weber von vorhin, dass kunststoffbasierte und ölbasierte Produkte mittlerweile günstiger wären, wenn man eine verbindliche Quote hätte, weil dann auch ein Markt dafür bestünde. Stattdessen aber ist der Anteil - der Minister hat es gesagt - an Kunststoffverpackungen in den Jahren 2000 bis 2017 um rund 80 % gestiegen.

Wo bleibt darüber hinaus eine Recyclingquote, um Kreisläufe zu schließen und Ressourcen zu schonen? - Auch hier Fehlzanzeige.

Ein echtes Kreislaufwirtschaftsgesetz, das seinen Namen verdient, könnte dies alles regeln, und das muss auf Bundesebene geregelt werden. Was aber macht die Bundesregierung? - Sie schreibt ein Verpackungsgesetz mit wenig ambitionierten und noch dazu völlig unverbindlichen Zielen.

Um nur ein Beispiel zu nennen: 60 % unseres Plastikmülls werden immer noch thermisch verwertet, zu gut Deutsch: Sie werden verbrannt.

Das neue Verpackungsgesetz verlangt, die Recyclingquote von jetzt 36 % auf dann 63 % bis zum übernächsten Jahr zu erhöhen. Doch es bleibt eine reine Schummelquote, denn es wird nur gemessen, wie viele Recyclingstoffe aus dem Müll gesammelt, und nicht, wieviel tatsächlich verwertet werden.

Ein letztes Wort, meine Damen und Herren, von meiner Seite zu der Kompensation von Kunststoffen durch nachwachsende Rohstoffe. Der Minister hat es in seinem Bericht angesprochen. Ich möchte deutlich sagen, dass ich persönlich davon keine Freundin bin. Stattdessen sollten aus meiner Sicht verstärkt Recyclate entwickelt und nachgefragt werden. Ich fände es gut, wenn die Landesregierung bei ihrer Reduktionsstrategie diesen den Vorzug gäbe; denn nachwachsende Rohstoffe gehören für mich

auf den Teller oder in den Trog und nicht in die Tüte oder in den Tank. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Dennys Bornhöft das Wort.

Dennys Bornhöft [FDP]:

Sehr geehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Plastik- und Einwegmüll ist und bleibt weiterhin ein großes Problem. Wir haben schon mehrfach in dieser Legislaturperiode darüber gesprochen, unter anderem auch im Jahr 2019. Es gibt viele Statistiken, wie es sich mit dem Plastikmüll in Deutschland verhält. Allein im Jahr 2017 wurden jeden Tag in Deutschland 320.000 Einwegbecher verbraucht, die Hälfte davon war der klassische Coffee-to-go-Becher. Also alle drei Tage waren es 1 Million. Die Kunststoffabfälle haben sich im Zeitraum 2015 bis 2017 um 4 % auf insgesamt 6,15 Millionen t erhöht: alles reiner Plastikmüll in Deutschland.

Nun ist es so, und ich unterstütze das ausdrücklich, dass die Europäische Union zum Juli 2021 die Herstellung und Verbreitung von Einwegplastik verbietet. Das sind das klassische Plastikbesteck, der Plastikbecher, das Wattestäbchen und viele weitere Produkte, die aus Plastik bestehen. Sie wird es zukünftig nicht mehr geben. Das ist eine gute Sache. Aber der Ruf nach einer europäischen Lösung darf nicht dazu führen, dass Bund und Länder weniger tun, auch nicht dazu, dass man als Privatperson weniger tut.

Daher haben wir uns im März 2019 parteiübergreifend mit Drucksache 19/1341 (neu) dazu entschlossen, dass wir als Land Schleswig-Holstein hier stärker vorangehen und es eine wiederkehrende Berichtspflicht geben muss.

Heute haben wir erstmalig einen solchen Bericht im Landtag gehört. Wir haben festgestellt, dass der Verbrauch von Kleinstportionen von Kaffeesahne, einzeln verpackten Keksen und weiteren Kleinutensilien zurückgeht. Das ist der richtige Schritt. Konsequenz kann man auch darin sein, dass so etwas erst gar nicht mehr bestellt werden kann und aus dem Katalog der GMSH verschwindet.

Ein weiterer wichtiger Ansatz ist, auf mehr Recyclingkunststoffe zurückzugreifen, am besten zu

(Dennys Bornhöft)

100 %. Die Kollegin Marlies Fritzen hat gerade das Recycling angesprochen.

Wir haben ein sehr, sehr großes Problem, was das Recycling angeht. Solange die Plastikprodukte aus unterschiedlichen Plastiksarten bestehen, ist es einerseits faktisch, andererseits wirtschaftlich gar nicht möglich, diese Rohstoffe zu recyceln, weswegen ein großer Teil der Produkte, die im gelben Sack landen - wo sie auch hingehören -, nach der Sortierung doch leider thermisch verwertet wird, sprich zu knapp 70 % verbrannt wird, und somit nicht auf einer offenen Deponie landet, sondern natürlich zur Strom- oder Wärmeerzeugung genutzt wird. Da die Produkte auf Erdöl basieren, ist dies auch ein wesentlicher Teil des Kreislaufes.

Besser wäre es aber, wenn Politik als auch Industrie mehr den Fokus darauf legten, dass Plastik besser recycelt werden kann. Das ist aber auch eine große Frage des Produktdesigns. Das können wir politisch vorgeben, aber auch die Industrie könnte da mehr vorangehen. Das wäre ein wichtiger Punkt.

(Beifall FDP)

Noch besser als auf Recyclingkunststoffe zu setzen, wäre es, auf nachwachsende statt chemische Rohstoffe zu setzen. Aber hierfür muss es ein passendes Angebot und die entsprechende Nachfrage geben, sodass man auf Alternativen zurückgreifen kann. Wichtig ist, dass auch die Privaten mitziehen, da die Landesverwaltung allein das Problem nicht beheben kann. Jeder Mensch in Schleswig-Holstein sollte da mitmachen, und dafür braucht es eine Aufmerksamkeit.

Ich selber habe für die Landtagsfraktion der FDP Veranstaltungen zur Plastikvermeidung gemacht und habe jedem Gast quasi als Gastgeschenk Einwegartikel aus nachwachsenden Rohstoffen mitgegeben, um für dieses Thema zu sensibilisieren, dass man Plastikbesteck nicht zwingend braucht. Hier gibt es gute Alternativen, und es gibt auch weniger gute Alternativen. Ich habe hier etwas mitgebracht, das sehr nach Plastik aussieht.

(Dennys Bornhöft [FDP] hält eine nach Kunststoff aussehende Gabel hoch)

Es ist auch extrem stabil, aber es steht „kompostierbar“ darauf. Das ist schon mal gut, kompostierbar klingt gut und ist dann auch biologisch abbaubar. Das heißt aber noch lange nicht, wenn kompostierbar auf den Produkten steht, dass diese auf dem eigenen Kompost auf dem eigenen Grundstück verwertet werden können. Das liegt daran, dass die Rottetemperatur, die dieses Produkt aus Maisstärke

braucht, mindestens 60°C betragen muss. Niemand von uns, vielleicht noch die Landwirte, wird voraussichtlich einen solch großen Haufen Mist bei sich auf dem Grundstück haben, dass sich in der Mitte eine dauerhafte Rottekerntemperatur von über 60 Grad entwickelt, um dieses Produkt wieder zu Erde zu verwandeln. - Schade, dann muss es doch wieder in die schwarze Tonne. Das darf nicht in den gelben Sack. Wenn das in die Lieferkette des gelben Sackes gelangt, wird es dort für Schäden sorgen.

Wer sich darüber weiter informieren und sich ein Bild über gute oder schlechte Alternativen machen möchte, den lade ich in mein Büro, Zimmer 211, ein. Ich mache seit eineinhalb Jahren ein Langzeitexperiment zum Thema abbaubares Einwegbesteck. Man kann gern vorbeischaun.

Nun ist es so, dass Corona vieles beeinflusst und uns bei vielen tollen Neuerungen, die auf dem Weg der Plastikvermeidung waren, wieder zurückgesetzt hat. Es geht hier um Gesundheitsschutz. Wichtig ist, wenn wir irgendwann endlich die Coronapandemie besiegt haben, dass wir dann zu unseren Werten, was die Plastikreduktion angeht, zurückkehren; denn Plastik ist nicht biologisch abbaubar. Mikroplastik geht in die Zellen, Plastikvermeidung ist nicht nur eine reine Müllvermeidung, sondern auch ein direkter Gesundheits- und Umweltschutz. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, SSW und Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Volker Schnurrbusch das Wort.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Verehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Minister Albrecht, vielen Dank für Ihren Bericht und Ihre bisherigen Anstrengungen, den Plastikmüll in der Landesverwaltung zu vermeiden.

Wir wissen, wir haben es gehört, Plastik ist überall, Plastik ist nützlich, Plastik ist ein wertvoller Rohstoff, den es gilt, sinnvoll einzusetzen und so oft es geht wiederzuverwenden. Wer Plastik wegwirft, verschwendet diesen Rohstoff und handelt unverantwortlich.

Laut einer aktuellen Studie des Verbandes kommunaler Unternehmen geben deutsche Städte und Gemeinden jedes Jahr 700 Millionen € aus, um Parks

(Volker Schnurrbusch)

und Straßen von Zigarettenresten, Einwegbechern und anderen Plastikeinwegprodukten zu reinigen und diesen Abfall zu entsorgen. 120 Millionen € gehen allein auf das Konto der allgegenwärtigen Getränkebecher aus Plastik.

Plastik und sonstiger Verpackungsmüll gehören nicht in die Umwelt, sie gehören nicht einfach nur verbrannt und schon gar nicht in unsere Meere. Darüber herrscht hier Konsens, genauso wie bei der großen Mehrheit der Bürger draußen. Es sollte wohl klar sein, dass, sofern vorhanden, die bessere Alternative gewählt wird. Das ist in der Politik so, sonst stünde ich heute nicht hier, aber natürlich auch bei Verpackungen aller Art.

Das, was im Antrag steht, ist nicht verkehrt. Natürlich ist es immer besser, Verpackungsmüll von vornherein zu vermeiden, statt Verpackungsabfälle aufwendig zu recyceln. Denn auch hier gilt das Vorsorgeprinzip. Konsequente Abfallvermeidung muss der erste Schritt sein. Der zweite Schritt wäre der Einsatz von einfach abbaubaren oder leicht recycelbaren Verpackungsmaterialien. Aber, fragen Sie einmal Gärtnereibetriebe, ob sie einfach Plastikträger durch Pappe ersetzen können oder Plastikfolien durch ... Wodurch? Durch Stoff? - Da werden Sie schnell merken, dass es nicht in allen Bereichen funktionieren kann, Plastik so einfach zu ersetzen.

Insgesamt brauchen wir Alternativen, darüber ist gesprochen worden, und das sehen wir auch so. Wir brauchen Verpackungsmaterialien oder Kunststoffe, die leichter abbaubar sind und sich etwa unter UV-Licht zersetzen oder auch kompostierbare Kunststoffe aus pflanzlichen Stoffen wie Hanf oder Flachs oder auch aus Erdölpolymeren. Solche Materialien gibt es bereits. Sie sind jedoch noch sehr teuer. Herr Weber wies gerade richtigerweise darauf hin, dass die herkömmliche Herstellung von Polyethylen und Polyestern auch durch die gesunkenen Ölpreise auf Dauer günstig bleiben wird. Heute machen die sogenannten Biokunststoffe gerade einmal 0,1 % der gesamten Kunststoffe aus, die in Europa verwendet werden.

Die alternativen Materialien sind aber nicht nur viel teurer, sondern sie bieten bisher laut einer Studie der University of Plymouth keine ökologischen Vorteile gegenüber herkömmlichen Produkten aus Polyethylen. Die Forschung dazu sollte daher weiter intensiviert werden. Sowohl die BASF in Ludwigshafen mit einem biologisch abbaubaren Polyester als auch die Firma Pyramid Bioplastics in Guben, Brandenburg, mit dem Ersatzstoff Polymilchsäure wollen ihre Produktion erhöhen - immerhin. Doch solange der ökologische Nutzen, und zwar

über den gesamten Lebenszyklus des Produktes, noch unbewiesen ist, bleibt die Hoffnung auf schnellen Ersatz für erdölbasierte Produkte sehr vage. Da nutzt auch eine Quote nichts, Frau Fritzen. Das hilft dann nicht, was die Ökologie betrifft. Im Übrigen gebe ich Ihnen jedoch völlig recht, dass wir nicht zu Maisstärke als Ersatzstoff greifen sollten; denn Mais haben wir in den letzten Jahren wahrlich lange genug übermäßig gefördert. Das hat, wie wir gesehen haben, nicht so viel gebracht.

Allerdings gibt es ein weiteres Problem, das Herr Bornhöft gerade schon angesprochen hat: Diese alternativen Stoffe werden nämlich im Recyclingprozess oftmals als Störfaktor, als Störstoff identifiziert, infolgedessen aussortiert und nicht recycelt, sondern wieder nur verbrannt. Da muss also noch mehr getan werden. Bis es so weit ist, dass wir wirklich mehr umstellen können, sollte jeder bei sich anfangen. Jeder kann sein eigenes Verhalten hinterfragen und konsequent Kaufentscheidungen aufgrund besonders umweltgerechter Verpackungen treffen. Damit wäre schon ein wichtiger erster Schritt gemacht. Wir sollten alle damit anfangen, soweit es noch nicht geschehen ist. Die Landesverwaltung ist offenbar schon auf einem guten Weg. Wir werden diesen Weg weiter aufmerksam verfolgen. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Christian Dirschauer das Wort.

Christian Dirschauer [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Gäste! Das Thema Plastikmüll ist uns politisch so richtig auf die Pelle gerückt, als Plastikschnipsel in der Schlei gefunden wurden. Natürlich war das Problem mit dem Plastikmüll schon seit Jahrzehnten bekannt. Aber mit den Vorfällen in der Schlei hat es auf einmal eine Nähe bekommen, dass auch dieses Haus sich verstärkt politisch mit dem Thema befasst hat. So wurde zunächst festgestellt, dass die Aspekte und Fragestellungen zum Plastikmüll sehr umfangreich sind. Diese reichen vom Mikroplastik bis hin zu riesigen schwimmenden Plastikinseln in den Ozeanen. Die katastrophalen Auswirkungen auf Natur und ihre Lebensräume sind hierbei der eine Aspekt. Die Frage, inwieweit das Mikroplastik auch Auswirkungen auf unsere Gesundheit hat, ein weiterer Aspekt. Auch dies ver-

(Christian Dirschauer)

deutlich noch einmal, wie umfangreich das Problem ist.

Wie gesagt, das Problem mit dem Plastikmüll und die Notwendigkeit, Plastik zu vermeiden, sind seit Jahrzehnten bekannt. So hat sich bereits einiges getan, um das Problem anzugehen. Wir kennen das Projekt „Fishing for Litter“, im Rahmen dessen Fischer zusammen mit Umweltorganisationen in Nord- und Ostsee dem Plastik den Kampf angesagt haben. Das ist gut und richtig. Das sind freiwillige Projekte, die die Probleme bekämpfen. Was wir aber brauchen, sind rechtliche Grundlagen, die die Ursachen bekämpfen. Soll heißen, wir brauchen endlich politische Maßnahmen, die das Problem an der Wurzel anpacken. Zwar gibt es schon politische Initiativen, wie beispielsweise die EU-Richtlinie über Verpackungen und Verpackungsabfälle. Aber wie weit ist diese Richtlinie bereits in nationales Recht umgesetzt? Ich befürchte, beim Verpackungsgesetz - Marlies Fritzen hat es benannt - sind wir genauso zurückhaltend und zögerlich wie bei der Bioabfallverordnung.

Gerade nach der Debatte um Plastikmüll in der Schlei ist es auf nationaler Ebene nicht gelungen, die Bioabfallverordnung dahin gehend zu ändern, dass Fremdstoffe, also auch Plastik, im Bioabfall nichts, aber auch gar nichts verloren haben. Es ist so, dass Bioabfälle bis zu 0,5% der Trockensubstanz Fremdstoffe aufweisen dürfen. Aus Sicht des SSW ist das ganz klar eine Lücke im System, und diese Lücke wurde bisher auch nicht geschlossen.

(Beifall SSW)

Daher muss die Frage erlaubt sein: Wie wichtig ist uns der Kampf gegen Plastik- und Verpackungsmüll? Sonntagsreden helfen an dieser Stelle nicht weiter. Wir brauchen klare Richtlinien und müssen Lücken im Gesetz schließen. Wir haben anhand der Schlei gesehen, dass solche Lücken durchaus zu Geschäftsmodellen werden können, und das kann nicht sein, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir sollten den mündlichen Bericht zum Anlass nehmen, das Thema Plastikmüll und dessen Vermeidung im Ausschuss weiter zu behandeln, auch um zu erfahren, welche Schritte diesbezüglich auf anderen politischen Ebenen unternommen wurden. Was läuft bereits auf kommunaler Ebene? Welche Maßnahmen werden oder wurden dort ergriffen, um Plastik- und Verpackungsmüll zu reduzieren? So ist der Kreis Nordfriesland bereits vorbildlich vorangeschritten; denn auf Initiative des SSW wurde dort dem Plastik der Kampf angesagt. Aber man ist sich vor Ort auch bewusst, dass das die einzige und auch

begrenzte Handhabe im Kampf gegen die Plastikschwemme ist. Daher ist die klare Forderung aus Nordfriesland, dass Politik, also der Gesetzgeber, endlich klare Regeln zur Reduzierung von Plastik- und Verpackungsmüll, im Privaten wie auch in der öffentlichen Verwaltung, schaffen muss. Wir können und müssen insoweit auf allen politischen Ebenen mit gutem Beispiel vorangehen.

Über die Reduzierung von Plastik- und Verpackungsmüll hinaus haben sich Städte und Kreise in Schleswig-Holstein auf die Fahnen geschrieben, den Fairtrade-Gedanken stärker zu berücksichtigen. Damit sind sie auf einem ersten Weg zur Verwirklichung der auch von Heiner Rickers benannten UN-Nachhaltigkeitsziele. Abschließend müssen wir aber wohl feststellen: Gleichwohl ist es noch ein langer Weg, bis wir diese erreichen. - Vielen Dank.

(Beifall SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich stelle zunächst fest, dass der Berichts Antrag, Drucksache 19/2322 (neu), durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat. Der Kollege Dirschauer hat die Idee der Ausschussüberweisung thematisiert. Eine Überweisung mündlicher Berichte ist bei uns nicht mehr vorgesehen. Aber eine Behandlung des Themas wird der Ausschuss in seiner Weisheit sicherlich möglich machen, nämlich im Rahmen der Selbstbefassung.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 27 auf:

Kraftwerk Moorburg erhalten und Kraftwerk Wedel abschalten

Antrag der Fraktion der AfD
Drucksache 19/2427

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Jörg Nobis.

Jörg Nobis [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Das älteste Kohlekraftwerk Deutschlands, das Heizkraftwerk Wedel, so schnell wie irgend möglich abzuschalten, ist und bleibt sinnvoll. Dies haben wir schon in der letzten Debatte gesagt, als Jamaika einen entsprechenden Antrag dazu ge-

(Jörg Nobis)

stellt hat. Abschalten tut not, scheitert aber zurzeit an der Tatsache, dass es seitens der Stadt Hamburg zu Verzögerungen bei der Schaffung einer Alternative für die Wärmeversorgung kommt; denn ein neues Gaskraftwerk wird von den Grünen abgelehnt. Wen wundert's? Seit über fünf Jahren sitzt der Grünen-Umweltsenator Jens Kerstan die großen energiepolitischen Themen in Hamburg einfach aus.

Meine Damen und Herren, die Lösung des Problems ist so simpel wie auch ökonomisch und auch volkswirtschaftlich sinnvoll: Das größte und modernste Kraftwerk im Norden, das Kraftwerk Moorburg, das erst seit fünf Jahren in Betrieb ist und fast 3 Milliarden € gekostet hat, bekommt eine sinnvolle Bestandsgarantie mindestens bis zum Jahr 2050 und wird zugleich an das Fernwärmenetz der Stadt Hamburg angeschlossen. Mit dieser Maßnahme ließe sich zudem der Gesamtwirkungsgrad des Kraftwerks von derzeit rund 46,5 % auf circa 57,2 % bei maximaler Fernwärmeauskopplung im Standardbetrieb erhöhen. Genau dies fordern wir mit unserem Antrag.

Zumindest über die zeitnahe Abschaltung Wedels dürfte ja wohl fraktionsübergreifend Einigkeit bestehen. Doch leider kennt der energiepolitische Wahnsinn in diesem Land und auch in diesem Haus keine Grenzen. So kommt es womöglich schon im nächsten Jahr zur Stilllegung von Moorburg und zum Weiterbetrieb von Wedel.

Meine Damen und Herren, Vattenfall hat sich an einer ersten Runde einer Ausschreibung der Bundesnetzagentur zur Stilllegung von insgesamt 4.000 MW Kraftwerkskapazität in Norddeutschland beteiligt. Zuschlag für die Stilllegung seines Kraftwerks bekommt am Ende derjenige Betreiber, der am wenigsten Entschädigung verlangt. Dass sich Vattenfall an dieser Ausschreibung nun ausgerechnet mit seinem hoch modernen Kohlekraftwerk Moorburg beteiligt, ist ein Skandal. Doch der viel größere Skandal ist, dass das auch noch vom grünen Umweltsenator begrüßt wird.

Nach dem Willen der Grünen soll Moorburg vom Netz. Was für ein energiepolitischer Unsinn, meine Damen und Herren! Dies gilt es, gemeinsam zu verhindern. Deshalb braucht es hier und heute ein starkes politisches Signal der energiepolitischen Vernunft. Es kann nicht angehen, dass Entschädigungszahlungen geleistet werden, um moderne und hoch effektive Kraftwerkstechnik abzuschalten.

Meine Damen und Herren, Kraftwerkstechnik und sinnvolle Energieversorgung, mithin also eine sinn-

volle Energiepolitik, ist wahrlich keine Kernkompetenz der Grünen. Das ist die bittere Erkenntnis nach so vielen Jahren der verkorksten Energiehende.

Deutschland schafft sich ab. - Dass Thilo Sarrazin mit dieser Aussage ins Schwarze getroffen hat, zeigt sich auch in den energiepolitischen Fehlentscheidungen der letzten Jahre in Hamburg. Lassen wir nicht zu, dass ein hoch modernes Kraftwerk mit Entschädigungszahlungen auf Kosten der Steuerzahler abgeschaltet wird. Genau solche Fehlentscheidungen sind am Ende des Tages schuld daran, dass die Strompreise steigen und steigen.

Die Hamburger Energiepolitik der letzten Jahre ist verantwortungslos. Mit dem Aus für Moorburg gefährdet Hamburg nicht nur die Versorgungssicherheit im ganzen Norden, also auch konkret bei uns, sondern verlängert auch unnötig den Weiterbetrieb von Wedel und beraubt sich der sinnvollsten Lösung für die Wärmeversorgung in Hamburg. Moorburg ist damit schon heute das Paradebeispiel für das Versagen grün-ideologisch getriebener Energiepolitik.

Genau deshalb werden wir auch weiterhin konsequent gegen diese Energiepolitik ankämpfen und für einen vernünftigen Energiemix eintreten, der für bezahlbaren Strom und Versorgungssicherheit gleichermaßen sorgt. Alles andere - ich wiederhole mich - ist energiepolitischer Wahnsinn, meine Damen und Herren.

Ich beantrage Abstimmung in der Sache.

(Zuruf: Nur zu gern!)

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die CDU-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Andreas Hein das Wort.

Andreas Hein [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Meine lieben Gäste auf der Tribüne! Ich werde mich relativ kurzhalten; denn wir haben über das Thema der Kohlekraftwerke und des Kohlekraftwerks Wedel bereits mehrfach in diesem Haus gesprochen.

In unserem Koalitionsvertrag haben wir vereinbart, Gespräche mit der Freien und Hansestadt Hamburg zu führen mit dem Ziel, die Voraussetzungen für ein Abschalten des Kohlekraftwerks Wedel möglicherweise noch in dieser Legislaturperiode zu schaffen.

(Andreas Hein)

Über das Kraftwerk Moorburg gäbe es sicherlich einiges zu sagen, dies ist allerdings im Wesentlichen das Thema des Betreibers und auch der Freien und Hansestadt Hamburg. Um es aber ganz klar zu sagen: Ja, wir möchten, dass das Kohlekraftwerk Wedel baldmöglichst abgeschaltet wird und dass dadurch bis zu 1,4 Millionen t Kohlendioxid jährlich weniger ausgestoßen werden.

Zuletzt haben wir im Mai 2020 hier im Landtag über das Thema gesprochen und den Antrag 19/2073 verabschiedet. Die Punkte dieses Antrags werden jetzt auch abgearbeitet. Die Notwendigkeit eines weiteren Antrags, wie hier von der AfD-Fraktion vorgebracht, sehen wir nicht. Wir lehnen ihn deshalb ab.

Überrascht bin ich dennoch von Ihrem Vorstoß. Denn der Weiterbetrieb des Kraftwerks Wedel, eines der ältesten Kraftwerke Deutschlands, ist energiepolitischer Unsinn. Sie scheinen sich nun doch plötzlich und überraschend Gedanken zur Energiepolitik und zum Klimawandel zu machen. Bisher haben Sie in Ihrer Partei doch eher die Auffassung vertreten, dass der Klimawandel erfunden wurde oder dass die Sonne an der Erderwärmung schuld sei, weil sie zu heiß scheine. Daher freut es mich besonders, dass Sie von unseren engagierten Reden hier im Landtag und unserem zielstrebigem Handeln in Schleswig-Holstein Notiz genommen haben und bei Ihnen offenbar ein Umdenken stattfindet.

(Zuruf Jörg Nobis [AfD])

Auch wenn dies nur im Bereich der Energie- und Klimapolitik wäre, hätten wir schon viel erreicht. Würde sich das auf andere Bereiche ausdehnen, wären wir noch glücklicher.

In diesem Sinne: Alles Gute. Auf in die Zukunft!

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - Zuruf Jörg Nobis [AfD])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Thomas Hölck das Wort.

Thomas Hölck [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende AfD-Antrag zeugt wieder einmal von der schwachen inhaltlichen Arbeit der rechtspopulistischen Fraktion. Klar ist doch: Sie wollen keine Energiewende. Sie wollen weiterhin Energie aus Kohle- und Atomkraft, und Sie leugnen den Einfluss der Menschen auf den Klimawandel. Sie ignorieren wissenschaftliche Er-

kenntnisse und malen sich gern ihre eigene energiepolitische Welt. Damit will ich jetzt kurz aufräumen.

Nach langem Ringen ist der Ausstieg aus der klimaschädlichen Kohleverstromung besiegelt. Im Jahr 2038 ist endgültig Schluss. Das ist eine historische Entscheidung, und auch einem schnelleren Ausstieg steht nichts im Weg. Im Rahmen des Kohlekompromisses bekommen Betreiber von Kohlekraftwerken Entschädigung für die vorzeitige Stilllegung ihrer Anlagen.

In Norddeutschland sollen 4.000 MW Leistung aus Kohlekraftwerken in den nächsten Jahren vom Netz genommen und durch saubere, erneuerbare Energie ersetzt werden. Unter der Federführung und Koordinierung der Bundesnetzagentur findet eine Ausschreibung statt. Dies ist ein wichtiger und sinnvoller Schritt im Sinne einer nachhaltigen Energiewende.

Nun hat Vattenfall das Kohlekraftwerk Moorburg für diese Ausschreibung angemeldet. Das ist eine freie unternehmerische Entscheidung des Betreibers. Damit hat der Senat in Hamburg und hat auch der grüne Umweltsenator nichts zu tun. Das von dem damaligen schwarz-grünen Senat und von der grünen Umweltsenatorin genehmigte Kohlekraftwerk war offensichtlich von Beginn an ein Verlustgeschäft für Vattenfall. Es wird voraussichtlich auch bei der geplanten Laufzeit bis 2038 keine schwarzen Zahlen mehr schreiben. Insofern ist es für Vattenfall folgerichtig, dieses Kraftwerk anzumelden. Die Bundesnetzagentur wird Ende des Jahres darüber entscheiden, ob Moorburg in der Ausschreibung berücksichtigt wird. Die Chancen hierfür stehen nach Einschätzung von Fachleuten eher schlecht. Wer am Ende einen Zuschlag erhält, hängt davon ab, wie viel Geld die Betreiber für die Stilllegung fordern, wie hoch die CO₂-Einsparung wäre und welche Auswirkungen die Abschaltung auf die Stabilität der Netze hätte.

Es ist nicht klar, ob Vattenfall Erfolg hat. Das Kohleausstiegsgesetz ist zunächst eher für ältere Kohlekraftwerke gedacht. Das ist auch richtig und gut so. - So viel zum Sachverhalt.

Sie fordern heute, dass sich die schleswig-holsteinische Landesregierung dafür einsetzt, die mögliche Abschaltung zu verhindern und stattdessen für eine Abschaltung des Kohlekraftwerks Wedel zu sorgen - aus „energiepolitischen“ Gründen, wie Sie in Ihrer Begründung schreiben.

Vielleicht haben Sie es nicht mitbekommen: Wir haben in der Mai-Tagung des Landtags die

(Thomas Hölck)

schnellstmögliche Abschaltung des Kohlekraftwerks in Wedel beschlossen. Was Sie überhaupt nicht begriffen haben, ist, dass diese Kraftwerke gar nicht miteinander vergleichbar sind. Sie haben zwar den gleichen Energieträger, Kohle, aber Moorburg erzeugt in erster Linie Strom, während von Wedel 140.000 Haushalte im Westen Hamburgs mit Fernwärme versorgt werden.

(Zuruf Jörg Nobis [AfD])

Der Volksentscheid in Hamburg von 2013, der Gesetzesrang genießt, sagt aus, dass die Fernwärme in Zukunft aus erneuerbarer Energie erzeugt werden muss. Deshalb ist es so schwierig, als Ersatz für Wedel ein neues Modell zu finden. Deshalb braucht man eine Alternative auf Hamburger Seite; daran arbeiten sie. Insofern muss man die Geduld aufbringen, dieses Kraftwerk noch ein bisschen länger laufen zu lassen, bis die Fernwärme alternativ erzeugt werden kann.

Richtig ist aber auch, dass dieses Kraftwerk so schnell wie möglich vom Netz muss. Jeder Tag, an dem dieses Kraftwerk nicht am Netz ist, ist ein guter Tag.

(Beifall SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Klimapolitisch besteht durchaus eine Gemeinsamkeit der beiden Kraftwerke. Gemeinsam ist, dass beide Kraftwerke fossile Energieträger verheizen und damit große Mengen an CO₂ emittieren. Wedel stößt jährlich knapp 1,4 Millionen t CO₂ aus, während Moorburg bei Volllast an die 8,2 Millionen t ausstößt. Insofern ist das Kraftwerk Moorburg wirklich ein enormer Emittent und gehört ebenso vom Netz.

Wenn nun Teile oder sogar das ganze Kraftwerk in Moorburg vom Netz gingen, wäre das ein großer Schritt für den Klimaschutz in Norddeutschland. Besser wäre es natürlich, wenn beide Kraftwerke vom Netz genommen werden könnten. Das wäre ein wirklicher Schritt für den Klimaschutz in Norddeutschland.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In Hamburg ist man weiter. Man diskutiert dort innovative Konzepte für nachhaltige Produktion von Fernwärme. In Hamburg ist man damit weiter als Sie bei der AfD.

Insofern werden wir diesen unsachlichen Antrag ablehnen. Wir freuen uns auf konstruktive Vorschläge zur Energiewende vom Hamburger Senat. Man

ist dort auf einem besseren Weg, als Sie es sind. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Bernd Voß das Wort.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie wissen es alle: Deutschland hat sich nach einem langen, quälenden Diskussionsprozess auf den Kohleausstieg bis 2038 verständigt und das modifiziert ins Gesetz reingebracht. Hart umstritten auch, weil lange Bestandsgarantien dabei sind, zu wenig Zwischenchecks dabei sind und über 40 Milliarden € Kosten angesetzt sind.

Deutschland ist bei diesem Prozess alles andere als Vorreiter; andere Länder um uns herum sind da erheblich weiter.

Jetzt nimmt der schwedische Vattenfall-Konzern für das Kohlekraftwerk Moorburg an der ersten Stillelegungsausschreibung der Bundesnetzagentur teil. Wird der Zuschlag erteilt, werden die Kapazitäten Mitte des nächsten Jahres heruntergefahren - und das nach hohen Abschreibungen und Verlusten. Dieser Schritt ist danach logisch, richtig und wichtig für eine fossilfreie Energieversorgung in Norddeutschland. Man sieht, dass ein bisschen ideologiegetriebene Investitionsentscheidungen für Unternehmen letztlich alles andere als erquicklich sind. Wir begrüßen sehr, dass Vattenfall erkannt hat, dass Kohle in Deutschland politisch und wirtschaftlich tot ist. Das ist gut so.

(Beifall Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Christian Dirschauer [SSW])

Die Stilllegung des Kohlekraftwerks Moorburg wäre ein weiterer aktiver Beitrag zum Klimaschutz in Norddeutschland und zur Erreichung des Pariser Klimaziels. Anscheinend erkennen Unternehmen der alten Energien zunehmend, dass die Zukunft der Energieversorgung bei den Erneuerbaren liegt und nur da wirklich saubere Energie erzeugt wird. Erneuerbare Energien - wir haben es oft diskutiert - sind wettbewerbsfähig, sie sind rentabel. Das wird durch eine dringend notwendige steigende Bepreisung der Emission von Klimagasen durch eine CO₂-Steuer und den Zertifikatehandel in den nächsten Jahren noch erheblich befeuert werden. Das ist gut für die Wirtschaft, gut für die Gesellschaft; nur

(Bernd Voß)

so werden Gewinne erwirtschaftet werden können. Es gibt keine saubere Kohle.

Sie kennen die Zahlen - sie sind hier mehrfach genannt worden -, wie viel da rauskommt, wie viele Arbeitstage durch die Abgase verloren gehen, weil Menschen davon krank werden, zusätzlich zu den ganzen Klimaauswirkungen.

Um noch einen anderen Punkt zu nennen: Durch den Ausstieg aus der Kohle, insbesondere der Steinkohle, haben wir eine geringere Importabhängigkeit von Kohle aus Russland, den USA und Kolumbien. Der Kohleausstieg verringert die energiepolitische Abhängigkeit. Über 90 % unserer Energie werden importiert. Das macht deutlich, wie dringend erforderlich die Energiewende ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Oliver Kumbartzky [FDP])

Der Klimaschutz wird umso teurer, je später er kommt. Das wird bei dieser kostengetriebenen Entscheidung, Fehlentscheidungen der vergangenen Jahre aufzuholen, sehr deutlich.

Ich verweise noch einmal auf den Antrag, den wir im Landtag im Mai 2020 beschlossen haben, was das Kohlekraftwerk Wedel anbelangt. Wir drängen seit Jahren darauf, dass Hamburg in Wedel endlich seine Hausaufgaben macht, die Wärmeversorgung im Westen Hamburgs durch eine engagierte Umsetzung durch erneuerbare Quellen, durch saubere Quellen und durch nachhaltige Quellen gesichert bekommt und das Kraftwerk endgültig abgeschaltet werden kann. Auch das können Sie im Antrag vom Mai nachlesen.

Wir drängen darauf, dass das Kraftwerk nur noch so lange betrieben wird, wie es für die Wärmeversorgung im Westen Hamburgs unerlässlich ist. Die Kostenstruktur ist natürlich etwas anders, und es ist mit höheren Kosten verbunden, aber es kann nicht sein, dass ein kostenoptimiertes Kraftwerk in Wedel läuft. Da besteht erheblicher Handlungsbedarf. Wir sind sehr optimistisch, dass das in den kommenden Jahren erfolgen wird.

Wir haben Freitag, am 25. September 2020, wieder „Fridays for Future“. Wir haben den weltweiten Klimastreiktag. Es ist gut und wichtig, diese Bewegung hinter uns zu wissen, die uns stärkt auf dem Weg, rauszugehen aus den Fossilien, rauszugehen aus der Atomenergie.

Daher lehnen wir den AfD-Antrag ab. Er macht wieder deutlich, mit welcher Politik Sie den Leuten Sand in die Augen streuen. So kann es nicht gehen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt CDU, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Oliver Kumbartzky das Wort.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Nobis, ich will einmal nett anfangen: Wir stimmen heute zu, was Ihren Antrag auf Abstimmung in der Sache betrifft. Aber in der Sache lehnen wir Ihren Antrag selbstverständlich ab. Wir reden zwar über Kohlekraft, aber was wir nicht brauchen, ist Dampfplauderei von Ihnen, Herr Nobis. Es ist wirklich erstaunlich, mit was für Anträgen Sie uns hier beschäftigen.

Es geht in Ihrem Antrag eigentlich um die Politik der Freien und Hansestadt Hamburg; es wäre angebracht, den Antrag dahin zu adressieren. Jetzt müssen wir uns damit beschäftigen; aber das kann man schnell abhandeln.

Natürlich würden auch wir es begrüßen, wenn Hamburg seine vollmundig angekündigte Wärme-wende endlich in den Griff bekäme und das Kraftwerk Wedel schnellstmöglich abgeschaltet würde. Wir brauchen das Kraftwerk Wedel in Schleswig-Holstein nicht, aber der Hamburger Senat scheint hinter seinen selbst gesteckten Zielen hinterherzuhinken. Das ist bedauerlich. Wir schauen einmal, was dort kommt.

Meine Damen und Herren, uns ist klar: Das Kraftwerk Wedel versorgt Hamburg mit Wärme, steht aber in Schleswig-Holstein. Das Kraftwerk Wedel ist alt und belastet die Schleswig-Holsteiner. Wir brauchen da endlich einen verbindlichen Stilllegungspfad. Dazu haben wir im Mai 2020 mit großer Mehrheit den besagten Antrag, Drucksache 19/2073, beschlossen und unsere Landesregierung gebeten, die Gespräche weiterzuführen. Und das tut sie auch.

Herr Nobis, man fragt sich, wie Sie sich die Umsetzung Ihrer kurzen Anträge vorstellen. Es ist ja nicht so, dass ein Minister nach Wedel gehen und einfach einen Knopf drücken kann und das Kraftwerk dann aus ist. Nein, man braucht vernünftige Gespräche und einen verbindlichen und einvernehmlichen Zeitplan zur Abschaltung dieses Kraftwerks. Ihre energiepolitische Geisterfahrt bringt uns da nicht weiter.

Im Gegensatz zur AfD sind wir ganz klar dafür, die Pariser Klimaschutzziele einzuhalten. Wir stehen

(Oliver Kumbartzky)

zum Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energiequellen ohne Wenn und Aber, und wir wollen die Umstellung des Energiesystems auf emissionsarme Technologien. Hierfür setzen wir auf europäischen Emissionshandel mit absinkender CO₂-Obergrenze und einen marktwirtschaftlichen, kosteneffizienten und technologieoffenen Rahmen. Der Kohleausstieg, wie er von der Bundesregierung beschlossen worden ist, ist da unserer Meinung nach nicht der Weisheit letzter Schluss gewesen, denn der CO₂-Ausstoß der Energiewirtschaft ist bereits europaweit durch Emissionshandel gedeckelt. Das Ende der Kohleverstromung ist also europaweit schon vorbestimmt. Der kosteneffiziente Weg des europäischen Emissionshandels wird mit dem nationalen Kohleausstiegsgesetz konterkariert. Der Emissionshandel sollte als zentrales marktwirtschaftliches Instrument gestärkt und endlich auf alle Sektoren ausgeweitet werden. Das ist unser Appell. Nur so gelingt die Energiewende, die wir wollen, nur so können wir das Klima schützen. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU, Beifall Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Christian Dirschauer das Wort.

Christian Dirschauer [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Gäste! Wenn wir heute über die Kraftwerke Moorburg und Wedel reden, dann reden wir über eine Dinosaurier-Technologie, eine Technologie also, die abgeschaltet gehört - und das besser heute als morgen.

(Zuruf Jörg Nobis [AfD])

Kaum ein Kohlekraftwerk war seit dessen Planung und Errichtung derart umstritten wie Moorburg. Trotz aller Widerstände - politisch wie gesellschaftlich - wurde das Kraftwerk errichtet, und es ging 2015 ans Netz. So alt ist der Dino also noch gar nicht, aber er macht Dreck wie ein Großer. Der jährliche CO₂-Ausstoß wird auf rund 8 Millionen t beziffert. Zwar gehört das Kraftwerk zu den modernsten und effizienteren Kohlekraftwerken in Deutschland, aber besonderer Beliebtheit erfreute sich das Kraftwerk nie.

Nun wurde jüngst bekannt, dass der Betreiber Vattenfall angekündigt hat, mit Moorburg an einer Auktion für die Stilllegung von Kohlekapazitäten teilzunehmen. Sollte Vattenfall für Moorburg den

Zuschlag bekommen, würde das bedeuten, dass Moorburg bereits 2021 vom Netz genommen würde - und das, obwohl das Kraftwerk noch bis 2038 am Netz bleiben sollte. Für mich wird hier deutlich, dass sich Vattenfall mit seinem Kraftwerk so derbe verkalkuliert hat, dass sie jetzt noch versuchen, das Letzte an Kohle herauszuziehen. Soll heißen: Wenn Vattenfall ein günstiges Angebot abgibt, könnten sie den Zuschlag und die Entschädigungszahlung bekommen, sofern die Bundesnetzagentur denn zustimmt. Denn für die Bundesnetzagentur gilt: Die Versorgung muss trotz Abschaltung gewährleistet bleiben. Es hat den Anschein, dass Vattenfall mit der Teilnahme an der Auktion nun die Reißleine zieht, um das defizitäre Objekt abzustößen. Inwiefern das gelingen wird, bleibt abzuwarten. Für uns als SSW kann ich nur sagen: Je früher diese CO₂-Schleuder vom Netz geht, desto besser.

(Beifall SSW, Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Kay Richert [FDP])

Wenn Moorburg zu den modernsten und effizientesten Kohlekraftwerken gehört, dann gehören die anderen Dreckschleudern schnellstmöglich ebenfalls vom Netz genommen.

Nun bleibt abzuwarten, zu welcher Entscheidung die Bundesnetzagentur kommt.

Klar ist: Der Antrag der AfD hat sich erledigt. Sollte Vattenfall den Zuschlag für Moorburg bekommen, dann geht das Kraftwerk vom Netz. Sollte die Bundesnetzagentur anders entscheiden, wird Moorburg weiter am Netz bleiben. Dann wäre der Antrag obsolet. Was mit dem Kraftwerk geschehen soll, ist letztendlich abhängig vom beschriebenen Prozess und hier und heute nicht die Entscheidung dieses Parlaments.

Die AfD, die sich sonst immer als Wächter des Haushalts aufspielt - das haben wir auch heute Vormittag erlebt -, spricht sich nun für den Erhalt eines defizitären Kraftwerks aus. Der Betreiber aber will Moorburg loswerden, weil sich Investitionen nicht gerechnet haben und die von Vattenfall geplante Fernwärmeversorgung eben nicht zum Tragen kam. Damit wurde Moorburg als Standort unwirtschaftlich. Nun soll die Landesregierung auf allen Ebenen aktiv werden und für den Erhalt eines defizitären Kraftwerks werben. Diese Forderung der AfD geht doch an der Wirklichkeit vorbei.

(Beifall SSW, Stefan Weber [SPD] und Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Für uns als SSW sage ich ganz deutlich: Es geht uns nicht darum, dass eine Kraftwerk gegen das an-

(Christian Dirschauer)

dere auszuspielen. Wir sind hier nicht auf dem Basar. Wenn Vattenfall Moorburg nicht mehr halten will, kann das nicht bedeuten, dass Wedel dafür länger am Netz bleibt. Das Kraftwerk Wedel gehört nach unserer Auffassung schnellstmöglich abgeschaltet. Wir haben hier im Landtag einen Stilllegungspfad für Wedel beschlossen - mit eben genau dieser Intention. Wir müssen raus aus der Nutzung der fossilen Brennstoffe. Es ist keine Alternative, die Kraftwerke gegeneinander auszuspielen. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, Stefan Weber [SPD] und Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Jörg Nobis.

Jörg Nobis [AfD]:

Frau Präsidentin! Ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, um einiges klarzustellen. Es ist schon erschreckend, mit welcher Vehemenz hier wirklich energiepolitischer Unsinn verteidigt wird. Da höre ich Dinosauriertechnik: Ich kenne Moorburg, ich war da, ich habe das gesehen, kenne das Kraftwerk noch aus meiner beruflichen Zeit. Moorburg ist wirklich - abgesehen davon, dass es Kohle verbrennt, wenn Sie das für Dinosauriertechnik halten - im Hinblick auf die Technik, die dort verwendet wird, nicht nur hocheffektiv, es ist auch modern. Das ist gerade der Wahnsinn an der ganzen Geschichte. Der Wahnsinn ist, dass die Bundesnetzagentur Gelder bereitstellt, dass Steuergelder bereitgestellt werden, um Kraftwerkstechnik abzuschalten. Defizitär ist es ja, weil Rot-Grün - in Hamburg ideologisch verblendet - die Fernwärmeversorgung durch Moorburg politisch niemals zugelassen hat. Das ist ja der Kern und der Knackpunkt, denn dafür war Moorburg ausgelegt, dafür war es geplant und konzipiert. Es sollte die Fernwärmeversorgung in Hamburg übernehmen. Dann wäre der Wirkungsgrad entsprechend hoch gewesen.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Das hätte sich rentiert. Dann hätte man Wedel abschalten können. Jetzt haben wir ein real existierendes, junges, neues Kraftwerk in Moorburg stehen, und dann haben wir das alte Kraftwerk in Wedel stehen. Das neue wird abgeschaltet, das alte würde dann erst einmal weiter betrieben werden. Und warum? - Weil dieses Gasheizkraftwerk, das sich die Stadt Hamburg da ausdenkt, um die Fernwärmeversorgung zu gewährleisten, nicht gebaut wird. Das

wird jetzt letztlich auch verzögert. Was ist denn, wenn ich Gas verbrenne? Wo kommt das Gas denn her? - Das kommt doch auch aus Russland. Wir sind ja trotzdem abhängig vom Gas oder von der Kohle. Das ist völlig egal. Was macht dieses Gas, wenn es verbrennt? - Dabei kommt auch CO₂ heraus. Es ist ja nicht so, dass ein Gasheizkraftwerk mit erneuerbaren Energien betrieben würde. Das Kraftwerk Moorburg läuft doch trotzdem. Es macht ja Strom. Die Abwärme fällt an. Es ist ein Abfallprodukt bei der Stromerzeugung, dass Abwärme anfällt. Derzeit kann ich sie entweder in die Elbe ableiten oder in diesen Kühlturm leiten, und dann ist die Wärme verloren, anstatt sie zu nutzen. Das ist die Wahrheit, die dahintersteckt, und das ist der Kern von diesem energiepolitischen Unsinn, der betrieben wird. - Vielen Dank.

(Beifall AfD - Martin Habersaat [SPD]; Schwarz-Grün hat Moorburg in Betrieb genommen - ideologisch verblendet! - Zuruf Beate Raudies [SPD])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Jetzt hat das Wort für die Landesregierung der Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung, Jan Philipp Albrecht.

Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Emissionsfaktor des deutschen Strommixes ist deshalb immer noch so schlecht, weil wir Überkapazitäten an Kohlekraftwerken haben und weil Kohlekraftwerke aufgrund zu geringer CO₂-Preissignale zu häufig laufen. Insofern ist Kohlekraft und die Stromerzeugung aus Kohlekraft die schmutzigste Form der Stromerzeugung, die wir derzeit haben. Jeder Tag, an dem ein Kohlekraftwerk früher vom Netz geht, ist ein guter Tag fürs Klima.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP und SSW)

Deshalb begrüße ich es ausdrücklich, dass sich Vattenfall entschieden hat, für das Kraftwerk Moorburg bei der Bundesnetzagentur einen Antrag auf vorzeitige Stilllegung zu stellen.

Herr Nobis spricht in diesem Zusammenhang von „energiepolitischem Unsinn“. Dazu möchte ich sagen, dass der energiepolitische Unsinn und der klimapolitische Unsinn viel früher an anderer Stelle begangen worden sind, nämlich bei der Entschei-

(Minister Jan Philipp Albrecht)

derung zum Bau des Kraftwerks Moorburg selbst. Das war der eigentliche Fehler, denn dieses Kraftwerk war nie energie- und klimapolitisch sinnvoll.

Es wurde hauptsächlich nur deswegen gebaut, weil der Emissionshandel für die Zertifikate im Bereich der Kohleverstromung von der ersten Großen Koalition unter Angela Merkel derart ausgestaltet wurde, dass großzügige Zertifikate für die Kohleverstromung ausgeteilt wurden und damit der Preis für den Ausstoß von Emissionen erheblich geringer war als bei allen anderen Alternativen, die zur Verfügung standen. Das hat dazu geführt, dass wir bis heute viel zu große Anteile der Kohleverstromung im Netz haben und dass die 160 % erneuerbare Energien, die wir derzeit, gemessen an unserem eigenen Brutto-Stromverbrauch, in Schleswig-Holstein im Netz haben, nicht in den Rest des Bundesgebietes transportiert werden können, weil diese großen Kraftwerke, die an der Stelle stehen - das gilt für Moorburg und auch für Wedel -, zu den Netzüberlastungen beitragen, weswegen wir die Erneuerbaren im Zweifel sogar abschalten müssen.

(Zuruf Volker Schnurrbusch [AfD])

Das ist der eigentliche energiepolitische Fehler gewesen, an dem wir heute knapsen und den wir heute wiedergutmachen müssen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Entscheidung für den Bau von Moorburg basierte ja auch darauf, dass es - das ist natürlich auch richtig - eine Fernwärmeleitung gibt. Das Problem ist, dass es für diese Fernwärmeleitung, die die Wärmenutzung ermöglichen sollte, nie eine Akzeptanz und nie eine Genehmigung gegeben hat. Das ist Teil der Wahrheit. Deswegen ist klar: Heute, wo wir einen Emissionshandelspreis haben, der bei etwa 25 € liegt, ist die Situation ganz anders.

Dieses Signal erkennt natürlich auch ein Betreiber wie Vattenfall: Es lohnt sich schlicht und einfach nicht mehr, dieses Kraftwerk so zu betreiben. Das fällt in eine Situation, dass die Bundesnetzagentur ein entsprechendes Angebot macht, Kohlekraftwerke früher aus dem Netz zu nehmen, damit wir unseren Ausstiegspfad und unsere Klimaziele erreichen können. Deswegen ist es nur nachvollziehbar, dass diese Entscheidung getroffen wird. Es ist richtig so und wirtschaftlich das richtige Signal. Wir brauchen, das wird daraus sichtbar, einen ansteigenden Preis für den Emissionshandel, eine Ausweitung des Emissionshandels, wie es eben schon deutlich gemacht wurde, auf andere Sektoren und eine ansteigende CO₂-Bepreisung. Das ist der wichtigste

Hebel, den wir haben, um den Ausstieg aus diesen fossilen Verbrennungen einzuleiten.

Die Alternativen werden seit vielen Jahren gerade in Hamburg und von Hamburg und Schleswig-Holstein entwickelt, zum Beispiel mit dem Konsortium NEW 4.0, wo es heute darum geht, einen Industriebetrieb wie zum Beispiel Aurubis und andere durch Sektorenkopplung auf Basis erneuerbarer Energien mit Wärme und Strom zu versorgen. Wenn wir es geschafft hätten, diese Technologien früher in die Wirtschaftlichkeit zu bringen und früher klare Preissignale im Emissionshandel zu setzen, würden wir heute gar nicht über diese Frage reden, sondern hätten das damalige Gaskraftwerk in Moorburg durch etwas ganz anderes ersetzt.

(Unruhe Volker Schnurrbusch [AfD])

Es ist vergossene Milch, in die Vergangenheit zu schauen. Wir müssen jetzt schauen: Was können wir heute tun, um möglichst zügig unser Ziel zu erreichen, nicht nur den Kohleausstieg, den wir bundesweit vereinbart haben, zügig umzusetzen, sondern insbesondere das Ziel, dass für uns für Schleswig-Holstein von besonderer Bedeutung ist, nämlich den schleswig-holsteinischen Kohleausstieg zu begehen? Da spielt das Kraftwerk Wedel eine entscheidende Rolle.

Deswegen ist es gut, dass ich gerade in der vergangenen Woche mit meinem Kollegen Jens Kerstan ausdrücklich über die Frage gesprochen habe, wie wir möglichst zügig das Abschalten des Kraftwerks in Wedel vollziehen können und in der Zwischenzeit den Betrieb des Kraftwerks auf das Mindestmögliche reduzieren, was für die Wärmeversorgung des Hamburger Westens noch immer notwendig ist, bis diese anders dargestellt werden kann. Genau das habe ich sehr deutlich gemacht und mich explizit auch schriftlich an ihn gewandt. Auch der Ministerpräsident hat dies in Gesprächen mit Herrn Tschentscher in der vergangenen Woche angesprochen.

Sie sehen: Wir sind an der Stelle im intensiven Austausch mit Hamburg. Es geht darum, dieses Kraftwerk für die Erzeugung der Wärme, die notwendig ist, geringstmöglich zu betreiben und es schnellstmöglich vom Netz zu nehmen. Das muss unser Ziel sein, neben dem Ziel, möglichst ein großes Maß der erneuerbaren Energien, die wir heute schon hier im Land haben, in die Netze und vor allen Dingen auch in die Wärmeversorgung zu bringen. Auch dazu sind wir im Austausch mit unserem Nachbarn Hamburg.

(Minister Jan Philipp Albrecht)

Das muss unser Anliegen sein und nicht, weiter in die Vergangenheit zu schauen und sich darüber zu beschweren, dass energiepolitische Fehlentscheidungen getroffen wurden. Wir schauen nach vorne, gehen hin zur emissionsfreien Erzeugung von Strom und Wärme und gehen als Land Schleswig-Holstein voran, auch als Beispiel für unser Nachbarland Hamburg. - Herzlichen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, über den Antrag, Drucksache 19/2427, in der Sache abzustimmen. Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Dann ist der Antrag gegen die Stimmen der AfD-Fraktion bei Enthaltung der Abgeordneten von Sayn-Wittgenstein abgelehnt.

Meine Damen und Herren, ich unterbreche die Sitzung und wünsche eine angenehme Mittagspause. Um 15 Uhr sehen wir uns wieder.

(Unterbrechung: 12:56 Uhr bis 15:04 Uhr)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir wollen fortfahren.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 32 und 35 auf:

Gemeinsame Beratung**a) Humanitäres Aufnahmeprogramm für Geflüchtete aus Moria, Lesbos jetzt! - EU-Asylpolitik endlich reformieren**

Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/2434 (neu)

b) Humanität geht vor - Hilfe für die Flüchtlinge aus Moria jetzt! - EU-Asylpolitik endlich reformieren

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/2437 (neu)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich gehe davon aus, dass der An-

trag, Drucksache 19/2434 (neu), durch die Mitanttragstellung zum Antrag, Drucksache 19/2437 (neu), seine Erledigung gefunden hat. - Ich sehe Zustimmung.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat für die CDU-Fraktion die Abgeordnete Barbara Ostmeier.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Tragödie, die sich derzeit im Lager Moria auf Lesbos ereignet, ist bedrückend und fordert sofortige und entschiedene Hilfe. Darüber besteht im Bund wie in weiten Teilen dieses Hauses Einvernehmen. Ich freue mich sehr, und ich bin dankbar dafür, dass es uns gelungen ist, gemeinsam mit SPD und SSW einen Antrag zu formulieren, den wir auch gemeinsam tragen können. Vielen Dank an alle Beteiligten dafür, dass dies gelungen ist.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Es ist unser gemeinsames Anliegen, unseren Beitrag für eine unverzügliche Hilfe für die Menschen, die durch die Brandkatastrophe unverschuldet in Not geraten sind, zu leisten. Diese Hilfe verdient keinen Aufschub. Sie ist das humanitäre Gebot der Stunde. Unser Ziel entspricht dem Wunsch vieler Gemeinden und zahlreicher Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein, die dies deutlich zum Ausdruck gebracht haben. Die Aufnahmebereitschaft bundesweit und insbesondere hier in Schleswig-Holstein beeindruckt mich sehr, und sie ist keine Selbstverständlichkeit.

(Vereinzelter Beifall SPD und FDP)

Ich möchte mich an dieser Stelle ausdrücklich für diese Unterstützung bedanken. Jetzt!

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Denn letztlich ist unsere Landesregierung, sind wir alle, auf diese Unterstützung angewiesen, wenn es darum geht, die schutzbedürftigen Menschen aufzunehmen. Wir wollen eine schnelle, unkomplizierte Hilfe, insbesondere für Familien mit Kindern, und fordern den Bund auf, über den Weg der Dublin-III-Verordnung den Weg für die Aufnahme frei zu machen.

Es ist richtig, sich an das Bundesprogramm anzudocken, denn wir wollen an den bundeseinheitlichen Voraussetzungen festhalten. Es darf auch nicht zu einem Ranking der Bundesländer und Kommunen untereinander kommen. Wir wollen auch keine

(Barbara Ostmeier)

Flüchtlingsrechte zweiter Klasse schaffen. Deswegen lehnen wir als CDU-Fraktion ein Selbsttrittsrecht der Länder und Kommunen ohne Beteiligung des Bundes ab.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Mit der Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Lager Moria, mit der Aufnahme von weiteren 1.553 Flüchtlingen aus Griechenland, sind die Probleme aber längst nicht behoben. Auch in Anbetracht der durch die Brände ausgelösten verheerenden Zustände vor Ort darf nicht aus dem Blick geraten, dass es dringend einer längst überfälligen Reform der Migrationspolitik bedarf. Die Bundesregierung muss dazu die Chancen nutzen, die sich aus der EU-Ratspräsidentschaft ergeben, und ich freue mich, dass wir mit SPD und SSW Einigkeit in der Frage haben, dass wir dringend ein einheitliches europäisches Asylsystem mit einheitlichen Verfahren und einheitlicher Rechtsanwendung brauchen. Mit „wir“ meine ich Jamaika.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

- Mit dem „wir“ ist das manchmal ein bisschen schwierig, aber das möchte ich an dieser Stelle klarstellen.

Hier sind alle europäischen Regierungen gefordert, Verantwortung zu übernehmen. Die Menschen werden weiterhin an den EU-Außengrenzen - beispielsweise in Griechenland - ankommen. Dort müssen sie zumindest vorerst untergebracht werden. Das heißt: Auch unabhängig von funktionierenden Verteilmechanismen werden wir Hilfe vor Ort anbieten müssen. Darüber hinaus müssen wir gemeinsam vor Ort für die Durchführung von Asylverfahren unter humanitären Bedingungen sorgen.

Die Auflösung der Lager auf den griechischen Inseln lehnen wir als CDU ab. Eine solche Forderung erscheint uns realitätsfern und nicht zielführend.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin außerordentlich dankbar, dass sowohl unsere Innenministerin Frau Dr. Sütterlin-Waack als auch unser Ministerpräsident Daniel Günther in dieser Situation wieder einmal sofort öffentlich die Hilfsbereitschaft bekundet haben. Deswegen bin ich überzeugt, dass die Landesregierung sich mit aller Kraft und unmissverständlich im Bund dafür starkmachen wird, dass die unverschuldet in Not geratenen Familien mit Kindern aus dem Lager in Moria zu uns nach Schleswig-Holstein kommen können. Zahlreiche unserer Kommunen haben bekundet, dass sie auch dazu bereit sind.

Mit dem gemeinsamen Vorgehen können wir der Landesregierung bestmöglich den Rücken stärken. Deswegen bitte ich um Zustimmung. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Serpil Midyatli das Wort.

Serpil Midyatli [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Strategie der Abschreckung ist gescheitert. Ja, Kolleginnen und Kollegen, Sie haben richtig gehört - eine Strategie, die es in Kauf nimmt, dass Humanität und Menschlichkeit ausgeblendet werden, um abzuschrecken. Genau das ist seit Jahren auf den griechischen Inseln Fakt. Die unwürdige Unterbringung und Versorgung der Kinder, Frauen und Männer ist seit 2015 bittere Realität.

Nun könnte man sagen: Noch elender, noch schlimmer kann es nicht kommen. Leider aber ist es so gekommen. Mit dem Feuer im Camp Moria ist es zu einer weiteren menschlichen Katastrophe gekommen. Jetzt können wir uns sehr lange und vor allem breit darüber austauschen, was unsere griechischen Partner nicht gut gemacht haben, was sie nicht richtig gemacht haben, warum sie die NGOs und die Hilfsgüterlieferungen aus Deutschland, vor allem von Nahrung und weiteren Hilfsmitteln, nicht zulassen, um durch deren Verteilung im Lager die erste Not zu lindern. Das wäre nicht fair. Vor allem würde es ausblenden, dass wir es sind, die seit Jahren die Griechen mit einer Hinhaltenaktik aufgehalten haben und nicht dabei geholfen haben, zu einem guten Verteilsystem und zu einer hohen Aufnahmebereitschaft in den europäischen Ländern zu kommen.

(Beifall SPD)

Wir können nicht auf andere schimpfen, wenn wir - Deutschland, das größte und stärkste Land in der EU - nicht einen angemessenen Beitrag leisten. Es reicht nicht aus, Aufnahmebereitschaft deutlich zu signalisieren; wir müssen es dann wirklich machen.

Auf den ersten Druck hin ist es uns gelungen - mit „uns“ meine ich in diesem Fall die SPD, Kollegin Ostmeier -, in der Großen Koalition durchzusetzen, dass Deutschland 1.500 Geflüchtete aufnimmt.

(Serpil Midyatli)

(Beifall SPD)

Dies ist aber nur der allerallererste Anfang; denn die Situation auf den anderen griechischen Inseln ist nicht besser. Auch auf Samos gab es bereits einen Brand im Camp für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bin dennoch sehr froh darüber, dass wir hier in das Parlament einen gemeinsamen Antrag der Demokratinnen und Demokraten einbringen können. In diesem fordern wir die schnelle Aufnahme der Flüchtlinge von Camp Moria. Schleswig-Holstein ist ein welt-offenes Land. Immer, auch unter wechselnden Regierungskonstellationen, sind wir bereit gewesen, Menschen in Not aufzunehmen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Denn: Wir haben Platz!

Nicht nur wir haben Platz, verehrte Kolleginnen und Kollegen, sondern weitere elf Kommunen in Schleswig-Holstein; auch sie haben Platz. Diese Kommunen sind ein sicherer Hafen und wollen es auch für andere sein.

Leider konnte Jamaika sich nicht überwinden, diesen, wie ich finde, wichtigen Punkt in den gemeinsamen Antrag aufzunehmen.

(Unruhe CDU)

Unsere Forderung bleibt aber bestehen.

In allen 16 Bundesländern gibt es Kommunen - insgesamt sind es 174 in Deutschland -, die bereit sind, aufzunehmen. Leider haben wir vom Bundesinnenminister bis heute keinen einzigen Ton dazu gehört. Seehofer lehnt die Aufnahme weiterer Flüchtlinge ab und ignoriert damit weiterhin die Aufnahmebereitschaft der Bundesländer und der Kommunen. Daher sind in diesem Fall Daniel Günther - der Ministerpräsident ist gerade nicht da - und ich, wir beide, gefragt, den Druck auf Seehofer weiter zu erhöhen.

(Widerspruch CDU)

Wir haben die Erfahrung gemacht, dass der Ministerpräsident nicht gern allein nach Berlin fährt. Also bin ich sehr gern bereit, ihn zu begleiten und zu unterstützen, damit Seehofer endlich diesen Weg freimacht.

(Beifall SPD - Zuruf Werner Kalinka [CDU])

Erst vor einigen Wochen - noch vor dem Brand im Camp Moria, verehrte Kolleginnen und Kollegen -

hat Bundesinnenminister Seehofer den Antrag des Landes Berlin, zusätzliche Geflüchtete aufzunehmen, abgelehnt.

Was uns wiederum eint, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ist die Position, dass wir endlich ein einheitliches Asylsystem brauchen, vor allem eine gerechtere Verteilung innerhalb der EU. Denn Dublin III ist gescheitert!

Auch hier reden wir uns seit Jahren den Mund füsselig. Eine einheitliche Regelung ist nach bisheriger Rechtslage nur dann möglich, wenn alle EU-Länder aufnehmen wollen. Dies wird es, das sage ich Ihnen sehr deutlich, in naher Zukunft nicht geben; das wissen wir. Daher müssen wir den nächsten Schritt gehen und mit nunmehr zwölf weiteren EU-Ländern - der Koalition der Willigen; so nennen sie sich - endlich die Evakuierung der griechischen Inseln voranbringen.

Der Zeitpunkt könnte tatsächlich nicht besser gewählt sein; denn durch die Ratspräsidentschaft haben wir größeren Handlungsspielraum. Nutzen wir diesen, verehrte Kolleginnen und Kollegen, für Humanität und Menschlichkeit!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende Eka von Kalben das Wort.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Feuer in Moria war kein Unfall. Es war vorhersehbar und unvermeidlich.

(Zuruf AfD: Es war Brandstiftung!)

Eine Katastrophe mit Ansage! Über sieben Jahre lang hat Europa, hat Deutschland dabei zugesehen, wie immer mehr Menschen auf engstem Raum zusammengepfercht wurden: Kinder, Frauen, Schwangere, alte Menschen, vereint in ihrer Schutzlosigkeit in Dreck und Elend.

Nicht einmal angesichts der aktuellen Pandemie war Europa bereit, den Menschen adäquaten Schutz zu geben, vernünftige Unterbringung zu organisieren, geschweige denn eine Verteilung nach Europa. Selbst nach dem Brand schaffte es Europa nicht, eine gemeinsame Antwort zu finden und eine vernünftige, menschenwürdige Unterbringung zu orga-

(Eka von Kalben)

nisieren, geschweige denn, ein vernünftiges Asylsystem zu entwickeln. Es ist eine Schande!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Nach allem, was man hört, sind die Zustände im neuen Lager Kara Tepe noch schlimmer. Das Lager befindet sich auf einem ehemaligen Militärgelände mit Stacheldraht. Angeblich soll auf dem Boden des Truppenübungsplatzes Munition liegen. Das Essen ist knapp. Die Menschen, die hier Zuflucht suchen, müssen Schlange stehen, um Essen und Trinken zu bekommen.

Nichtregierungsorganisation - Sie haben es schon gesagt, Frau Midyatli -, die auf der Straße vor und um das Lager herum stehen, um zu helfen, werden bestraft. Auch diese Zustände sind eine Schande.

Viel zu lang hat der Bundesinnenminister gezögert. Nach dem Brand formulierte er, dass es schon immer seine Meinung gewesen sei, dass den Menschen zu helfen sei. Das ist gut. Ich frage mich aber, wie er die Situation in Moria vor dem Brand bewertet hatte; denn auch damals war sie schon katastrophal.

(Lars Harms [SSW]: So ist es!)

Nach dem Brand sollen nun 1.553 Menschen aufgenommen werden - 1.553 von circa 12.000 Menschen auf Lesbos, von circa 30.000 Menschen auf den griechischen Inseln insgesamt. Die Asylverfahren dieser Menschen sind übrigens bereits geklärt.

(Lars Harms [SSW]: Richtig!)

Man fragt sich doch, warum Menschen, deren Asylverfahren geklärt sind, überhaupt noch inhaftiert sind. So sehr ich mich für jede Einzelne und jeden Einzelnen der 1.553 Menschen freue und so sehr ich mich freue, dass die Zahl von ursprünglich 150 von der Großen Koalition quasi verzehnfacht worden ist, bin ich fest davon überzeugt, dass das zu wenig ist.

50 Geflüchtete kommen nach Schleswig-Holstein. Ich bin froh, dass wir uns in dieser Frage - auch das hat meine Vorrednerin schon gesagt - auf einen Antrag einigen konnten. Wir sagen: Es dürfen auch noch mehr sein, das heißt, wir in Schleswig-Holstein sind bereit, noch mehr als diese 50 Menschen aufzunehmen. Dafür danke ich Ihnen allen von Herzen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und Dennys Bornhöft [FDP])

Trotzdem will ich nicht verhehlen, dass ich mir ein deutlicheres Bekenntnis in der vergangenen Bundesratssitzung gewünscht hätte. Dort wurde über eine Initiative beraten, die darauf zielte, dass die Länder die Möglichkeit erhalten, nach ihrem Gusto, das heißt aufgrund ihrer eigenen Entscheidung, mehr Menschen aufzunehmen. Wir wissen, dass sich gerade in Schleswig-Holstein viele Kommunen organisiert und ihre Bereitschaft erklärt haben, mehr Menschen aufzunehmen. Ich hätte mir eine Mehrheit für diesen Bundesantrag sehr gewünscht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Moment! - Leider wurde dieser Antrag auch von vielen rot geführten Ländern nicht unterstützt. Insofern bin ich sehr froh darüber, dass an dieser Stelle bei der SPD in Schleswig-Holstein offensichtlich das Bekenntnis da ist, anders vorzugehen. Es ist tatsächlich so, dass dieser Antrag an einer überwiegenden Mehrheit, nicht nur an einer schwarz-gelben Mehrheit, im Bundesrat gescheitert ist.

(Martin Habersaat [SPD]: Auch an Baden-Württemberg!)

Ich verkenne nicht - wir haben darüber ja intensiv diskutiert -, dass unterschiedliche Lösungen in den Ländern auch Probleme mit sich bringen würden. Ich empfand das wirklich als ernsthafte Diskussion.

Angesichts der Situation, dass wir so viele Menschen haben, die sagen, wir sind bereit, mehr zu machen, und angesichts der Situation, dass der Bundesinnenminister das konsequent blockiert, hätte ich mir ein Signal in diese Richtung gewünscht.

Meine Damen und Herren, es kann nicht sein, dass wir in Europa keine menschenwürdige Unterbringung für die Schwächsten und Schwachen organisieren können. Wir müssen Griechenland endlich entlasten.

Ich bin meiner Kollegin Midyatli sehr dankbar dafür, dass sie gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten und anderen Menschen, die im Bund Einfluss haben - es gibt ja auch in anderen Parteien Menschen, die an einer Stelle mit Einfluss tätig sind -, gesagt hat: Lassen Sie uns in Schleswig-Holstein alle unsere Kräfte bündeln, um zu einer vernünftigen Lösung zu kommen. Lassen Sie uns genau schauen, inwiefern wir die Vorschläge der Europäischen Kommission unterstützen können. Ich bin skeptisch, weil das Dublin-System bei diesem Vorschlag nicht angetastet wird. Aber selbstverständlich sind wir auch in Zukunft konstruktiv dabei,

(Eka von Kalben)

wenn es um eine einheitliche europäische Lösung geht.

Danke für den Antrag und Danke an die Koordination, Frau Ostmeier. Diese war wichtig. - Danke.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die FDP-Fraktion hat das Wort der Abgeordnete Jan Marcus Rossa.

Jan Marcus Rossa [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Moria, das Land, in dem Abraham seinen Sohn opfern sollte. Moria, das Lager, in dem wir unsere Humanität opfern?

Die Ereignisse um das Aufnahmelager in Moria, die Unfähigkeit, den in Not geratenen Menschen unverzüglich Hilfe zukommen zu lassen, sind ein Trauerspiel und werden zum Sinnbild eines gesamt-europäischen Versagens in der Migrations- und Flüchtlingspolitik.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Die prekären Lebensbedingungen im Lager Moria sind für uns ja keine neue Erkenntnis. Schon vor Monaten waren die dortigen menschenunwürdigen Lebensbedingungen Gegenstand einer Debatte hier im Landtag. Jetzt aber hat sich durch die Brände die Lage für die Menschen dort in einer Weise zuspitzt, die ich unerträglich finde.

Es ist eine Schande für Europa, einer der wohlhabendsten Regionen auf der Erde, dass wir nicht in der Lage sind, den Menschen aus Moria zu helfen. Es ist unsere Pflicht, sie angemessen und menschenwürdig unterzubringen, bis über ihr Bleiberecht entschieden worden ist. Daran scheitern wir Europäer aber immer wieder. Und dafür müssen wir uns schämen.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Die Notlage für die Menschen auf Lesbos hat sich durch die Brände in dem Flüchtlingslager dramatisch verschlechtert. 13.000 Menschen, davon etwa 4.000 Kinder, sind seit Wochen obdachlos. Und Europa schafft es nicht, die notwendigen Maßnahmen auf die Beine zu stellen, um die Not dieser Menschen abzustellen. Das ist eine Schande, und dagegen müssen wir gemeinsam etwas tun.

Verabscheuungswürdig ist dabei ohne Frage auch, dass das Lager Moria durch Brandstiftung zerstört wurde - und das vielleicht sogar mit dem Ziel, eine Umverteilung innerhalb Europas zu erzwingen. Das ist auf das Schärfste zu verurteilen, und die Täter sind zur Verantwortung zu ziehen und zu bestrafen.

(Beifall Kay Richert [FDP])

Aber dies rechtfertigt es eben nicht, den unverschuldet in Not geratenen Menschen die humanitär gebotene Hilfe zu versagen.

(Beifall FDP, SPD und SSW)

Wenn es nicht anders geht, werden wir diese Menschen hier in Deutschland aufnehmen müssen, um sie aus unerträglichen Lebensbedingungen zu befreien. Das nennt man Humanität, und das zeichnet eine von Mitmenschlichkeit geprägte Gesellschaft aus.

Ich begrüße es deshalb ausdrücklich, dass sowohl unsere Landesregierung als auch zahlreiche Kommunen in Schleswig-Holstein nach den Bränden in dem Aufnahmelager umgehend ihre Hilfe und vor allem ihre Aufnahmebereitschaft angeboten haben.

Ich fände es aber unerträglich, wenn auf die humanitäre Notlage auf Lesbos weiterhin mit Scheinlösungen reagiert wird, die zwar Regierungen in einem guten Licht erscheinen lassen sollen, aber den Menschen aus dem Lager in Moria in keiner Weise helfen. Meine Vorrednerin Eka von Kalben hat darauf hingewiesen: Die Bundesregierung hat sich bereit erklärt, etwas mehr als 1.500 Menschen aus Griechenland aufzunehmen. Was aber lange Zeit nicht gesagt wurde, ist, dass es sich dabei in der Regel nicht um Menschen aus dem Flüchtlingslager handelte, sondern eben um Menschen mit Bleiberecht. Und das, meine Damen und Herren, ist Augenwischerei und Symbolpolitik von schlimmster Sorte.

(Beifall Kay Richert [FDP])

Wenn wir den Menschen auf Lesbos im Flüchtlingslager Moria wirklich helfen wollen, dann gibt es meines Erachtens nur zwei Möglichkeiten:

Entweder stellen die Mitgliedstaaten der Europäischen Union gemeinsam sicher, dass den obdachlosen Flüchtlingen auf Lesbos umgehend menschenwürdige Unterkünfte und Lebensbedingungen bereitgestellt werden, oder wir werden die Menschen in Europa verteilen müssen, wenn wir nicht für angemessene Lebensbedingungen sorgen können.

Eines, meine Damen und Herren, muss auch klar sein: Es ist unsolidarisch, wenn wir Ländern wie

(Jan Marcus Rossa)

Griechenland, Italien oder Spanien die Hauptlast der Migration in Europa überlassen. Wir brauchen mehr Solidarität unter den Mitgliedstaaten, wenn es um die Aufnahme von Flüchtlingen in Europa geht, und wir brauchen endlich ein einheitliches Flüchtlingsrecht für Europa.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Genau hier sollte die Bundesregierung die EU-Ratspräsidentschaft nutzen, um endlich Lösungen zu erarbeiten, die dann auch umgesetzt werden. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die AfD-Fraktion hat das Wort der Abgeordnete Claus Schaffer.

Claus Schaffer [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Als vor dem Reichstagsgebäude in einem linkspopulistischen Spektakel 13.000 Stühle aufgestellt wurden, war dem vernünftigeren Teil der bundesdeutschen Politik klar, was nun kommen würde: Die griechischen Flüchtlingscamps würden das Thema der Stunde sein, schon bald würde man die Aufnahme weiterer Migranten fordern.

Da nun aber Stühle allein nicht genug Druck aufzubauen vermögen, brauchte es noch etwas mehr, um das sinnbildliche Feuer der Aufnahmewilligkeit zu entfachen. Zufall oder nicht, wenige Stunden später kam es zu den ersten Brandstiftungen im Camp Moria auf der griechischen Insel Lesbos.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Bald darauf war das Camp dem Erdboden gleichgemacht. Die Täter stammten laut griechischen Behörden aus dem Camp selbst, bei Löscharbeiten seien sogar Feuerwehrleute vor Ort angegriffen und mit Steinen beworfen worden.

Und wie bestellt, so schien es, gellten in Deutschland die ersten linkspopulistischen Rufe nach einer schnellen Aufnahme von Menschen aus Moria. So auch hier im Hause. Aber es waren auch andere Stimmen zu vernehmen, Stimmen, die die Position der AfD stärkten und darin bestätigten, eine Aufnahme abzulehnen, so zum Beispiel Stimmen aus Griechenland selbst.

Griechenlands Ministerpräsident Kyriakos Mitsotakis erklärte dazu etwa - ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis -:

„Es besteht kein Zweifel, dass Moria von einigen hyperaktiven Flüchtlingen und Migranten verbrannt wurde, die die Regierung erpressen wollten, indem sie Moria niederbrannten und ihre sofortige Umsiedlung von der Insel forderten.“

Der ehemalige griechische Regierungssprecher Evangelos Antonaros erklärte im Deutschlandfunk - ich zitiere erneut -:

„Wenn man zu viele Menschen auf den Inseln weiterreisen lässt, dann ist das auch ein Signal an die Türkei und an die Millionen Flüchtlinge, die in der Türkei leben, weiterzukommen. Dann wird das dahin gehend interpretiert, dass sie Europa doch erreichen können.“

Beide Aussagen beschreiben damit quasi eine Erpressung, die zumindest in Deutschland zunächst zum Erfolg geführt haben dürfte. Und tatsächlich erfolgten die ersten öffentlichen Erklärungen, wonach die Brandstiftungen in Moria als „richtiges Handeln“ sogar als eine Art „Notwehr“ gegen die erbarmungslose Migrationspolitik der EU zu betrachten und somit gerechtfertigt seien.

Der Erfolg zeugt Nachahmer, wie wir nun auch an den verschiedenen weiteren Brandlegungen - wie zum Beispiel auf Samos - erkennen konnten. Hier hat sich eine vollkommen widersinnige Migrationspolitik im deutschen Alleingang gleichsam als Brandstifter ausgewirkt, Herr Dr. Steger.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das ist doch rechtsradikale Hetze, was Sie hier betreiben!)

Dass sich nun Brände in griechischen Auffanglagern häufen würden, war doch für jeden, der einigermaßen bei Sinnen ist, klar und absolut zu erwarten. Auch wir haben genau davor gewarnt, und das ist so eingetreten. Nun blickt Europa auf die EU und stellt fest:

(Dennys Bornhöft [FDP]: Was ist Ihre Lösung?)

Die EU funktioniert nicht, schon wieder nicht. Eine gemeinsame EU-Migrationspolitik ist nicht in Sicht. Genauer gesagt, Europa will sich nicht den deutschen Weg hinein in die Utopie einer grenzenlosen Gesellschaft aufzwingen lassen. Europa rückt mehr und mehr von Deutschland ab. Auch diese

(Claus Schaffer)

Isolation ist ein Ergebnis merkelscher Migrationspolitik.

(Beifall Jörg Nobis [AfD])

Österreichs Kanzler Kurz erklärte sehr schnell: Wenn wir diesem Druck jetzt nachgeben, riskieren wir, dass wir dieselben Fehler machen wie im Jahr 2015.

Meine Damen und Herren, unter den Fehlern aus dem 2015, dem Alleingang einer Kanzlerin Merkel,

(Zurufe Dr. Ralf Stegner [SPD] und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

leidet noch heute das ganze Land; und damit muss endlich Schluss sein.

(Beifall AfD)

Dass dies nicht mit einer Regierung unter CDU, SPD, den Grünen oder gar den Linken zu erwarten ist, beweisen Sie heute hier im Haus erneut.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber wie?)

Solange Medien und Presse zu Ihren linken Träumen passende Bilder und Meinungen liefern, mag Ihr Kalkül auch aufgehen. Aber erste Trendwenden in der öffentlichen Meinungsbildung sind bereits erkennbar, und sie geben uns recht.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Schaffer, gestatten Sie eine Zwischenfrage -

Claus Schaffer [AfD]:

Nein.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

- der Abgeordneten Eka von Kalben?

Claus Schaffer [AfD]:

Das Hohe Lied der bedingungslosen, überwiegend auch grundlosen und damit rechtswidrigen Aufnahme von Migranten unter dem Deckmantel des Asylrechts und der Überführung in den zumeist alimentierten Daueraufenthalt singen doch längst nicht mehr alle mit. So sind es auch erste Presseberichte und Kommentare, die kritisch mahnen, hier einer solchen Erpressung nicht zu folgen.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was ist Ihre Antwort?)

Wenn allein menschliches, gesundheitliches oder wirtschaftliches Elend zur Grundlage einer Aufnah-

me gemacht wird, müssten wir doch alle Menschen, die unter einem solchen Elend leiden, bei uns aufnehmen.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was ist Ihr Ansatz?)

Diesen moralisierenden Ansatz kann doch niemand ernsthaft vertreten, der an dem sozialen Frieden in unserem Land noch irgendein Interesse hat.

Auch der Ruf nach einer europäischen Lösung ist doch nicht zum ersten Mal zu hören. Aber es ist Griechenland, und Griechenland ist ein europäischer Partner, der an einer europäischen Außengrenze einen Gutteil der Migrationslast auch für uns trägt. Dieser Partner braucht die Unterstützung der Europäer und auch unsere, um genau dieser Aufgabe Herr zu werden. Helfen wir also den Griechen tatkräftig mit allem, was wir können, aber helfen wir ihnen vor Ort. Eine Aufnahme von Migranten aus Moria hilft niemandem, das ist der falsche Weg. - Vielen Dank, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Sie müssen sich keine Sorgen machen, dass ich mich bei dem geistigen Brandstiftertum anstecke, meine Damen und Herren. - Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kollege Schaffer, niemand in der Bundesrepublik Deutschland leidet unter der Flüchtlingspolitik.

(Widerspruch AfD)

Unsere wirtschaftliche und soziale Lage war noch nie so gut wie heute, und es ist unsere verdammt Pflicht, Menschen, die es nicht so gut haben, Hilfestellung zu geben, und das hat auch etwas mit der Aufnahme von Flüchtlingen zu tun.

(Beifall SSW und SPD)

Menschenrechtsorganisationen warnen schon lange vor den Zuständen in den Zeltlagern an den EU-Außengrenzen, übrigens nicht nur in Griechenland, in denen Geflüchtete monatelang verharren müssen, bis sie möglicherweise irgendwann eine Chance haben, weiterzukommen. Wir konnten aus weiter Entfernung dabei zusehen, wie sich eine humanitäre Katastrophe ankündigte. Neulich habe ich einen ziemlich kurzen Kommentar gelesen, in dem stand: Moria brennt seit Monaten, jetzt brennt es buch-

(Lars Harms)

stäblich. - Das hat für mich genau den Punkt getroffen.

In Moria gab es Kapazitäten für 2.800 Menschen, und zeitweise waren dort 20.000 Leute in einem Zeltlager untergebracht. Im Winter ist es da nicht besonders warm. Da gab es nicht genug Betten, da gab es keine Gesundheitsversorgung, und da gab es noch nicht einmal für alle fließend Wasser.

Jetzt nimmt Deutschland insgesamt etwa 2.750 Geflüchtete von den griechischen Inseln auf. Ich finde, das ist ein gutes Zeichen. Es sind 1.553 Menschen, die in Griechenland schon als schutzberechtigt anerkannt worden sind, die haben also schon Asylstatus, außerdem bis zu 150 unbegleitete Minderjährige, ungefähr 50 davon sind bereits angekommen. Dazu kommen noch 243 behandlungsbedürftige Kinder, also Kinder, die krank sind, mit ihren Kernfamilien, was ungefähr 1.000 Menschen bedeutet. Ich finde, es ist nicht eine einzige Gruppe dabei, die es nicht verdient hätte, bei uns aufgenommen zu werden.

Über diese Zahlen hinaus jedoch, so hieß es vom Regierungssprecher, setze sich die Regierung für eine weitergehende europäische Lösung mit anderen aufnahmewilligen Staaten ein. Das sind leider nicht so fürchterlich viele geworden.

Wir konnten in den letzten Jahren wiederholt beobachten, dass die Staaten an den EU-Außengrenzen einfach mit der Anzahl der Menschen, die dort ankamen, völlig überfordert waren. Die Dublin-Verordnung ist höchst umstritten, und dass sie generell reformiert werden muss, denke ich, ist inzwischen jedem klar. Und wenn wir schon dabei sind: Das EU-Türkei-Abkommen gehört eigentlich auch reformiert.

Aus Sicht des SSW brauchen wir innerhalb der EU ein ganz anderes Regelwerk. Wenn wir nicht endlich zu einer neuen gemeinsamen Politik kommen, laufen wir weiter Gefahr, immer wieder unkoordiniert reagieren zu müssen. Doch muss man sich fragen: Ist ein gemeinsamer Weg der EU überhaupt möglich? Ist eine gemeinsame EU-Asylpolitik bei den so unterschiedlichen Regierungen überhaupt realistisch? - Ich muss allerdings auch sagen: Meine Vorstellung einer menschenwürdigen Asylpolitik ist nicht die von Viktor Orban. Auch der „Schutz der Außengrenzen“ lässt sich sehr unterschiedlich interpretieren. Es kann also durchaus passieren - das müssen wir wissen, wenn wir von einer europäischen Lösung sprechen -, dass europäische Standards deutsche Standards möglicherweise unterlaufen.

Vielleicht wird es daher eher auf einen Zusammenschluss derjenigen Regierungen hinauslaufen, die sich in der Tradition europäischer Ziele und Werte sehen, die sich dazu bekennen, dass die Europäische Union nicht nur eine Wirtschaftsunion ist, sondern von Beginn an auch den Zweck hatte, Frieden, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte zu sichern. Womöglich wird die Reform der EU-Asylpolitik aber zur Hauptaufgabe der deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Denn dass diese Asylpolitik gescheitert ist, wird an den EU-Außengrenzen offenkundig. Aber das ist ein Langzeitziel. Vorrangig geht es uns doch darum, jetzt Handlungsmöglichkeiten zu bekommen.

Wir erhalten in unserem Büro regelmäßig Post von Menschen, die uns auffordern, endlich etwas für die Menschen in den Auffanglagern an den europäischen Außengrenzen zu tun. Unsere Bürgerinnen und Bürger gehen auf die Straße, um Menschen in Not helfen zu dürfen. 15 Gemeinden und Kommunen allein in Schleswig-Holstein haben sich freiwillig als sogenannte Sichere Häfen gemeldet. Deutschlandweit sind es 174 Städte, Kreise und Gemeinden. Hier will die Zivilgesellschaft gemeinsam mit den politischen Vertretungen über die üblichen Kontingente hinaus Geflüchtete aufnehmen.

In der Tat, die leeren Stühle, die ich vor dem Reichstagsgebäude, aber auch in Hamburg, Kiel, Flensburg oder an anderen Orten gesehen habe, sollen uns metaphorisch verdeutlichen: Wir schaffen noch mehr; wir haben Platz! Es ist nicht so, dass wir keinen Platz haben.

Knapp 35.000 Geflüchtete hielten sich im Juni 2020 auf den griechischen Inseln auf. Die EU hat insgesamt 446 Millionen Einwohner. Alle Geflüchteten, wenn wir nur die Geflüchteten von den griechischen Inseln nehmen, machen zusammen 0,008 % der EU-Bevölkerung aus; auf Husum mit seinen 24.000 Einwohnern umgerechnet sind das zwei Leute. Das schaffen wir in Husum, das kriegen wir hin, meine Damen und Herren.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Angesichts dieser Zahlen kann mir wirklich niemand erzählen, auch die AfD nicht, dass die Europäische Union diese Menschen nicht aufnehmen kann. Natürlich können wir das. Das hat auch nichts mit „Wir schaffen das“ zu tun, sondern es ist einfach eine gottverdammte Selbstverständlichkeit, dass man Leuten hilft, die in Not sind. - Vielen Dank.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Regina Poersch.

Regina Poersch [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Europapolitikerin bin ich heute Nachmittag erst einmal dankbar dafür, dass wir hier eine ganz große Mehrheit für ein gemeinsames Bekenntnis, ganz dringend eine gemeinsame europäische Asylpolitik zu brauchen und diese gemeinsam gestalten zu wollen, herstellen können.

Über Moria und die dortige Katastrophe ist viel gesagt worden. Ich will aber betonen, dass das eigentliche Übel die geistige Brandstiftung von rechts außen ist.

(Beifall SPD, FDP und SSW)

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir machen Moral zur Grundlage der Asylpolitik. Welchen Kompass braucht man denn sonst, außer Moral, Anstand, Nächstenliebe und Humanität? Was braucht man denn noch alles? Da hat man alles, was man für eine ordentliche Asylpolitik braucht.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Es waren Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die auch aufgrund ihrer eigenen Verfolgungs- und Fluchtgeschichte dafür gesorgt haben, dass das Asylrecht in Deutschland Verfassungsrang erhält und dass alle politisch Verfolgten einen Rechtsanspruch auf ein individuelles Verfahren haben. Egal, wie die Diskussionen um die heute vorgelegten Vorschläge der Europäischen Kommission ausgehen, ein ganz zentraler Punkt ist ein faires Asylverfahren für alle Schutzsuchenden innerhalb der europäischen Grenzen, also nicht außerhalb der EU-Außengrenzen. Das ist mir an dieser Stelle ganz wichtig.

Mir ist außerdem wichtig, in einem gemeinsamen europäischen Asylsystem über die Finanzierung zu reden. Ich sage an dieser Stelle ausdrücklich, dass der EU-Haushalt da durchaus ein geeignetes Instrument sein kann. Wir werden die heute von der Kommission vorgelegten Vorschläge - ich denke, im Europaausschuss - noch gut miteinander diskutieren können. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, dass ein bisschen Bewegung in die Sache kommt; denn wir werden auch andere Länder überzeugen müssen. Da ist immer schnell von Polen und Ungarn die Rede. Aber ich will auch Österreich nennen, wo eine Koalition regiert. Auch da werden wir

Überzeugungsarbeit leisten müssen. Lassen Sie uns das gern gemeinsam tun. Heute Nachmittag gebe ich die Hoffnung nicht auf, dass das auch gelingt. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, CDU und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Dennys Bornhöft.

Dennys Bornhöft [FDP]:

Sehr geehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben gerade einen AfD-Beitrag vom Reißbrett gehört, in dem Sie keinen Bezug darauf nehmen, was hier mitten in der Europäischen Union wirklich passiert, Herr Schaffer. Sie müssen sich einmal die Realität vergegenwärtigen. 12.500 Menschen leben seit Jahren in einem Lager, das für 3.000 Personen ausgelegt ist, wohlgemerkt, nicht kurzzeitig, sondern seit Jahren. Darunter sind 4.000 Kinder. Mehrere Kinder sind dort vor Ort geboren worden, sie sind „born and raised in Moria“, teilweise im Dreck. Sie kennen nichts anderes. Das ist die Lage vor Ort. Das müssen Sie sich einmal vergegenwärtigen, wenn Sie solche Wörter in den Mund nehmen, wie Sie es gerade eben getan haben.

Ja, vermutlich war es Brandstiftung von innen. Wenn Ihre Antwort von der AfD darauf ist, dass Sie sagen, wenn wir jetzt als Deutschland, als Schleswig-Holstein, als Kommune helfen, wenn wir Hilfe anbieten, dann würden wir uns automatisch der Erpressung aussetzen, dann frage ich mich: Was ist denn Ihre Art der Hilfe? Schicken Sie statt Nahrung dann Feuerlöscher in die Lager, oder wie muss man sich das vorstellen? Derzeit leben Tausende Menschen auf der Straße, Kinder, Frauen und Kranke, und Sie verweigern es, dass wir denen im Rahmen der humanitären Nothilfe - das ist etwas anderes als Asylrecht - entsprechend helfen.

(Zuruf Jörg Nobis [AfD])

Wissen Sie, was Sie meiner Meinung einmal tun sollten? Sie sollten sich einmal ganz genau angucken - es gibt Dokumentationen, Reportagen; man sollte sich nicht nur Joko-und-Klaas-Videos dazu anschauen -, was da vor Ort wirklich passiert mit den 4.000 Kindern, die zum Teil auf offener Straße in den 4.000 Schlafsäcken schlafen, die wir von Deutschland aus dorthin geschickt haben. Sie haben meiner Meinung nach dann zwei Möglichkeiten: Entweder Sie schauen sich das an und stellen fest, dass es wirklich nicht ganz richtig ist, was Sie hier gesagt haben; dann sollten Sie sich dafür entschul-

(Dennys Bornhöft)

digen. Oder aber - das tut mir dann wirklich leid - Sie haben wirklich ein widerliches Menschenbild, und dazu müssen Sie dann auch stehen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort für die Landesregierung hat die Ministerin für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung, Dr. Sabine Sütterlin-Waack.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Schon in der Mai-Sitzung dieses Landtages haben wir über die menschenunwürdige und beschämende Lage der Flüchtlinge, die in dem nun ausgebrannten Lager Moria auf Lesbos lebten, beraten. Vor vier Monaten hätte ich es nicht für möglich gehalten, dass sich die existenzielle Not der Menschen dort noch weiter dramatisch verschlimmern kann. Ich wurde eines Schlechteren belehrt. Die Bilder des ausgebrannten Lagers, die von Familien mit Kindern, die im Freien auf Straßen kampieren und fast alles von dem wenigen, was sie noch hatten, verloren haben, lassen uns alle nicht los. Daher hat die Landesregierung sofort geholfen, und wir haben vor rund zwei Wochen zur Erstversorgung der Flüchtlinge auf der griechischen Insel Lesbos 4.000 Schlafsäcke zur Verfügung gestellt. Mein Dank gilt an dieser Stelle den ehrenamtlichen Kräften des Technischen Hilfswerks, die im Auftrag des Auswärtigen Amtes den Transport des Materials übernommen haben.

(Beifall CDU, FDP und SSW)

Die Tragödie auf Lesbos ist nach nur vier Monaten wieder Anlass, sowohl über die zwingend notwendige und schnelle Hilfe für die Flüchtlinge zu beraten als auch erneut die europäische Asylpolitik in den Fokus zu nehmen; denn - wenn auch nur für rund 1.000 Flüchtlinge - der Bund hatte die Aufnahme aus Griechenland damals bereits gestartet. Auf europäischer Ebene wurde um eine gemeinsame Asylpolitik gerungen. Selbstverständlich hat die Landesregierung ebenfalls noch im Mai dieses Jahres Ihren damaligen Landtagsbeschluss umgesetzt und gegenüber dem Bund das Angebot Schleswig-Holsteins erneuert, nämlich aktiv helfen zu wollen und Flüchtlinge aufzunehmen. Zu diesem Wort stehen wir weiterhin.

Welche Aufnahmezahl auch immer die Bundesregierung in Verhandlungen mit Griechenland und den europäischen Partnern abstimmt, Schleswig-Holstein wird mindestens 3,4 % dieser Personengruppe aufnehmen. Bisher hat das Bundesinnenministerium erklärt, weitere 1.553 Menschen aus 408 Familien, die durch Griechenland bereits als Schutzberechtigte anerkannt worden sind, aufnehmen zu wollen. Sofern andere Bundesländer sich wegen eingeschränkter Kapazitäten nicht so stark engagieren können, geht unsere Aufnahmebereitschaft angesichts der Signale aus den schleswig-holsteinischen Städten und Kreisen über unsere Landesquote hinaus.

An dieser Stelle will ich betonen, dass uns nicht nur der breite Konsens der demokratischen Parteien im Landtag, für den ich sehr herzlich danke, hilft, Flüchtlinge aufzunehmen, sondern auch das Engagement der schleswig-holsteinischen Kommunen. Auch dafür herzlichen Dank!

Meine Damen und Herren, wichtig ist, Menschen in Not zu helfen. Wichtig, sogar wichtiger, um zukünftige Dramen zu vermeiden, ist es aber, dass wir uns auf europäischer Ebene auf eine humanitär geprägte und faire Migrations- und Asylpolitik verständigen. Die Weiterentwicklung des gemeinsamen europäischen Asylsystems, angestoßen 2016, ist bereits frühzeitig ins Stocken geraten und kommt seitdem nicht mehr so richtig voran. Es hakt insbesondere an der Neugestaltung der sogenannten Dublin-Verordnung, die künftig nicht nur bestimmen soll, in welchem Mitgliedstaat ein Schutzsuchender sein Verfahren betreiben muss, sondern auch die Verteilung Schutzsuchender auf die Staaten der Europäischen Union regeln soll. Hier gibt es für mich ein ernstzunehmendes Solidaritätsproblem. Aber vielleicht bewirkt die Not auf Lesbos doch noch das mindeste. Ursula von der Leyen hat ja soeben ihre Vorschläge für die Reform der EU-Migrations- und Asylpolitik vorgelegt. Auf die Schnelle habe ich gefunden - ein paar Schlagworte -: Dublin-Regeln sollen bestehen bleiben, schnellere Abschiebung, mehr Kooperation, EU-Staaten sollen sich gegenseitig helfen, strengere Prüfung an der Grenze.

Frau Poersch, ich stimme Ihnen völlig zu. Auch ich hoffe, es kommt Bewegung in die Angelegenheit. Es wird Zeit, meine Damen und Herren! Nach gründlichem Studium des Kommissionsvorschlags werden wir diesen bewerten und überlegen, welche Ziele wir unterstützen, werden wir eigene Anregungen einbringen und dabei selbstverständlich die

(Ministerin Dr. Sabine Sütterlin-Waack)

Marschrichtung und die Beschlüsse unseres Landesparlaments beachten. - Danke schön.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich lasse über den Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/2437 (neu), abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Sehe ich nicht. Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und den Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der AfD und der Abgeordneten von Sayn-Wittgenstein angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 9 auf:

Ersatzwahl für den Richterwahlausschuss

Wahlvorschlag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/2428

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich lasse über den Wahlvorschlag abstimmen und schlage Ihnen hierfür eine offene Abstimmung vor. - Widerspruch höre ich nicht. Dann werden wir so verfahren.

Ich weise noch darauf hin, dass für die Wahl die Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen erforderlich ist.

(Christopher Vogt [FDP]: Keine Vorstellung der Kandidaten?)

- Ich habe kein Wort verstanden. - Es war auch nicht wichtig? - Dann kann ich fortfahren.

Wer dem Wahlvorschlag Drucksache 19/2428 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Somit besteht Einstimmigkeit, und der Abgeordnete Hans-Jörn Arp ist als stellvertretendes Mitglied gewählt worden. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 42 auf:

Ergebnisse der OECD-Analyse der Metropolregion Hamburg

Bericht der Landesregierung
Drucksache 19/2191

Ich erteile das Wort der Ministerin für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung, Dr. Sabine Sütterlin-Waack.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sie haben die Landesregierung im November letzten Jahres gebeten, bis zum Ende des zweiten Quartals 2020 einen Bericht über die Ergebnisse der OECD-Analyse der Metropolregion Hamburg und über unsere diesbezügliche Positionierung vorzulegen. Der Ihnen fristgerecht übermittelte Bericht enthält Informationen über das Zustandekommen des OECD-Berichts zur Regionalentwicklung der Metropolregion Hamburg, über die wesentlichen Aussagen des Berichts aus der Analyse und zu den Empfehlungen und die im August letzten Jahres vorgenommene Positionierung der Landesregierung zum Verfahrensstand der Umsetzung der Empfehlung der OECD. Lassen Sie mich kurz auf den derzeitigen Stand der Umsetzung eingehen.

Nach Vorlage des Endberichts der OECD im September letzten Jahres wurden Trägerarbeitsgruppen eingesetzt, die auf Basis der Empfehlungen des OECD-Gutachtens konkrete organisatorische und institutionelle Vorschläge für die Vertiefung der Zusammenarbeit in der Metropolregion formulieren sowie Skizzen für gemeinsame Projekte entwickeln sollten. Hierfür waren Themen gesetzt wie „Erneuerbare Energien, Wasserstoffwirtschaft“, „Innovation, Technologietransfer“, „Planung, räumliches Leitbild“, „Wohnen“, „Verkehr“, „ÖPNV, Tarifierung“, „Fachkräfte - Qualifikation, Vermarktung“ sowie „Tourismus - Vermarktung“.

Die Arbeitsergebnisse der Trägerarbeitsgruppen lagen Mitte Mai dieses Jahres vor. Insgesamt wurden 92 einzelne Vorschläge gemacht.

Der Regionsrat der Metropolregion Hamburg hat in seiner Sitzung am 4. Juni 2020 dazu festgestellt, dass von den Trägerarbeitsgruppen insgesamt gute Ergebnisse für den weiteren Umsetzungsprozess erzielt worden seien, die die von der OECD aufgezeigten Herausforderungen in weiten Teilen aufgriffen. Der Wunsch nach einer engeren und intensiveren Zusammenarbeit innerhalb der Metropolregion

(Ministerin Dr. Sabine Sütterlin-Waack)

sei deutlich ablesbar. Die Vorschläge zeigten, dass es möglich sei, der von der OECD kritisierten Fragmentierung entgegenzuwirken, ohne bewährte staatliche Strukturen außer Kraft zu setzen.

Der Regionsrat und die Trägerversammlung haben aus den Vorschlägen zehn prioritär umzusetzende Vorhaben festgelegt. Der sogenannte Zehn-Punkte-Plan enthielt zunächst insgesamt 17 Einzelvorhaben. Es kam ein 18. Einzelvorhaben zum Thema Tourismus etwas verspätet hinzu. Es ist jetzt zur vorrangigen Umsetzung die Erstellung einer gemeinsamen Tourismusstrategie hinzugekommen.

Darüber hinaus ist es dem Regionsrat ein Anliegen, dass auch die weiteren Empfehlungen der Trägerarbeitsgruppen Beachtung finden. Er hat deshalb den Lenkungsausschuss der Metropolregion gebeten, deren Umsetzung operativ zu steuern.

Meine Damen und Herren, gemeinsam mit den anderen Trägerinnen und Trägern der Metropolregionen werden wir jetzt sehr schnell wichtige Projekte anschieben. Exemplarisch seien einige innovative Projekte genannt: Die Entwicklung einer Strategie für die Metropolregion, die Konzepterstellung für eine Agentur und die Entwicklung eines Projektvorschlags für ein regionsweites Zentrum „Autonomes Fahren“.

Für diese Projekte hat Schleswig-Holstein angeboten, die Federführung im weiteren Prozess zu übernehmen. Diesbezüglich gilt mein Dank unserem Wirtschaftsminister Bernd Buchholz, der mit seinem Haus die Zusammenarbeit in der Metropolregion Hamburg stark unterstützt.

(Beifall CDU und FDP)

Der Regionsrat hat für die Umsetzung des Zehn-Punkte-Plans eine zeitliche Vorgabe gemacht, die ausgesprochen sportlich ist, aber das ist richtig so. Jetzt gilt es, den Schwung aus dem bisherigen Prozess zur Weiterentwicklung der Zusammenarbeit in der Metropolregion zu nutzen und zeitnah greifbare Ergebnisse zu erzielen.

Ich denke, wir sind uns einig, dass wir mehr aus den Potenzialen der Metropolregion machen sollten, und ich meine, dass wir mit dem, was nun angestoßen ist, auf einem guten Weg sind. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Ich eröffne die Aussprache. Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Peter Lehnert das Wort.

Peter Lehnert [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Der Regionsrat der Metropolregion Hamburg hat im November 2017 einstimmig beschlossen, die OECD mit der Erstellung eines sogenannten Territorial Reports zu beauftragen und die Metropolregion damit bei ihrer strategischen Weiterentwicklung gutachterlich zu unterstützen. Mit dem Beschluss zu dieser Beauftragung hat der Regionsrat die Erwartung verbunden, die Zusammenarbeit in der Metropolregion weiter zu vertiefen und umsetzbare Empfehlungen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit sowie der Qualität des Lebens- und Arbeitsraums der Metropolregion zu erhalten.

In dem Report wird darauf verwiesen, dass die Metropolregion insgesamt über eine starke Wirtschaft verfügt und sich leistungsstarke Cluster in verschiedenen Wirtschaftszweigen entwickelt haben. Beim Wachstum des Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukts ist sie allerdings im Zeitraum von 2005 bis 2015 hinter allen anderen deutschen Metropolregionen, vor allen Dingen hinter denen in Süddeutschland, zurückgefallen. Die Arbeitsproduktivität ist, gemessen am Durchschnitt vergleichbarer Regionen des OECD-Raums, eher gering. Zudem wird das Wachstumspotenzial durch fehlende Koordination bei der Clusterentwicklung beeinträchtigt.

Die Region ist dagegen gut positioniert, um die Chancen der Digitalisierung besser als bisher zu nutzen. Um diese neuen Wachstumsmärkte zu erschließen und das öffentliche Dienstleistungsangebot erheblich zu verbessern, müssen in Zukunft allerdings alle Kräfte im öffentlichen und privaten Sektor gebündelt werden.

Die Wirtschaftsstruktur der Metropolregion ist stark durch kleine und mittelständische Unternehmen geprägt, denen die Einführung und Weiterentwicklung optimaler und vernetzter digitaler Strukturen in der Regel größere Schwierigkeiten bereitet. Besonders wichtig ist daher eine gezielte Unterstützung dieser Unternehmen, um die sich hierbei bietenden Chancen stärker als bisher zu nutzen. Wir müssen das vorliegende Gutachten auch als Weckruf begreifen und jetzt schnell und entschlossen handeln.

In den Bereichen Bildung und Humanressourcen benötigen wir dringend eine Anhebung des derzeit zu niedrigen Forschungs- und Entwicklungsniveaus sowie eine stärkere Vernetzung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Dabei sollte auch das Potenzial moderner Forschungseinrichtungen wie zum Beispiel des Elektronenlasers besser als bisher ausgeschöpft werden. Insbesondere im wichtigen Zu-

(Peter Lehnert)

kunftsreich der Anwendung von Künstlicher Intelligenz muss es zu einer deutlichen Intensivierung dieser Kooperation kommen.

Im Gutachten wird nachdrücklich empfohlen, eine integrierte regionale Innovationsstrategie zu entwickeln, die mit der gemeinsamen Fokussierung auf bestimmte Cluster die Effizienz von Wissensaufbau und Wissenstransfer nachhaltig steigert, Synergien besser als bisher nutzt und neue zukunftssichere Arbeitsplätze schafft sowie die internationale Präsenz und Wettbewerbsfähigkeit der Region nachhaltig stärkt. Dazu muss eine mit ausreichenden Kapazitäten und Ressourcen ausgestattete regionale Innovationsagentur eingerichtet werden.

Außerdem sollte die regionale Wohnungsbau- und Verkehrsplanung weiter optimiert werden. Dadurch könnten nicht nur Angebot und Nachfrage am Wohnungsmarkt besser aufeinander abgestimmt werden, sondern auch eine nachhaltigere ÖPNV-orientierte Verkehrsentwicklung gefördert und Engpässe in Hamburg und im Umkreis beseitigt werden. Dabei sollten auch die Rahmenbedingungen für die bessere Nutzung digitaler Mobilitätslösungen regional abgestimmt und weiter vorangetrieben werden.

Im Bereich der Energiewirtschaft sollten wir vor allem unsere gemeinsamen Stärken durch eine bessere und vielfältigere Nutzung erneuerbarer Energien weiter voranbringen. In Kombination mit der Digitalisierung der Energiewirtschaft, der Systemkopplung der Energiesektoren und dem weiteren Ausbau der Windenergie kann die Metropolregion zu einem globalen Vorreiter im Bereich der Umstellung auf erneuerbare Energien weiterentwickelt werden.

Neben den zahlreichen Projekten für die effizientere Nutzung erneuerbarer Energien ist das Zusammenwachsen der leitungsgebundenen Energieinfrastrukturen von entscheidender Bedeutung. Ziel ist es, eine zukunftsfähige, sich wechselseitig ergänzende Energieplattform für eine vollständige Umstellung aller Energiesektoren auf CO₂-freie Energieträger zu entwickeln.

Der OECD-Bericht und seine zentralen Handlungsempfehlungen bieten eine gute Grundlage, die Zusammenarbeit in zentralen Bereichen weiter zu intensivieren, um die Metropolregion insgesamt zu stärken, vor allen Dingen aber die Lebensqualität und die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit weiter zu verbessern.

In einer sich immer schneller verändernden Welt müssen wir jetzt in enger regionaler Kooperation alle Kräfte bündeln, um in Zukunft die gemeinsamen

Stärken konzentrierter als bisher zum gegenseitigen Nutzen einzusetzen.

Nur wenn uns dies besser als bisher gelingt, werden wir unserer gemeinsamen Verantwortung für die Zukunft der Menschen in unserer Region gerecht und nutzen wirklich alle Chancen, die sich uns hierbei bieten. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Kathrin Bockey das Wort.

Kathrin Bockey [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn Sie im Vierländereck Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen wohnen, dann sind Sie jeden Tag mit den Schwierigkeiten einer länderübergreifenden Politik konfrontiert. Als Bürger in dieser Region machen Sie sich nur selten Gedanken darüber. Als Bürgerin wissen Sie nicht, dass die Metropole Hamburg die einzige ist, die sich über vier Bundesländer erstreckt, und Sie sehen nicht die Schwierigkeiten im Verwaltungshandeln, wenn 20 Kreise beziehungsweise kreisfreie Städte und mehr als 1.100 Kommunen zusammenkommen.

Was dort nicht entschieden wird, führt bei den Menschen in der Region häufig zu diffusem Frust. Das - es ist wichtig, das anzuerkennen - stärkt unsere Verantwortung, hier zu guten und besseren Ergebnissen zu kommen als bisher.

Als Politikerin sehe ich diese Probleme genau, und auch ich weiß, dass nur die Überwindung der Hürden der Garant für den Erfolg der Metropolregion sein wird. Das gilt übrigens auch für den Ausschuss für die Zusammenarbeit der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg; auch da braucht man Durchhaltevermögen. Aber ich kann Sie alle nur bestärken: Das lohnt sich und ist wichtig.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Arbeit der Trägergruppen und des Regionalrats habe ich deshalb mit Spannung verfolgt. Es sind viele Vorschläge gemacht und erste Ergebnisse vorgelegt worden. Die Trägergruppen haben das Feld für die Zukunft bereitet. Wichtig wird sein - wenn wir diese Potenziale nutzen wollen -, dass sich die Landesregierungen und Verwaltungsebenen von Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Ham-

(Kathrin Bockey)

burg und Schleswig-Holstein zukünftig noch enger miteinander austauschen. Gemeinsame Ziele zu entwickeln, ist gelungen, jetzt kommt es auf die gemeinsame Finanzierung und den gerechten Ausgleich an. In diesem Sinne bleibt zu wünschen, dass sich die Landesregierungen hier nicht im parteipolitischen Klein-Klein verlieren, sondern die Bedarfe der Bürgerinnen und Bürger wirklich im Blick behalten.

An diesem Punkt möchte ich einen Schritt zurückgehen zu den Bürgerinnen und Bürgern der Region. Die Wirtschaft wird ohne intelligenten öffentlichen Personennahverkehr und intelligente Verkehrsleitsysteme nicht funktionieren. Wie nehmen die Menschen das Problem wahr? Die Niedersachsen aus der Elbmarsch stehen jeden Morgen im kilometerlangen Stau, bevor sie die Elbbrücke erreicht haben. Keiner weiß, wie es weitergehen soll, wenn diese gesperrt wird. Die Unternehmerinnen und Unternehmer aus Schleswig-Holstein erreichen plötzlich ihre Geschäftspartner in der Region Winsen für Wochen nicht mehr auf direktem Weg und müssen erhebliche Umwege in Kauf nehmen. Baustellen, Baustellenkoordination und Ideen für innovative Ersatzverkehre sind hier ein ganz besonders sensibles und wichtiges Thema.

Was kommt dazu? Wohnraum wird knapp, nicht nur in Hamburg, sondern auch in den Umlandregionen. Exzessiver Bau von Einfamilienhäusern bedeutet auf dem platten Land viel Individualverkehr; die Baupreise steigen. Diese Probleme können wir nur gemeinsam lösen. Es spricht für die Verantwortlichen in der Metropolregion, dass sie sich darum kümmern. In diesem Sinne gilt auch Ihrem Ministerium an dieser Stelle mein herzlicher Dank.

Da wir in Schleswig-Holstein genau dieses Paket, den Wohnungsbau und die Entwicklung, unter unsere Fittiche genommen haben, trägt unsere Landesregierung hier eine besondere Verantwortung, und wir warten gespannt auf die Weiterentwicklung des Themas Wohnen in der Metropolregion.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen: Gerade der Ausbau des ÖPNV wird Geld kosten. Ich appelliere in diesem Zusammenhang an alle Landesregierungen, sich immer wieder bewusst zu machen: Intelligente Verkehrsmaßnahmen denken immer den attraktiven ÖPNV über Landesgrenzen hinaus.

Die OECD-Studie hat uns ins Stammbuch geschrieben, dass die Erreichbarkeit der Metropolregion aus den Umlandkreisen sehr unterschiedlich ist und dass wir das verbessern müssen. Hier hat ganz besonders Schleswig-Holstein Probleme. Insofern be-

trübt es doppelt, dass die guten Ansätze zu Fahrrad-schnellstrecken auf schleswig-holsteinischer Seite ins Stocken geraten, weil das Land mit seinen eigenen Kommunen um Finanzierungsfragen streitet. Das ist nicht gut für uns alle. Da nützen auch die besten Beteiligungsprozesse vonseiten der Metropolregion nichts. Im Sinne der Bürgerinnen und Bürger muss bei solchen Projekten zeitgerecht für Gelder gesorgt werden.

(Beifall SPD)

Denn das Arbeiten für die Mülltonne ermüdet und frustriert schnell.

Insofern unterstützen wird die Einrichtung einer Innovationsagentur und mahnen gleichzeitig an, deren Vorschläge ernsthaft in das politische Handeln einzubauen. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Abgeordnete Ines Strehlau das Wort.

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der OECD-Bericht zur Regionalentwicklung der Metropolregion Hamburg, kurz MRH, vom September letzten Jahres hat einen ziemlichen Schock bei den beteiligten Ländern und allen Trägern ausgelöst. Die OECD hat der MRH bescheinigt, dass sie ihre Potenziale längst nicht ausschöpft, unter anderem, weil eine wirkliche Kooperation auf vielen Gebieten fehlt und es an gemeinsamen Strategien und Zielen mangelt. Die OECD bescheinigt der MRH beispielsweise zwar eine insgesamt gute Wirtschaftsleistung, aber sie werde zunehmend von süddeutschen Metropolregionen überholt und habe eine im OECD-Vergleich niedrige Arbeitsproduktivität.

Das scheint einigermaßen aufgerüttelt zu haben. Denn die daraufhin eingerichteten acht Arbeitsgruppen haben bis zum Mai dieses Jahres konkrete Ergebnisse vorgelegt. Die Ergebnisse sind zum Teil erstaunlich konkret. So sollen bis 2022, teilweise schon bis 2021, diverse Strategien entwickelt und Machbarkeitsstudien durchgeführt werden. Das ist im Vergleich mit so manch anderem Projekt wirklich ambitioniert.

Ein entscheidender Bereich ist bei den Arbeitsgruppen und auch bei den beschlossenen Punkten aber herausgefallen: der Erhalt der Biodiversität. Im Bericht der Landesregierung, für den ich mich bei der

(Ines Strehlau)

Landesregierung bedanken möchte, findet sich eine ausführliche Passage zu diesem Thema. Die Landesregierung hält dieses also für ein wichtiges Thema, und diese Position unterstützen wir sehr. Dort wird dargestellt, für wie wichtig die OECD Biotopverbünde und auch eine verstärkte grenzüberschreitende Kooperation beim Schutz und der Stärkung der Freiräume und Schutzgebiete hält. So ist es wichtig, bei der Bebauung Frischluftschneisen freizuhalten, damit in heißen Sommern ein Luftaustausch stattfinden kann. Ich begrüße es, dass die Landesregierung in ihrem Bericht vorschlägt, ein Projekt zur Fortentwicklung der Potenziale grüner Infrastruktur in der Region zusammen mit Hamburg und gegebenenfalls den weiteren beteiligten Ländern als Leuchtturmprojekt der MRH aufzusetzen. Aber weder in den 92 Empfehlungen der Arbeitsgruppen noch im Beschluss des Regionsrates taucht dieses Thema auf.

Beim Thema Wohnen soll zwar das Leitbild der flächensparenden und kompakten Siedlungsentwicklung weiterverfolgt werden, aber zum Erhalt von Naturflächen und zum Flächensparen habe ich nichts gefunden. Im Zusammenarbeitsausschuss wurde auf Nachfrage zwar gesagt, dass der Biotopverbund mitgedacht würde, aber es ist wichtig, dass dieses Thema als Auftrag auch schriftlich festgehalten wird. Ich gehe davon aus, dass unsere Landesregierung die Umweltthemen - wie in ihrem Bericht dargestellt - in den weiteren Prozess einbringen wird. Die konkreten Schritte werden ja jetzt entwickelt.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ein weiteres wichtiges Thema ist der Bereich Wohnen. Da bin ich sehr froh, dass wir weiterhin eine zentrale Landesplanung haben, die die Rahmenbedingungen vorgibt. Es gab ja in einer der vorigen Wahlperioden die Idee, die Planung zu regionalisieren und auf die Kreise zu übertragen. In Niedersachsen liegt die Regionalplanung bei den Kreisen. Diese Kleinteiligkeit macht die Kooperation ungeheuer schwierig. Man hat sich jetzt in der Arbeitsgruppe anstatt auf einen institutionalisierten Planungsverbund auf einen Planungsverband als Austauschplattform geeinigt. Es ist nicht einfach, die Bebauung zu steuern, denn die Entscheidungshoheit liegt bei den Kommunen. Dennoch ist eine Abstimmung wichtig, um bedarfsgerecht Bau- und Gewerbegebiete auszuweisen und gleichzeitig Naturräume zu erhalten. Dazu müssen auch die betroffenen Kommunen in den Entscheidungsprozess ein-

bezogen werden. Nur dann werden sie bei der Umsetzung gemeinsamer Leitlinien mitziehen.

Als letzten Punkt möchte ich auf die Fachkräfteinitiative eingehen. Die OECD-Studie bescheinigt der MRH ein vergleichsweise geringes Kompetenzniveau der Arbeitskräfte: Nur 14,4 % der Beschäftigten haben einen tertiären Abschluss. Das ist Platz acht der elf deutschen Metropolregionen. Mehr als 6 % der Schülerinnen und Schüler verlassen die Schule ohne Abschluss. Neben der dualen Ausbildung müssen wir also die Zahl der Hochschulabsolventinnen und -absolventen sowie der Fachschülerinnen und -schüler steigern und die Schulabbrucherquote senken. Bei dem Beschluss zur gemeinsamen Fachkräftestrategie der MRH sind die inhaltlichen Schwerpunkte aber internationale und nationale Fachkräfteanwerbung und Fachkräftebindung, Stärkung des dualen Systems sowie die Entwicklung innovativer neuer Ansätze zur Fachkräftesicherung. Senkung der Schulabbrucherquote und Stärkung der Hochschulabsolventinnen und -absolventen finden sich dort leider nicht. Aber für die Fachkräftesicherung ist auch zum Beispiel die Berufsorientierung an den allgemeinbildenden Schulen und das Erreichen eines Schulabschlusses wichtig. Auch hier ist Kooperation wichtig.

Insgesamt also hat die OECD-Studie der Kooperation einen Schub gegeben. Die geplanten neuen Kooperationsformate und Institutionen - wie die Innovationsagentur oder das Kompetenzzentrum Mobilität - müssen aber mit Mitteln ausgestattet werden. Da sind alle Träger einschließlich der Wirtschaft gefordert, sich einzubringen. Verstärkte Kooperation gibt es nicht zum Nulltarif, aber sie zahlt sich aus. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Stephan Holowaty das Wort.

Stephan Holowaty [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen! Liebe Kolleginnen! Die Metropolregion Hamburg hinkt hinterher - das ist, ganz grob gesagt, die klare Aussage aus der OECD-Studie. Wer in einer Phase rasanten wirtschaftlichen Wachstums stets weniger wächst als seine Nachbarn, weniger wächst als vergleichbare Regionen in Deutschland und in Europa, der verliert an Boden. Deshalb ist es gut, dass als Ergebnis aus der OECD-Studie unsere

(Stephan Holowaty)

Landesregierung Aktion gezeigt, sofort Maßnahmen ergriffen und Arbeitsgruppen eingesetzt hat und an den verschiedenen Themen jetzt arbeitet, die für die Zukunft der Region von ganz besonderer Bedeutung sind. Ich danke daher der neuen Landesregierung für die klare Arbeitsstruktur, ich danke dafür, dass sie an die Arbeit geht, dass sie Lösungen erarbeitet und dass wir damit die Metropolregion Hamburg wieder gemeinsam nach vorn bringen werden.

(Beifall FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Bremsen, die die Metropolregion Hamburg festhalten, sind allerdings zum Teil selbstgemacht und zum Teil aus der Region heraus zu lösen. Teils sind sie aber auch fremdbestimmt. Die OECD sagt sehr klar: Ihr müsst in größerem Rahmen denken. Ihr müsst grenzüberschreitend denken. Ihr müsst kooperieren. - Die starke Fragmentierung von Planung und Beschlussfassung wird besonders kritisiert, das haben wir schon mehrfach gesehen. Kommunen müssen miteinander reden, Länder müssen miteinander reden. Kommunen und Länder müssen miteinander reden.

Aber die OECD-Studie bezieht sich eigentlich - man liest das in ganz vielen Abschnitten zwischen den Zeilen - auch sehr deutlich auf das Planungsrecht in Deutschland, das eben nicht nur legitime Interessen miteinander abwägt und zueinanderbringt, sondern auch ganz oft ein Projektverhinderungs- und Kostenexplosionsrecht ist.

(Beifall FDP)

Nur eines von vielen Beispielen: Wenn der Kern der Metropolregion im Verkehr versinkt und verstopft - denken Sie nur einmal daran: Hamburg ist eine der Stauhauptstädte Deutschlands, der Hamburger Bahnhof ist einer der überlastetsten Bahnhöfe in diesem Land, da geht gar nichts mehr -, wenn das die Situation ist, kann es doch nicht sein, dass seit Jahrzehnten Bauarbeiten an der so wichtigen entlastenden A 20 und dem neuen Elbtunnel quasi stillstehen und sich nicht bewegen.

(Beifall FDP, Jörg Nobis [AfD] und Lars Harms [SSW])

Die Fragmentierung und das Gegeneinander anstatt des Miteinanders ist leider auch auf anderen Ebenen tägliche Praxis. Deshalb gibt es auch in der Metropolregion viel, was miteinander getan werden muss. Die eine Gemeinde, die das Gewerbegebiet der anderen auszubremsen versucht, weil sie Angst vor mehr Verkehr hat - der sonst übrigens, by the

way, auf der A 20 fahren würde -, die eine Gemeinde, in der Kommunalpolitiker von einem Zuzugstopp und einer Obergrenze der Bevölkerungszahl reden, weil sie immer noch nicht verstanden haben, dass ihre Gemeinde in einer der Hauptentwicklungsachsen des Landes liegt - das sind Probleme, die in der Tat hausgemacht sind. Die Kommune, die ein Wohngebiet trotz dringenden Bedarfs nicht entwickeln kann, weil eine naheliegende Straßenkreuzung dann überlastet wäre - nur diese liegt leider in der Straßenbaulast des Landes und kann nicht geändert werden -,

(Beate Raudies [SPD]: Unerhört!)

das sind selbstgemachte Probleme, die wir auch hier innerhalb der Region einfach selbst und durch Zusammenarbeit lösen müssen.

(Beifall FDP)

Das ist genau dieses Klein-Klein, dieses Denken, das an der eigenen Scholle endet, das die Metropolregion auch so stark ausbremst. Chancen zu schaffen - für die Menschen, für die Kommunen, auch für die Unternehmen in der Region -, ist von ganz besonderer Bedeutung. Chancen bedeutet auch, bessere Einkommen zu schaffen. Schleswig-Holstein, das wissen wir, das diskutieren wir hier regelmäßig, liegt im Durchschnittslohn weit unten bei den alten Bundesländern. Das liegt aber nicht an den bösen Unternehmen, liebe Sozialdemokraten, sondern das liegt im Wesentlichen daran, dass es zu wenig High-Tech-Arbeitsplätze gibt, dass es auch in der Metropolregion zu wenig gut bezahlte Industriearbeitsplätze gibt. Das bedeutet für uns: Wir müssen uns verstärkt für Forschung und Industrie attraktiver machen. Wir müssen Forschungsk Kooperationen stärken, Wissenschafts- und Innovationsparks schaffen, Forschung und Wirtschaft besser miteinander vernetzen.

(Beifall FDP und Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Coronapandemie ist hier kein Game Changer. Die Analyse der OECD bleibt trotzdem richtig, der Handlungsbedarf ist derselbe. Aber der Druck steigt. Wer von Wohlstandsverlust redet, muss sich darüber im Klaren sein: Es geht nicht darum, statt eines 200-PS-starken Autos in Zukunft nur ein 120-PS-starkes Auto zu fahren, sondern Wohlstandsverlust bedeutet vor allem einen Verlust an Chancen für die Bildung, für die Wissenschaft, für die Kultur und vor allem auch einen Verlust an Chancen für jeden einzelnen, für jeden, der in seinem Leben und mit seinen Ideen voranzukommen versucht.

(Stephan Holowaty)

(Beifall FDP)

Genau deshalb heißt es jetzt, zügig die Konsequenzen aus der OECD-Studie zu ziehen. Das tut die Landesregierung, um die Metropolregion mit ihrer wirklich einzigartigen Kombination von Weltoffenheit und Natur, Land und Küste, Wirtschaft und Tourismus fitzumachen für die Zukunft voller neuer Chancen. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Lars Harms [SSW])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die AfD-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende Jörg Nobis das Wort.

Jörg Nobis [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Vor fast einem Jahr wurde uns die OECD-Studie zur Metropolregion Hamburg im Ausschuss für die Zusammenarbeit der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg vorgestellt. Die OECD hat festgestellt, dass die wirtschaftliche Entwicklung der Metropolregion Hamburg - wir haben es schon mehrfach gehört - im Vergleich zu anderen Metropolregionen deutlich langsamer ist. Beim Wachstum des Bruttoinlandsprodukts, mithin der Arbeitsproduktivität, liegt die Metropolregion Hamburg an letzter Stelle aller deutschen Metropolregionen, und das mit leider weiter sinkender Tendenz. Das führt natürlich auch im internationalen Vergleich zu keiner guten Positionierung.

Die OECD benennt auch einige Ursachen für diese Entwicklung. Insbesondere sei eine hohe Fragmentierung festzustellen, die sich negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit auswirke. Das kann jeder ganz einfach nachvollziehen, der sich die Verwaltungsstrukturen und die Vielzahl der Ansprechpartner anschaut, die zum Beispiel bei Wirtschaftsansiedlungen zuständig sind. Die Metropolregion Hamburg ist geradezu ein Wimmelbild der Zuständigkeiten und Verwaltungseinheiten. Eine zentrale Anlaufstelle für alle Behördengänge ist ein Tagtraum, geradezu eine Illusion, was in einer Region mit vier Bundesländern und - neben Hamburg - drei kreisfreien Städten und insgesamt 17 Landkreisen nicht dazu führt, dass die gemeinsame Dachmarke im Alltag auch erlebbare Verwaltungsrealität wird.

Diese fehlende Alltagstauglichkeit kostet Arbeitsproduktivität, wie die OECD richtigerweise feststellt. Ich zitiere:

„Eine Verdopplung der Verwaltungseinheiten verringert die Arbeitsproduktivität um rund 6 %.“

Der Umkehrschluss ist daher zulässig und zeigt, wohin die Reise gehen müsste: Abbau von Verwaltungseinheiten, Abbau von Bürokratie und bürokratischen Hemmnissen.

Die OECD stellt vieles fest, was im Kern schon bekannt ist, aber aus Bequemlichkeit oder Unwillen, althergebrachte Denkmuster zu überwinden, nur mit wohlwollenden Floskeln bedacht wird, ohne aber zu Änderungen im Handeln zu führen. So stellt sie etwa fest, dass die Metropolregion häufig mehr mit dem Wettbewerb auf lokaler Ebene innerhalb der Region beschäftigt ist, als sich der globalen Konkurrenz zu stellen. Die Politik denkt noch zu stark in Landes- und Verwaltungsgrenzen. Wir haben es eben mit der Scholle gehört. Sie denkt zu wenig in Wirtschaftsräumen.

(Zuruf Lars Harms [SSW])

Diese Sichtweise gilt es zu überwinden. Das gilt exemplarisch in der Verkehrspolitik. Der Knotenpunkt Hamburg ist zu einseitig auf wenige Verkehrsstränge im Hamburger Stadtgebiet ausgerichtet. Gerade aus schleswig-holsteinischer, durchaus aber auch aus niedersächsischer oder Hamburger Sicht sind im Bereich der Straßeninfrastruktur leistungsstarke Elbquerungen nötig, und zwar sowohl westlich als auch östlich Hamburgs. Hier im Land müssen die Hausaufgaben gemacht werden und die Planung und Umsetzung der A 20 vorangetrieben werden, auch das wurde schon genannt. Das gilt gleichermaßen natürlich auch auf niedersächsischer Seite, denn da ist seit 2015 genau gar nichts mehr passiert.

Bei der Schiene muss die Entflechtung und Ertüchtigung des Knotenpunktes Hamburger Hauptbahnhof Priorität haben. Ideen dazu gibt es viele, wie so oft hakt es an der Umsetzung, und da gerade im Bereich des schienenengebundenen ÖPNV, an den Zuständigkeiten und Ausschreibungslaufzeiten. Jüngstes Beispiel sind die begrüßenswerten Diskussionen um die Durchbindung von Regionalverkehrszügen von Schleswig-Holstein über den Hauptbahnhof nach Niedersachsen.

Auch die Planungen für einen ICE-Halt in Bergedorf, der den Zugang zur ICE-Strecke nach Berlin für den gesamten schleswig-holsteinischen Süden erleichtern würde, begrüßen wir.

Auch der Hafen als logistisches Herz des Nordens, von dem unmittelbar und mittelbar Zehntausende

(Jörg Nobis)

Arbeitsplätze abhängen, bedarf einer starken Hinterlandanbindung in alle Himmelsrichtungen.

Es gibt also noch viel zu tun, damit der in der OECD-Studie konstatierte Abstand zu anderen Metropolregionen in Deutschland und Europa verringert werden kann. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für den SSW hat der Vorsitzende Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Den OECD-Bericht zu unserer Metropolregion haben wir ja bereits mehrfach in verschiedenen Foren sehr intensiv beraten. Das haben auch die Vorredner schon deutlich gemacht. Rund 5,4 Millionen Einwohner, eine insgesamt durchaus starke Wirtschaft, die strategisch hervorragende Lage entlang des Handelskorridors nach Skandinavien, und dennoch lassen wir hier immer noch enorme Potenziale liegen. Wir drohen im Wettbewerb der Metropolregionen sogar zurückzufallen. Angesichts dieser Analyse ist es wichtig, jetzt zeitnah und konkret zu handeln. Think Big - also das Denken in größeren Zusammenhängen - empfiehlt uns daher die OECD-Studie.

Es werden ziemlich viele und komplexe Handlungsfelder angesprochen. Ich werde mich daher wie auch meine Vorredner auf einige fokussieren, die aber für uns vom SSW besonders wichtig sind. Da ist zum einen die Hafenkooperation, zum anderen Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen und natürlich Forschungs-, Bildungs- und Umweltschutzprojekte.

Wir haben immerhin den größten Seehafen Deutschlands vor der Tür. Selbstverständlich müssen wir hier unsere Anstrengungen weiter verstärken und eine abgestimmte gemeinsame Hafenpolitik etablieren. Als Vorbild können wir uns hier gern den Hafen von Rotterdam nehmen. Um es klar zu machen: Es geht nicht darum, dass sie ein bisschen zusammenarbeiten, sondern eigentlich, wenn man ganz ehrlich ist, muss entlang der Elbe bis nach Bremen hinaus jeder Hafen einer gemeinsamen Organisation angehören, wie es in Rotterdam der Fall ist.

(Zuruf SPD: Nordstaat!)

Weiterhin gilt es, gemeinsame Infrastrukturprojekte voranzutreiben, von denen die gesamte Region pro-

fitieren könnte. Ich denke hier beispielsweise an den Ausbau von Radschnellwegen, um eben auch an der Zielvorgabe der grünen Megaregion weiterzuarbeiten, oder auch an das Eisenbahnnetz und hier auch an die nicht so stark frequentierten Routen. Ich denke insbesondere an die Verbindung von Geesthacht nach Bergedorf: Die hat nicht die hohen Zahlen, in der Region aber eine hohe Bedeutung, auch eine hohe ökologische Bedeutung.

(Beifall Kathrin Bockey [SPD] und Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es macht daher auch Sinn, diese Bahn zu unterstützen. Nur so kann uns die tiefere wirtschaftliche Integration gelingen. Nebenbei gewinnt beim Ausbau des ÖPNV ja auch die Umwelt, und das macht damit auch die Lebensqualität für die Menschen etwas besser.

Apropos ÖPNV: Interessanterweise wird ja im Bericht auch die Einführung eines Tarifverbunds für die gesamte Metropolregion angedacht, sprich ein Nordtarif, der ja vom SSW schon lange propagiert wird. Selbstverständlich wäre es dann wünschenswert, dass ganz Schleswig-Holstein in diesen Tarif integriert wäre.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber auch in der digitalen Netzinfrastruktur ist die Kluft zwischen städtischen und ländlichen Räumen noch immer offenkundig. Auch hier müssen wir zügig vorankommen, ebenso wie bei der Vereinfachung der nach wie vor langwierigen Planungsverfahren. Das zieht sich wirklich durch den ganzen Bericht.

Ja, meine Damen und Herren, da sind wir dann beim wichtigsten Projekt, nämlich bei der A 20, die so wichtig für die Metropolregion, aber eben auch für die Westküste ist.

Ein sehr breites Feld stellen nun auch die Bereiche Forschung, Bildung und Umweltschutz dar. Aber auch hier müssen wir ambitionierte Projekte anschieben. Die Metropolregion muss als Standort noch attraktiver und vor allem auch international wahrnehmbarer werden. Wir müssen den Fachkräften, die wir anwerben wollen, etwas zu bieten haben. Das ist nicht nur der Beruf an sich, sondern eben auch kulturelle Infrastruktur, Natur und Landschaft, die vor Ort gegeben sein müssen, übrigens auch in Hamburg selbst. Daran müssen wir hart arbeiten, damit es besser wird.

Ich muss ehrlich gestehen, interessant für uns ist: Der Bericht macht deutlich, dass man eigentlich au-

(Lars Harms)

tomatisch an eine Einbindung des skandinavischen Raums denkt. Wir denken gern immer Richtung Süden und versuchen uns dort in irgendeiner Art und Weise einzukoppeln in der Vorstellung, dann wird es bei uns im Norden schon was werden. Hier wird aber deutlich gemacht, dass es einen Korridor Oslo-Göteborg-Kopenhagen-Hamburg gibt, und dass das die Achse ist, an der wir eigentlich weiterarbeiten sollten. Sie können verstehen: Das findet bei uns selbstredend Unterstützung. Ich glaube aber auch, dass es wirklich inhaltlich Sinn macht, den Blick nach Norden zu wenden, um wirtschaftlich besser voranzukommen.

Auch da haben wir große Herausforderungen, zum Beispiel, was verkehrliche Anbindung angeht, Autobahnanbindung oder Schienenanbindung in den nördlichen Raum, an denen wir entsprechend arbeiten müssen.

Sie sehen also: Es muss viel getan werden. Ich finde, dass der Austausch nicht nur auf Verwaltungsebene und Unternehmensebene, sondern gerade auch auf politischer Ebene durch unseren gemeinsamen Ausschuss, wie wir ihn nennen, viel besser geworden ist. Auch die Landesregierungen arbeiten gut zusammen. Aber: Es läuft zwar gut, aber besser geht eben immer. Es wäre schön, wenn wir demnächst einmal wieder darüber redeten und es dann etwas besser geworden wäre. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Martin Habersaat.

Martin Habersaat [SPD]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Meine Damen und Herren! Die Landesregierung war so freundlich, uns neben dem Bericht auch die Beschlussfassung des Regionsrats zum OECD-Gutachten zur Verfügung zu stellen. Eine der spannendsten Aussagen findet sich meines Erachtens unter Punkt 1.8. Ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin:

„Der Regionsrat bittet die Aufgabenträger des ÖPNV, die Fortentwicklung und den Umbau der Tarifsysteme in der MRH unter den Prämissen Kundensicht und grenzüberschreitende Lösungen voranzutreiben.“

Dahinter verbirgt sich ein Thema, das wir hier 2019 debattiert haben. Ich weiß nicht, ob Sie sich erinnern. Da hatte die Jamaika-Koalition in Form ihrer

Fraktionen einen Antrag vorgelegt, in dem die HVV-Tariferhöhungen wild gezeißelt wurden. Wir waren kurz davor, zum forkenbewehrten Sturm auf Hamburg aufzurufen. Gleichzeitig stellte sich aber heraus, dass die Landesregierung - auch Jamaika - Druck auf den HVV ausgeübt hat, genau diese Tarife zu erhöhen, und zwar besonders die Tarife im Hamburger Umland, namentlich die Tarife, die drei oder vier Ringe betrafen.

Wer den HVV kennt, der weiß: Es gibt den Innenstadtring, und dann kommen der zweite und der dritte Ring. Das betrifft mich persönlich, denn die S-Bahn-Haltestelle Reinbek liegt im Bereich von zwei Ringen, während die Haltestelle Wohltorf, an der ich einsteigen muss, im dritten Ring liegt. Es war nun die Landesregierung, die befand, hier könne man mehr Geld einsammeln. Genau das widerspricht aus meiner Sicht dem Gedanken der Metropolregion.

Wenn nun der HVV eine neue Tarifstruktur erarbeitet - damit hat er 2019 angefangen und sich ursprünglich drei Jahre Zeit gegeben -, dann werde ich sehr stark dafür, dass wir als Landtag und Sie als Landesregierung im Interesse der Menschen, die in der Metropolregion leben, daran arbeiten, dass die Tarife günstiger werden oder günstig bleiben und dass Sie nicht hintenherum für Preiserhöhungen werben, Herr Buchholz.

(Beifall SPD)

- Vielen Dank für die Aufmerksamkeit zu diesem Punkt.

Zu einem zweiten Punkt: Wir warten gespannt auf das Gutachten zur Verbesserung des Schienenpersonennahverkehrs. Das ist für Ende September/Anfang Oktober angekündigt, es wird also in Kürze soweit sein. Ich will auch noch einmal zu Protokoll geben, dass ich die Taktverbesserungen für den Hamburger Rand nicht vergessen habe. - Vielen Dank.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Andreas Tietze.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In der Tat, wer das OECD-Gutachten liest, wird feststellen, dass es uns ein Stück weit dahin gehend die Augen geöffnet hat, welches Potenzial es gibt und

(Dr. Andreas Tietze)

was im Hamburger Rand so alles passiert. Das gilt vor allem aus Sicht des Nordfriesen. Ich war in den letzten Wochen viel im Hamburger Rand unterwegs. Ich war auf vielen Veranstaltungen, natürlich auch bei der Sitzung des gemeinsamen Ausschusses.

Das Thema Mobilität ist hier mehrfach angesprochen worden. Eine zentrale Aussage ist: Es gibt keine Grenzen zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg, sondern die Menschen in der Mobilitätsregion wollen eine gute und verlässliche Qualität in der Mobilität und im ÖPNV haben. Das ist auch die zentrale Aufgabe, der wir uns stellen müssen, so dass wir nicht in Ländergrenzen denken, sondern an die Menschen, und die stehen im Mittelpunkt. Herr Habersaat, Sie haben es ja gesagt.

Frau Bockey, ich habe mich auch zu Wort gemeldet, weil Sie sagen, hier mache die Landesregierung nichts. In der Präsentation von Jakob Richter während der Ausschusssitzung wurde sehr klar, wie leistungsstark die Metropolregion bei der Planung der Radschnellwege ist. Meine Damen und Herren, es ist allen klargeworden, dass es natürlich nichts bringt, wenn ich leistungsstarke Radschnellwege habe, die in Schleswig-Holstein in der Pampa enden. Natürlich haben wir hier eine Verantwortung. Wir werden ja morgen im Rahmen der Radfahrstrategie darüber reden. Frau Bockey, wenn Sie der Regierung hier Untätigkeit vorwerfen, dann müssen Sie sich ein bisschen besser informieren. Das geht ins Leere, und das geht auch am Ziel vorbei. Da haben Sie über das Ziel hinausgeschossen.

(Beifall Kay Richert [FDP])

Lassen Sie mich hinzufügen: Es wird immer gesagt, die Landesregierung - der Minister - mache nichts für die Hamburger Region. Frau Raudies war anwesend, die Frau Vizepräsidentin war da, auch ich war anwesend. Es gab eine große Veranstaltung zum Hamburger Rand, bei der viele Bürgermeister des Hamburger Randes und Landräte anwesend waren. Da hat ein Minister ein Modell vorgestellt, das besagt, wie wir im Raum Elmshorn zu einer Viergleisigkeit und zu einer S-Bahn-Verbindung kommen.

Herr Habersaat, Sie müssen sich auch einmal mit den hohen Infrastrukturaufgaben in Hamburg auseinandersetzen. Die Verlegung des Altonaer Bahnhofs nach Hamburg Diebsteich wird uns alle massiv betreffen. Wenn wir das nicht von Hamburg ausgehend aus einer Hand managen, dann hat das Auswirkungen auf Schleswig-Holstein. Wenn Hamburg sich räuspert, dann hat Schleswig-Holstein eine Grippe. Dann wird es in Bezug auf den Verkehr

noch schlimmer. Deshalb gibt es hier die ganz klare Verantwortung zur Zusammenarbeit.

Herr Minister, hier haben Sie einen Knoten durchschlagen. Sie haben mit Ihrem Vorschlag und auch durch die Gespräche mit Herrn Tjarks deutlich gemacht, dass wir mit diesem Vorschlag der S 4 West wirklich eine gute Möglichkeit haben, mit neuen Bundeszuschüssen endlich diese Situation im Hamburger Rand zu ordnen und in Nordfriesland die Marschbahn bis nach Sylt verlässlich und pünktlich zu machen. Das war ein guter Vorschlag. Ihnen hier seitens der SPD Untätigkeit vorzuwerfen, finde ich falsch.

Auch das will ich am Ende sagen: Der OECD-Bericht ist für mich Ansporn, tatsächlich und gerade im Bereich der Metropolregion Hamburg die Mobilitätspolitik noch einmal auf gute Beine zu stellen. Die Vorschläge, die in dem Bericht genannt werden, Herr Habersaat, Sie haben es erwähnt, finde ich gut. Hier müssen wir einfach einmal sukzessive darangehen, diese abzarbeiten und schauen, was gemeinsam mit Hamburg geht. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Beate Raudies.

Beate Raudies [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Andreas Tietze, ich schätze deinen Einsatz für die Marschbahn und alles, was daran hängt. Ich glaube, die Elektrifizierung der Strecke bis Sylt ist irgendwann einmal fällig. Aber, und jetzt dürft ihr alle lachen, wenn ich es sage, ihr wartet alle darauf: Ohne das dritte Gleis wird das alles nichts, denn dann stehen die Züge vor Elmshorn schon auf der Schiene.

(Beifall SPD)

Wir bauen auch gern ein viertes Gleis. Herr Buchholz, ich habe es Ihnen gesagt: Ich freue mich, dass Sie jetzt einen Vorschlag gemacht haben, mit dem wir hoffentlich in die Verhandlung gehen, denn ich glaube, dass dieses Infrastrukturprojekt auch für die ÖPNV-Bilanz in Schleswig-Holstein ein Riesengewinn wäre und massenhaft Menschen von der Straße brächte. Kollege Holowaty, mit oder ohne die A 20, denn der Bau der A 20 trägt nichts zur Entlastung des Hamburger Hauptbahnhofs bei.

(Beate Raudies)

Also lautet mein Appell: Ich hoffe, dass wir uns sehr bald und auch in dieser Zeit Gedanken darüber machen, wie wir das hinkriegen können, dieses wichtige Infrastrukturprojekt in diesem Bereich voranzubringen. Das wäre ein Riesenfortschritt für die Metropolregion.

Andreas, im Übrigen: Das war Tornesch. Das gehört zum Ring C, dem Gebiet mit drei Ringen, also zu dem Gebiet mit höherem Tarif, von dem der Kollege Habersaat eben erzählt hatte. - Danke.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe somit die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung, Drucksache 19/2191, zur Kenntnis zu nehmen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Er ist einstimmig zur Kenntnis genommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zum Ersten Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge (Erster Medienänderungsstaatsvertrag)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 19/2279

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 19/2384

Ich erteile das Wort der Berichterstatterin des Innen- und Rechtsausschusses, der Abgeordneten Barbara Ostmeier.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Frau Präsidentin, ich verweise auf die Vorlage.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Ich danke der Frau Berichterstatterin. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Ministerpräsident Daniel Günther.

Daniel Günther, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich sehr darüber, dass eine breite Mehrheit des Ausschusses Zustimmung zu dem Gesetzentwurf empfiehlt. Das ist ein klares Be-

kenntnis zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk, über das ich mich sehr, sehr freue, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Es gibt hier im Hause wenige Gegner. Aber die haben ohnehin ein Problem mit Pressefreiheit. Von daher ist es an dieser Stelle geradezu konsequent, sich hier so zu verhalten. Ich bin froh darüber, dass es hier im Parlament eine so breite Mehrheit gegen diese Umtriebe gibt, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Lars Harms [SSW])

Gerade in diesen Monaten merken wir, wie wichtig eine sachliche, zuverlässige, unabhängige Berichterstattung ist. Ich habe von dieser Stelle aus schon einmal die Arbeit der Medien gelobt und will auch diesmal ausdrücklich sagen: Die öffentlich-rechtlichen Medien haben in diesen Zeiten einen großartigen Job gemacht. Sie sind unverzichtbar für unsere Demokratie. Ich bin stolz auf die Arbeit, die von so vielen Menschen hier in den vergangenen Monaten geleistet wurde, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Das hat sich ausgezahlt. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk wurde verstärkt eingeschaltet. Allein die Fernsehinhalte wurden im ersten Halbjahr 2020 20 % länger angeschaut. Wer sich fragt, ob es in der Bevölkerung eigentlich Skepsis gegenüber öffentlich-rechtlichem Rundfunk gibt, sollte sich die Umfrageergebnisse angucken: 84 % aller Menschen über 14 Jahre in ganz Deutschland vertrauen auf dessen Qualität. Sie halten es für wichtig beziehungsweise sehr wichtig, dass es die öffentlich-rechtlichen Medien gibt. Das ist eine breite Zustimmung, über die ich mich genauso sehr freue, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Wenn wir öffentlich-rechtlichen Rundfunk wollen, müssen wir ihn auch auskömmlich finanzieren. Ich will an dieser Stelle keinen Hehl daraus machen, dass wir uns im Rahmen der Beratungen durchaus auch andere Modelle der Finanzierung hätten vorstellen können. Ein Modell sah vor, mehr programmatische Freiheiten zu geben, dafür aber eine verlässliche Finanzierung auch für die nächsten Jahre zu sichern. Dafür hatten wir breite Unterstützung von vielen Ländern. Am Ende haben wir uns mit diesem Vorschlag noch nicht durchgesetzt. Deshalb

(Ministerpräsident Daniel Günther)

sind wir noch bei dem alten Modell. Aber ich sage an dieser Stelle sehr klar: Ich freue mich auf jeden Fall darüber, dass es eine breite Mehrheit für den vorliegenden Gesetzentwurf geben wird. Im Moment stehen wir unter den Ländern kurz vor der Einstimmigkeit. Ich hoffe, dass alle Parlamente in Deutschland, auch der Landtag von Sachsen-Anhalt, ihre Zustimmung geben werden.

Ich will sehr deutlich sagen: Wir wollen die programmatische Vielfalt erhalten. Aber es geht am öffentlich-rechtlichen Rundfunk nicht spurlos vorbei, dass der Beitrag seit mittlerweile elf Jahren nicht mehr erhöht worden ist. Dabei reden wir von absoluten, nicht von relativen Zahlen. Keine Erhöhung in elf Jahren! Wenn man nach elf Jahren über eine Erhöhung um 86 ct redet, dann - das sage ich sehr deutlich - ist das sehr gut investiertes Geld. Ich finde, eine so moderate Beitragserhöhung ist auch zuzumuten.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Nur, damit Sie alle es wissen: Auch diese moderate Erhöhung hat Auswirkungen im Sinne von Einsparnotwendigkeiten. Das darf man an dieser Stelle nicht vergessen. Es ist nicht so, dass bei den Öffentlich-Rechtlichen viel mehr Geld ankommen und deren Arbeit quasi abgesichert wird. Die geplante Erhöhung bedeutet vielmehr, dass allein beim NDR in den nächsten vier Jahren 300 Millionen € eingespart werden müssen. Das ist schon eine Hausnummer. Wenn diese Erhöhung nicht käme, kämen noch einmal 200 Millionen € Einsparnotwendigkeit obendrauf.

Daran sieht man, dass die KEF nach ihrer Analyse festgestellt hat, dass die Öffentlich-Rechtlichen auch an ihren Strukturen arbeiten müssen. Ich finde, die öffentlich-rechtlichen Medien müssen es auf sich nehmen, einer solchen Kontrolle zu unterliegen. Es schauen Menschen drauf, die auf eine angemessene Finanzierung Wert legen. Es ist ein gutes Modell, das entwickelt worden ist. Daher ist es wirklich ein sehr, sehr guter Vorschlag, der auf dem Tisch liegt.

Die Beratungen im Ausschuss haben zu einer breiten Mehrheit geführt. Ich würde mich darüber freuen, wenn es diese jetzt auch im Plenum gäbe, damit es breite Rückendeckung für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk gibt.

Ich bedanke mich namens der Landesregierung herzlich für die vielen Beratungen, die wir auch mit dem Parlament hatten. Ich würde mich sehr darüber

freuen, wenn es gleich breite Zustimmung gäbe. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Tim Brockmann.

Tim Brockmann [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin mir ziemlich sicher: Wir werden in diesem Hohen Haus gleich fünf ähnliche Reden hören - und eine, die genau das Gegenteil behaupten wird. Aber das soll uns nicht davon abhalten, das, was der Ministerpräsident gesagt hat, zu teilen. Ich gehe davon aus, dass wir mit großer, mit überwältigender Mehrheit diesem Ersten Medienänderungsstaatsvertrag zustimmen werden.

Im vergangenen Monat hat der Schleswig-Holsteinische Landtag dem Medienstaatsvertrag zugestimmt. Jemand, der mit dem Mediengeschehen nicht ganz so eng vertraut ist, wird sich wundern, dass wir heute schon über den Ersten Medienänderungsstaatsvertrag reden. Aber so ist es in der Medienpolitik: Nach dem Staatsvertrag ist vor dem Staatsvertrag!

Mit dem Medienstaatsvertrag hatten wir die Grundlage für eine neue, moderne Medienordnung in Deutschland geschaffen. Mit dem nun vorliegenden Ersten Medienänderungsstaatsvertrag kümmern wir uns um die zukünftige Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks; denn der vorgelegte Staatsvertrag sieht vor, den Rundfunkbeitrag ab dem 1. Januar 2021 um 86 ct - von 17,50 € auf 18,36 € - zu erhöhen. Mit diesem Staatsvertrag wird die Empfehlung der KEF, der unabhängigen Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten, umgesetzt - nicht mehr und nicht weniger.

Meine Damen und Herren, 86 ct - 10,32 € pro Jahr - sind auch in Zeiten von Corona moderat und angemessen. Denn zur Wahrheit gehört, dass dies die erste Erhöhung seit dem Jahr 2009 ist; damals lag die monatliche Zahlung noch bei 17,98 €. Im Vergleich dazu sind es zwölf Jahre später 38 ct mehr.

Trotz der Beitragsanpassung werden den Rundfunkanstalten in den kommenden Jahren erhebliche Sparanstrengungen abverlangt. Denn diese hatten gegenüber der KEF einen Mehrbedarf von 3 Milliarden € für die kommenden vier Jahre angemeldet

(Tim Brockmann)

mit der Folge, dass der Beitrag um 1,70 € gestiegen wäre. Er steigt aber nur um 86 ct.

An dieser Stelle wird eines deutlich: Mit einer hemmungslosen Selbstbedienung der Rundfunkanstalten haben wir es hier bei Weitem nicht zu tun, sondern uns liegt der Vorschlag eines unabhängigen Expertengremiums vor, bei dem es ausschließlich um den Erhalt der Funktionsfähigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks geht - so, wie es sich aus der Rundfunkfreiheit in Artikel 5 Absatz 1 Satz 2 des Grundgesetzes ableitet.

Unser Grundgesetz gebietet größtmögliche Staatsferne des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Seine Finanzierung hat frei von politischer Einflussnahme zu erfolgen. Deshalb ist ein Abweichen von der KEF-Empfehlung nach der Rechtsprechung nur sehr bedingt und in Ausnahmefällen überhaupt möglich, zum Beispiel bei einer unangemessenen Erhöhung. Aber eine solche Ausnahme ist für mich nicht erkennbar.

Meine Damen und Herren, oft haben wir uns in dieser Legislaturperiode zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk bekannt. Er ist ein Wert an sich. Gerade in Coronazeiten hat er uns wieder ganz deutlich gezeigt, wie schmal der Grat zwischen Fake News und Verschwörungstheorien auf der einen Seite und einem unabhängigen, neutralen, gut informierenden öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der auch un bequem sein kann, auf der anderen Seite ist. Deshalb müssen wir dafür Sorge tragen, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk bedarfsgerecht finanziert ist.

(Vereinzelter Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Danke schön.

Lassen Sie mich abschließend einen Blick auf unseren NDR werfen. Auch hier zeigt sich an der aktuellen finanziellen Situation, dass es sich bei dem Vorschlag der KEF nicht um ein Wünsch-dir-was des Intendanten handelt. Vielmehr attestiert die KEF dem NDR, dass er - im Gegensatz zu anderen Anstalten - punktgenau gewirtschaftet und die ihm zugewiesenen Mittel zum Ende der Beitragsperiode weitgehend verbraucht hat. So soll es sein!

Gleichwohl führt die Berechnungssystematik der KEF dazu, dass der NDR in den kommenden Jahren 300 Millionen € einsparen muss; der Ministerpräsident sprach bereits davon. Hier darf und muss man allerdings die Frage stellen, ob die Berechnungssystematik richtig gewählt wurde; denn es lässt sich kaum erklären, dass einerseits der Beitrag steigt und andererseits ein umfassendes Sparpaket

aufgelegt werden muss, das zulasten der Mitarbeiter, des Programms, der Infrastruktur und der Innovationsfähigkeit geht.

Meine Damen und Herren, es steht für mich völlig außer Frage, dass guter und unabhängiger Journalismus Geld kostet. Wir sollten dies mit einem eindeutigen Votum für diesen Staatsvertrag anerkennen. Damit können wir auch ein starkes Zeichen in Richtung Sachsen-Anhalt senden, dass nämlich die Demokraten zusammenhalten, dass wir uns für neutrale Berichterstattung aussprechen und dass wir uns für Pressefreiheit stark machen.

Ich bitte um Zustimmung zum Staatsvertrag.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt SPD, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Stefan Weber das Wort.

Stefan Weber [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ja, Herr Brockmann, sicherlich werden wir ähnliche Reden hören. Dennoch muss das eine oder andere hier noch gesagt werden.

Mit dem jetzt vorliegenden Ersten Medienänderungsstaatsvertrag wurde der Weg freigemacht für die Abstimmung in den Landesparlamenten. Der Rundfunkbeitrag soll um 86 ct steigen; das haben wir schon gehört. Seit 2009 ist es damit die erste Erhöhung. Die neue Beitragsperiode wird von Januar 2021 bis Dezember 2024 dauern. Die Länder hatten einen deutlich höheren Finanzbetrag angemeldet und rechnen deshalb mit Kürzungen.

Für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk ist der Rundfunkbeitrag die Haupteinnahmequelle. Die KEF erstellt ihre Empfehlung auf der Grundlage des Finanzbedarfs von ARD, ZDF und Deutschlandradio, die diesen vorher anmelden.

Angesichts der herausfordernden Finanzlage - wir haben dies eben schon ansatzweise gehört - hat der NDR bereits reagiert. Er wird in den kommenden vier Jahren 300 Millionen € einsparen. Ausgaben für Personal, Produktion, Verwaltung und Programm werden gesenkt. Bis 2028 will der NDR 10 % seines Aufwands für Personal kürzen. Um das zu erreichen, müssten mindestens 200 Planstellen nicht nachbesetzt werden. Das sind tiefe Einschnitte.

(Stefan Weber)

Der Rundfunkrat unterstützt die geplanten Maßnahmen des NDR. Ich bin aber sicher, dass die Leistungsfähigkeit des NDR auch in Zukunft gesichert bleiben wird, und hoffe, dass dies auch bei der Qualität und der Vielfalt erhalten bleibt. Man kann den NDR nur loben, der seinen Auftrag für Bildung, Information, Kultur und Unterhaltung unter erschwerten finanziellen Bedingungen zu erfüllen versucht.

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

Nun kurz zu der Abstimmung in den Landesparlamenten. Nach langen Verhandlungen haben sich die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten auf eine Erhöhung des Rundfunkbeitrags geeinigt. Eigentlich sollte jetzt alles klappen, um damit die Zustimmung in den Landesparlamenten zu erreichen. Die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in der Bundesrepublik könnte gesichert sein. Aber nein, aus dem CDU-geführten Bundesland Sachsen-Anhalt droht Widerstand gegen die Anhebung. Was liest man nicht alles in den Printmedien für Argumente der Gegner gegen eine Anhebung: zu groß, zu teuer oder vielleicht zu links.

Mit dem bisherigen Querstellen zum Rundfunkstaatsvertrag steht die CDU in Magdeburg aber nicht alleine da. Auch die AfD lehnt ihn ab. Allerdings ist sie grundsätzlich gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und will diesen komplett abschaffen.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Stimmt nicht!)

Dass eine Koalition der Neinsager den Rundfunkstaatsvertrag kippen könnte, müsste jede Demokratin und jeden Demokraten mehr als beunruhigen.

(Beifall SPD)

Übrigens, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU: In Medienberichten erscheint Ihr früherer Fraktions- und Landeschef Christian von Boetticher auch zu den Neinsagern zu gehören. Als Vorsitzender des Wirtschaftsrates der Nord-CDU fordert er die Ablehnung des Änderungsstaatsvertrages. Angeblich sollen die 86 ct Anhebung nicht zielführend mit dem Blick auf den zunehmenden Wettbewerb im internationalen Informationsmarkt sein. In diesem Zusammenhang frage ich mich, seit wann eigentlich Informationsangebote öffentlich-rechtlicher Sender unter Marktaspekten betrachtet werden.

Nun aber zurück nach Sachsen-Anhalt. Herr Günther, Sie haben es eben schon ausgeführt. Ich bitte Sie, weiterhin Kontakt mit Ihrem Ministerpräsidentenkollegen Reiner Haseloff zu halten und dafür zu werben, dass er endlich gegen die unbegründeten

Widerstände gegen die Rundfunkbeitragsanhebung angeht.

Bedenken Sie bitte auch die Alternative. Sollten nicht alle Landtage einem solchen Beitragsanstieg zustimmen, könnte ein Rechtsstreit kommen. Ich halte es für sehr wahrscheinlich, dass die Anstalten vor dem Bundesverfassungsgericht klagen würden und dass diese Klage dann auch gute Erfolgsaussichten hat.

Gerade in Zeiten von Fake News und wachsendem Populismus braucht die Gesellschaft die redaktionellen Angebote der Sender dringender als je zuvor.

(Beifall SPD)

Um den Ersten Medienänderungsstaatsvertrag vielleicht sogar platzen zu lassen, ist eine Erhöhung von 86 ct der falsche Ansatz. Es liegt jetzt an uns in den Parlamenten, mit der Beitragsanhebung Verbesserungen in der Finanzausstattung von ARD, ZDF und Deutschlandradio auf den Weg zu bringen. Wir müssen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk angesichts zunehmender Angriffe auf die Pressefreiheit bei gleichzeitiger besorgniserregender abnehmender Medienvielfalt die angemessene Bedeutung zu messen - und das auch finanziell.

In Zeiten von Hetze und Falschmeldungen stehen gerade die öffentlich-rechtlichen Sender für journalistische Unabhängigkeit. In der Coronarise ist überdeutlich geworden, wie wichtig unabhängiger Qualitätsjournalismus ist; in dieser Krise suchen Menschen nach seriösen Informationsquellen. Und da leisten unsere öffentlich-rechtlichen Sender eine sehr gute Arbeit.

(Beifall SPD)

Unsere Fraktion wird dem Ersten Medienänderungsstaatsvertrag zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich das Wort dem Abgeordneten Lasse Petersdotter.

Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Das eine oder andere Mal wurde schon erwähnt: Der Rundfunkbeitrag wird in Zukunft vermutlich 18,36 € im Monat betragen, zumindest dann, wenn sich auch das Land Sachsen-Anhalt diesem Verfahren anschließen kann. Soweit ich das

(Lasse Petersdotter)

mitbekommen habe, hat Herr Haseloff dem bereits zugestimmt. Es wird aber zunehmend zu sehen sein, wie der Landtag von Sachsen-Anhalt entscheiden wird und wie der Landtag dort auch unter Druck gesetzt wird.

Denn dass wir diese Debatte so führen, wie wir sie führen, hat schlichtweg damit zu tun, dass die AfD in vielen Parlamenten immer stärker geworden ist und die Rundfunkbeiträge und den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu ihrem großen Kampagnenthema ernannt hat und damit leider immer wieder glaubt, damit auch einen Nerv zu treffen, auch wenn - der Ministerpräsident hat es dargestellt - die Unterstützung und das Vertrauen in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk wahrscheinlich so hoch wie selten zuvor ist.

86 ct mehr als bisher soll es also kosten. Da war die Debatte natürlich vorprogrammiert, weil in der Vergangenheit immer wieder gesagt wird, es solle keinen Cent mehr geben. Aber woher kommen denn eigentlich diese 86 ct?

Die KEF hat diese Finanzlücke ausgemacht. Sie hat gesagt, in den nächsten Jahren werden 1,5 Milliarden € fehlen, 1,5 Milliarden € von einer Institution festgehalten, die keine Politik macht. Es ist ja nicht so, dass nach einer politischen Façon gesagt wurde, dass man einen höheren Betrag bräuchte. Übrigens belief sich das Gegenmodell von ARD und ZDF auf 3 Milliarden €. Die KEF hat diesen Betrag also noch einmal deutlich reduziert gegenüber dem Bedarf, der von ARD und ZDF festgestellt wurde, die 3 Milliarden € genannt hatten. Das würde einen Rundfunkbeitrag von monatlich 19,24 € ausmachen.

In diesem Spektrum findet das nun alles statt. 86 ct sind es nun also deswegen, weil man gesagt hat, 1,5 Milliarden € fehlen, wie dies von der KEF festgehalten worden ist. Diese Zahlen in Relation mit den Haushalten gesetzt, kommt man auf 86 ct pro Haushalt pro Monat.

Dabei darf man aber auch feststellen, dass die Anzahl der Haushalte in der Zukunft steigen wird. Nun kann man noch darüber diskutieren, wie stark dieser Anteil steigen wird. Da immer mehr Singles in gemeinsamen Haushalten leben, hat sich in der Welt ja doch einiges verändert.

Dies also ist die Lage. Wenn aber ARD und ZDF sagen, sie benötigten eigentlich 3 Milliarden € während die KEF sagt, es bedarf lediglich einer Summe von 1,5 Milliarden €, dann zeigt das bereits, dass dies auch einen Sparkurs für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk bedeuten wird. Dies

wird gerade den NRD besonders stark treffen. Das wird uns wohl noch viel beschäftigen, gerade auch mit Blick auf das, was der NRD gerade leistet. Denn diese Leistung geht weit über den Corona-Podcast mit Drostens hinaus. Allein das ist ein sehr wichtiges Informationsgut während der letzten Monate, das gar nicht hoch genug angerechnet werden kann.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wenn es also Ernst wird und darauf ankommt, dann vertraut man dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk und geht dabei über die anderen wichtigen und guten Angebote wie den Tatort und vieles andere mehr darüber hinaus. Es gibt mittlerweile viele Angebote für alle möglichen Bevölkerungsgruppen und alle möglichen Altersgruppen. Es ist ja längst nicht mehr so, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk nur noch von älteren Leuten gesehen wird; vielmehr sind auch die Angebote über Funk immer attraktiver geworden.

Ich halte eine Erhöhung von 86 ct pro Monat pro Haushalt für definitiv moderat, gerade mit Blick darauf, wie sich der jetzige Beitrag zusammengesetzt hat und darauf, dass der jetzige Beitrag die Höhe hat, weil man auch auf Rücklagen in der Vergangenheit zurückgreifen konnte, auf die man eventuell in der Zukunft eben nicht mehr zurückgreifen kann. Es ist eine moderate Erhöhung um 86 ct pro Monat. Das ist uns der öffentlich-rechtliche Rundfunk wert. Deswegen stimmen wir dem zu. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Jan Marcus Rossa das Wort.

Jan Marcus Rossa [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Um das Ergebnis vorwegzunehmen: Auch die FDP-Fraktion wird der Beitragserhöhung zustimmen

(Beifall Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- und das aus guten Gründen.

Aber, es ist auch bekannt, dass wir Freien Demokraten seit Langem dafür eintreten, dass Rundfunkbeiträge in Deutschland auf Sicht sinken, und das

(Jan Marcus Rossa)

ist unseres Erachtens auch aus verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten geboten.

(Beifall FDP)

Wir müssen uns klarmachen, dass hohe Rundfunkbeiträge zwangsläufig dazu führen, dass dem Bürger weniger Geld für andere Medien bleibt. Hohe Beiträge beschränken damit tatsächlich die Medienvielfalt - im schlechtesten Fall für den Einzelnen, und das auf Kosten solcher Medien, die sich nicht durch Zwangsbeiträge finanzieren können. Deshalb brauchen wir so dringend die von uns seit Langem geforderte Reform von Rundfunkauftrag und Rundfunkstruktur. Ohne diese Reform wird es in Deutschland keine niedrigeren Beiträge geben.

Die aktuelle Diskussion, die in Deutschland geführt wird, ist dabei wenig hilfreich. Nicht einer derjenigen, die heute fordern, der Beitragserhöhung die Zustimmung zu versagen, vermögen überzeugend darzulegen, dass die Ermittlung des Finanzbedarfs des öffentlich-rechtlichen Rundfunks durch die KEF in irgendeiner Weise fehlerhaft gewesen ist.

Ministerpräsident Haseloff versuchte mit seiner Blockadehaltung im Frühjahr dieses Jahres scheinbar eine Gemeinschaftseinrichtung der ARD in das eigene Bundesland zu bekommen, wobei offen bleibt und sogar angezweifelt werden muss, ob der Landtag und insbesondere seine eigene Fraktion der Beitragserhöhung dann auch zustimmen würde. Im Augenblick jedenfalls scheinen Teile der CDU in Sachsen-Anhalt generell der Beitragserhöhung nicht zustimmen zu wollen, und sie machen dann auch noch gemeinsame Sache mit der Linken. Andere argumentieren, dass die Folgen der Coronakrise der Beitragserhöhung entgegenstehen würden. Es wäre dem Bürger gegenwärtig nicht zumutbar, jetzt auch noch höhere Rundfunkbeiträge hinzunehmen, wobei diese natürlich erst im Jahr 2021 kommen würden.

Das sind alles Argumente, die mit dem verfassungsrechtlichen Anspruch unserer Rundfunkanstalten überhaupt nichts zu tun haben.

(Beifall FDP)

Die Rundfunkanstalten, meine Damen und Herren, haben einen verfassungsrechtlichen Anspruch auf eine auskömmliche Finanzierung, und das haben wir zu beachten, wenn wir über die Rundfunkbeitragserhöhung hier und heute beschließen werden.

Wenn wir also die Rundfunkbeiträge in irgendeiner Weise absenken oder auch nur einfrieren wollen, müssen wir an den Rundfunkauftrag und die Struktur. Wir Bundesländer haben die Möglichkeit, über

den Rundfunkstaatsvertrag diesen zu gestalten und im Einzelnen festzulegen, wie der öffentlich-rechtliche Rundfunkauftrag künftig ausgestaltet werden soll. Das sollte auch von den Politikern verstanden werden, die jetzt lautstark das Einfrieren oder das Absenken der Beiträge aus sachfremden Erwägungen fordern.

(Beifall FDP)

Meine Damen und Herren, ich fordere all diejenigen, die sich gegen die Beitragserhöhung stellen, aber auch alle übrigen Medienpolitiker auf, die für eine Beitragssenkung notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, die auch einer verfassungsrechtlichen Überprüfung standhalten.

Wenn wir es ernst damit meinen, dann sollten wir gemeinsam den Rundfunkauftrag und die Strukturen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks reformieren und das Angebot auf eine neu zu bestimmende Grundversorgung beschränken.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Jan Marcus Rossa [FDP]:

Ja.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Herr Kollege Rossa, was Sie ausführen, ist so ein bisschen das Gegenteil zu dem, was der Ministerpräsident ausgeführt hat, was die eigentliche Notwendigkeit für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk angeht. Sie werden sich doch sicherlich daran erinnern, dass wir im Mai gemeinsam einen Antrag beschlossen haben, der zwei Anteile hatte, und zwar sowohl den öffentlich-rechtlichen Rundfunk so zu versorgen, dass es kostendeckend ist, aber auch die privaten Medien zu unterstützen. Es geht doch beides, ohne dass man das eine gegen das andere schieben muss.

- Das Zweite habe ich akustisch nicht verstanden.

- Dass wir also sowohl den öffentlich-rechtlichen Rundfunk auskömmlich finanzieren und vielleicht sogar in die Richtung reformieren, die der Ministerpräsident angesprochen hat, und gleichzeitig dafür etwas tun können, die privaten Medien stärker zu unterstützen. Das haben wir gemeinschaftlich in dem Antrag im Mai beschlossen. Insofern muss man das

(Jan Marcus Rossa)

meines Erachtens nicht gegeneinander schieben.

- Das Hauptproblem, und das dürfen wir nicht aus dem Blick verlieren, ist, dass wir unterstellen müssen, dass ein durchschnittlicher Haushalt eine bestimmte Menge Geld für den Medienkonsum hat. Wenn ich von diesem Medienbudget immer größere Teile für einen Teil der Medienlandschaft abzwinge, bleibt für andere Medienschaffende immer weniger übrig. Das ist ein Problem, und darüber muss ich mir Gedanken machen.

Ich bin der Auffassung, dass dies auch ein politischer Auftrag sein kann, hier die medienpolitische Vielfalt, die größer geworden ist, gerade was die bezahlten Medienangebote angeht - neben Printmedien, neben Kino, neben Privatfernsehen sind es heute Streamingdienste und ganz unterschiedliche Medienformen -, für den Einzelnen aufzuteilen. Wir müssen uns meines Erachtens überlegen, wie dieses Budget so für den Einzelnen aufgeteilt wird, dass eine möglichst große Medienvielfalt erhalten bleibt. Darum geht es.

(Beifall FDP)

Da ist es notwendig, sich über den öffentlich-rechtlichen Rundfunkauftrag, der verfassungsrechtlich zu gewährleisten ist - das würde ich auch überhaupt nie antasten wollen -, Gedanken zu machen. Aber wir haben konkrete Vorschläge unterbreitet, die ich auch noch ausführen könnte. Wir können das auch gern separat in einer Landtagsdebatte diskutieren.

(Dr. Ralf Stegner [SPD] geht zu seinem Platz)

- Ich würde das gern noch ausführen. Wir sind durchaus der Auffassung, dass man sich darüber Gedanken machen kann, ob es notwendig ist, dass wir zwei nationale Sender im Bereich des öffentlich-rechtlichen Rundfunks haben. Wenn wir den Rundfunkauftrag klar präzisieren, reicht meines Erachtens in der heutigen Medienlandschaft auch im Bereich Rundfunk - also Fernsehen und Hörfunk - ein nationaler Sender aus. Das haben wir beim Rundfunk mit dem Deutschlandfunk ja auch. Im Übrigen kann es Regionalsender geben, wie wir sie heute schon haben.

Wir können uns ebenfalls darüber Gedanken machen - um das öffentlich-rechtliche Rundfunkangebot attraktiv zu gestalten -, was wir eigentlich brauchen. Müssen wir eigentlich so viele Sendeformate für sehr, sehr viel Geld fremdvergeben, oder ist es nicht möglich, das mit eigenem Personal deutlich preiswerter zu gestalten?

(Wortmeldung Dr. Ralf Stegner [SPD])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter - -

Jan Marcus Rossa [FDP]:

All diese Überlegungen, meine Damen und Herren, können wir einfach mal gemeinsam diskutieren. Dabei werden wir feststellen, dass sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk in einer Art und Weise ausgebreitet hat, die vielleicht nicht nötig ist, um den öffentlich-rechtlichen Rundfunkauftrag, wie er in der Verfassung steht, zu erfüllen.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Anmerkung oder Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Jan Marcus Rossa [FDP]:

Ja.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Ich will das kurz machen. Das Angebot, darüber einmal ausführlicher zu diskutieren, sollten wir in der Tat nutzen. Zum einen finde ich, das Budget, das dafür zur Verfügung steht, für einen Liberalen ungewöhnlich planerisch ausgelegt. Ich könnte mir durchaus vorstellen, dass man Teile für Qualitätsmedienkonsum, in Form von anderen Ausgaben ersetzen könnte. Soweit würde meine Phantasie reichen. Das ist das eine.

Das Zweite ist, Sie haben zwar zu Recht festgestellt, dass die Angebote zugenommen haben, aber ich denke schon, dass der Qualitätsjournalismus durch viele Dinge bedroht ist und wir insofern gut daran tun, ihn zu verteidigen. Das war ein großer Teil des von uns gemeinsam beschlossenen Antrags. Insofern hätte ich ein bisschen mehr Sympathie für die Ideen des Ministerpräsidenten, die er vorhin angedeutet, aber noch nicht ausgeführt hat, von Ihnen erwartet, was die Modelle angeht. Denn es waren namentlich auch Sozialdemokraten, die dem, was Sie, Herr Ministerpräsident, vorgetragen haben, zugestimmt haben. Wir sollten die Debatte führen, aber Ihre Einengung irritiert mich ein bisschen für einen Liberalen.

(Jan Marcus Rossa)

- Nein, überhaupt nicht. Das ist überhaupt keine Einengung; denn Qualitätsjournalismus - dafür lege ich meine Hand ins Feuer - ist mir außerordentlich wichtig, und dafür müssen wir das Geld auch bereitstellen. Aber ob wir für andere Formate übermäßig viel Geld bereitstellen müssen, ob wir zum Beispiel für Fußballübertragungsrechte in der bekannten Form Millionenbeträge aufwenden

(Zuruf SPD: Ist doch sinnvoll!)

und durch öffentlich-rechtliche Rundfunkbeiträge finanzieren müssen, das ist doch eine Frage, die wir diskutieren können. Das hat aber mit gutem Journalismus erst einmal nichts zu tun. Natürlich sehe ich da die Hauptaufgabe, nämlich guten, fundierten, redlichen Journalismus zu unterstützen und zu finanzieren. Das ist die Aufgabe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, die unsere Rundfunkanstalten durchaus gut erfüllen. Das will ich überhaupt nicht in Abrede stellen. Im Gegenteil, ich halte unsere Rundfunkanstalten für außerordentlich wichtig. Sie machen überwiegend auch einen guten Job.

Nichtsdestotrotz muss man auch die andere Seite der Medaille betrachten, und da verweise ich auf eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahre 2007. Das sind jetzt wieder längere Ausführungen, aber es ist offenbar notwendig: Das Bundesverfassungsgericht hat sehr deutlich gemacht, dass man bei der Bemessung der Rundfunkgebühren immer auch die Angemessenheit der Gebührenhöhe für die Beitragszahler im Blick behalten muss. Dass eine gewisse sozialliberale Tendenz bei mir zu finden ist, das haben Sie vielleicht schon gemerkt.

(Christopher Vogt [FDP]: Was? - Weitere Zurufe)

Vor dem Hintergrund bin ich ganz ehrlich der Meinung, dass es, wenn wir uns über das Medienbudget Gedanken machen, bei Ihnen eigentlich auf offene Ohren stoßen müsste.

(Beifall FDP)

Meine Damen und Herren, ich fordere daher auch die Kollegen von der SPD ausdrücklich auf, mit uns gemeinsam die Voraussetzungen zu schaffen, um das Profil des öffentlich-rechtlichen Rundfunkauftrags zu schärfen und die Strukturen zu verändern. Ich glaube, es wäre gut, die Medienvielfalt auch dadurch zu unterstützen, dass wir bei der Beitragsentwicklung in die andere Richtung gehen. Nur mit solchen Reformen wird es nämlich möglich sein, den Finanzbedarf der Rundfunkanstalten niedriger

werden zu lassen und damit die Beiträge in Zukunft wieder sinken zu lassen.

Unser Rundfunkpapier zur Auftrags- und Strukturreform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks liegt seit Monaten auf dem Tisch. Es wird Zeit, dass wir diese Ideen weiterentwickeln und endlich umsetzen. Ohne eine solche Reform, meine Damen und Herren, wird uns am Ende das Bundesverfassungsgericht erneut erklären, wie hoch ein Beitrag zu sein hat, wenn wir die Beitragserhöhung heute ablehnen. Es ist kein Zeichen besonnener und verantwortungsvoller Politik, wenn den Ländern wie 2007 wieder einmal bescheinigt würde, dass ihre Entscheidung über die Beitragshöhe einer verfassungsrechtlichen Überprüfung nicht standhalten wird. Deshalb werbe ich heute tatsächlich aus voller Überzeugung dafür, der Beitragserhöhung zuzustimmen. Ich liege an der Stelle mit dem Ministerpräsidenten auch gar nicht so weit auseinander. Als Gesetzgebungsorgan sind wir an die verfassungsmäßige Ordnung gebunden.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Ende.

Jan Marcus Rossa [FDP]:

Dazu gehört eben auch, dass wir den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten für die Erfüllung ihres aktuellen Rundfunkauftrags die nötigen Finanzmittel zur Verfügung stellen, und das gewährleisten wir mit dem Rundfunkänderungsstaatsvertrag. - Vielen Dank.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Volker Schnurrbusch.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Jetzt kommt der angekündigte Kontrapunkt in dem schönen harmonischen Konzert mit vielen Stimmen, aber kaum differenzierten Meinungen - bis auf die letzte. Über den Beitrag habe ich mich sehr gefreut. Ich komme auch noch einmal darauf zurück, fange aber erst einmal mit meiner vorgefertigten Rede an.

Das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem ist aus unserer Sicht ein System, das aus der Zeit gefallen ist. Es ist über 70 Jahre lang zu einem riesigen Apparat gewachsen mit neun Landesrundfunkanstal-

(Volker Schnurrbusch)

ten, zwei Dutzend Fernsehsendern und über 60 Radioprogrammen. Dem steht ein komplett verändertes Nutzungsverhalten gegenüber, bei dem ARD und ZDF nur noch eine Nebenrolle spielen. Das geben die Zahlen auch her. Die Zeit von Corona muss man davon ausnehmen; das ist ganz klar. Wir haben aber auch schon im Mai oder Juni 2020 gesagt, dass die Anstalten da einen sehr guten Job gemacht haben, genau wie übrigens auch die Zeitungskollegen.

Gemessen am Budget ist die ARD heute der größte nichtkommerzielle Programmanbieter der Welt. Man könnte die ARD angesichts der milliarden-schweren Rücklagen für die Luxuspensionen der festen Mitarbeiter aber auch als Rentenkasse mit angeschlossenem Sendebetrieb bezeichnen.

Dass es ein nichtkommerzielles Fernseh- und Hörfunkangebot geben sollte, das die Bürger mit Informationen, Kultur und Bildung versorgt, hält - entgegen anderslautender Falschmeldungen - auch die AfD für wichtig. Wir wollen hier keine amerikanischen Verhältnisse, wo nur Kommerz und Propaganda durch den Äther rauschen. Natürlich, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, stellen wir ganz bestimmt nicht die Pressefreiheit infrage. Wir sind diejenigen, die froh darüber sind, dass wir inzwischen alternative Medien in Deutschland haben. Wir setzen genau auf diesen Punkt der Meinungs- und Pressefreiheit. Wer etwas anderes behauptet, der verbreitet Fake News.

Abgesehen davon hängt die Finanzierung nur von wirtschaftlichen Erfordernissen ab, die von der KEF geprüft werden, und nicht von Programminhalten. Sie, Herr Ministerpräsident, haben in Ihrer Rede Dinge vermischt, die ausdrücklich getrennt zu betrachten sind. Die Formel, seriöser Journalismus gleich teuer, stimmt nicht mehr, schon lange nicht mehr. Dafür gibt es genügend Gegenbeispiele.

Zwangsbeiträge, wie sie derzeit eingetrieben werden, sind angesichts der sinkenden Zuschauerzahlen - abgesehen von der Coronazeit - schlicht unsozial. ARD und ZDF entwickeln sich immer mehr zu Spartenkanälen für Senioren. Die über 70-Jährigen verbringen zwischen fünf und sechs Stunden täglich vor dem Fernseher und schalten überwiegend ARD und ZDF ein. Man erkennt das gut an der Werbung im Vorabendprogramm. Die 14- bis 29-Jährigen verbringen gerade einmal 1 Stunde 20 Minuten am Tag vor dem Fernseher, und 60 % bevorzugen heute schon Videoangebote aus dem Netz. Aber auch von den 30- bis 49-jährigen Zuschauern nutzen nur noch 55 % täglich lineares Fernsehen, Tendenz abnehmend. Die Marktanteile von „Erstem“ und „Zweitem“ liegen zusammengenommen nur noch

bei 24 % und erreichen ganze Alterskohorten nicht mehr. Trotzdem gibt es immer noch drei Informations-, zwei Kultursender und zwei Angebote für junge Zuschauer. Immer noch kopieren ARD und ZDF Unterhaltungsformate, die genauso gut oder besser von den Privaten produziert werden können. Immer noch geben ARD und ZDF Millionen an Beitragsgeldern für Sportübertragungen aus.

Vor diesem Hintergrund ist es geradezu aberwitzig, dass der Gesetzgeber beharrlich an den Zwangsbeiträgen festhält und dazu sogar noch Werbung erlaubt. Die Finanzierung muss genauso auf den Prüfstand wie das ganze System. Die bisherigen Einsparvorschläge der ARD sind marginal. Und: Was ist das für ein Einspardruck, wenn man auf der einen Seite 300 Millionen einsparen muss, auf der anderen Seite aber wieder eine Beitragserhöhung kassiert?

(Unruhe - Glocke Präsidentin)

Das bringt die Intendanten nicht ins Schwitzen; das kann ich Ihnen sagen.

Die Bürger sollen also mehr für etwas bezahlen, was sie immer weniger nutzen. Wenn das nicht unsozial und weltfremd ist, dann weiß ich es nicht. Zum Glück regt sich wenigstens in Sachsen-Anhalt Widerstand. Dort wird eine starke AfD-Fraktion zusammen mit der CDU die Beitragserhöhung voraussichtlich ablehnen.

Das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem ist ein Dinosaurier, der durchs Land schwankt, während rechts und links von ihm schon die Meteoriten einschlagen. Unsere Nachbarn in Dänemark zeigen, wie man ohne Zwangsgebühren einen schlanken, nichtkommerziellen, qualitativ hochwertigen Rundfunk organisieren kann, mit weniger Sport, weniger Unterhaltung, weniger Lifestyle. Da fallen drei von sechs öffentlich-rechtlichen Sendern einfach mal weg, und trotzdem haben die Dänen immer noch ein gutes Programm. In Norwegen und Großbritannien sind die großen Staatssender auf demselben Weg.

(Unruhe)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Kleinen Moment bitte, Herr Abgeordneter. - Ich darf um ein bisschen mehr Ruhe bitten. Wir haben noch einen Tagesordnungspunkt vor uns. Also bitte noch ein kleines bisschen Konzentration. - Danke.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Nur unsere Landesfürsten hegen und pflegen ihre liebgewonnenen Schaubühnen, die sie für ihre Auftritte gerne nutzen. ARD und ZDF sind aus der Zeit gefallene Scheinriesen, die nicht mehr künstlich beatmet werden dürfen, sondern dringend eine Frischzellenkur brauchen. Eine völlig ungerechtfertigte Anhebung der Zwangsbeiträge lehnen wir aus voller Überzeugung ab.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Abgeordneten des SSW hat in bester Stimmung der Vorsitzende Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Meine ursprünglich gedachte Rede können Sie nachher im Internet nachlesen. Ich möchte jetzt ein paar grundsätzliche Dinge sagen, weil auch einige Vorredner grundsätzliche Fragen aufgeworfen haben.

Eines möchte ich vorwegschicken: Ich finde, wir als Demokraten sollten nicht den rechtsradikalen Kampfbegriff „Zwangsbeiträge“ benutzen.

(Beifall SSW und SPD)

Das können wir gern der AfD überlassen, weil der Begriff wirklich überhaupt nicht passt.

Und um auch das klar zu sagen: Hätten wir keine Beiträge, dann würden wir Steuern dafür erheben. Das hätte den gleichen Effekt und machte überhaupt keinen Unterschied. Das Geld wäre bei den Bürgerinnen und Bürgern auch weg. Das beste Beispiel: Das gerade hochgelobte System in Dänemark ist steuerfinanziert und ist vor allen Dingen extrem dezentral. Es ist kein Staatsfunk, sondern es gibt sehr viele kleine Sendeanstalten, im gesamten Königreich verteilt, die, wenn sie Themen bearbeiten, durchaus unterschiedliche Auffassungen vertreten. Dort ist also alles so, wie wir uns das vorstellen, nur die Art der Finanzierung ist eine andere. Das gebe ich zu.

Meine Damen und Herren, wir merken hier bei uns, dass die Dezentralität unseres Systems ganz wichtig ist. Der Kollege Rossa hätte es lieber, es gäbe eine zentrale Sendestation und nicht so viel Regionalität. Ich glaube, es ist gerade die Stärke unseres Systems, dass es dezentral ist. Ich kann mich noch an Zeiten erinnern, in denen es massive Unterschiede

zwischen dem NDR und dem Bayerischen Rundfunk gab. Die Bayern haben sich übrigens gebessert, aber man merkt, dass unterschiedliche Auffassungen vertreten werden. Es ist der Kern unseres öffentlich-rechtlichen Rundfunks, dass genau das ermöglicht wird, und das ist etwas, was wir auch zu verteidigen haben, meine Damen und Herren.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Rossa?

Lars Harms [SSW]:

Ich habe sie dringend erhofft. Selbstverständlich!

Jan Marcus Rossa [FDP]: Es ist eher eine Bemerkung und Klarstellung. Ich habe nur im Hinblick auf die beiden nationalen Fernsehsender dafür plädiert, es auf einen Sender zu beschränken, so wie wir das im Rundfunk haben. Das heißt aber im Umkehrschluss, dass wir selbstverständlich regionales Fernsehen in der bisherigen Vielfalt erhalten wollen.

Damit das nicht in den falschen Hals kommt: Wir wollen kein zentralisiertes, staatliches Fernsehen, aber wir wollen Doppelstrukturen vermeiden. Darum geht es.

- Gut. Wenn das Ihre Auffassung ist, dann ist es zumindest besser, als ich gedacht habe. Insoweit sind wir uns sehr einig und können zumindest deutlich machen, dass die Regionalität eine Stärke unseres Systems ist und dass - so würde ich es sagen - auch die Vielfalt, auch die Vielfalt der Arten der Sender, eine Stärke unseres Systems ist.

Oft wird kritisiert, dass es verschiedene Info-Medien gibt. Auch das ist sinnvoll. Natürlich werden beim NDR Dinge produziert, die dann auch beim Bayerischen Rundfunk verwendet werden und umgekehrt. Es ist wichtig, dass wir regional unterschiedliche Einheiten haben, die auch Recherche, Journalismus betreiben, im Übrigen oft auch gemeinsam mit Privaten. Diese Vielfalt gibt uns die Sicherheit, dass wir genau den Staatsfunk nicht bekommen, den wir Demokraten im Gegensatz zur AfD alle nicht wollen.

Meine Damen und Herren, auch die Angemessenheit der Beiträge ist ganz wichtig. Bei einem Staatsfunk, der über Steuern finanziert wird, besteht keine Kontrolle. Ich kann nicht erkennen, mit welchen politischen Mehrheiten beschlossen wird, wie viel Kohle dort hineinfließt. Bei uns ist hingegen die

(Lars Harms)

KEF vorgeschaltet, die genau untersucht und uns in einem öffentlichen Verfahren sagt, wie viel Gebühren man nehmen sollte. Das liegt regelmäßig unter dem, was einige unserer Rundfunkanstalten eigentlich haben wollen.

Ich finde, diese Transparenz, diese Öffentlichkeit des Systems, tut uns sehr gut. Darin besteht ebenfalls ein riesiger Unterschied zu anderen Ländern, und diesen Unterschied sollten wir aufgrund der Erfahrungen, die wir in der Geschichte gemacht haben, auch erhalten.

Es wird immer das Hohelied der privaten Sender beziehungsweise der privaten Medien gesungen. Sie haben alle ihre Berechtigung und sind alle gut. Aber wenn wir uns einmal anschauen, wer in der Coronazeit barrierefreie Informationen für Menschen mit Behinderung gesendet hat, so war das Phoenix. Phoenix war, wenn man so will, der Kultsender derjenigen, die nicht hören und nicht sehen konnten. Sie haben durch diesen Sender genau die Information bekommen, die für sie nötig war. Sie kamen schnell, gut und einfach. Ich finde, es ist ein Wert an sich, dass wir solche Sendeformate haben, die bestimmte Gruppen berücksichtigen.

Ähnliches gilt für den Kinderkanal. Ich bin sechsfacher Vater und in den letzten Jahrzehnten mit dem Kinderkanal älter geworden. Inzwischen stehen die Enkelkinder an. Ich kann Ihnen sagen: Das Angebot, das dort gemacht wird, ist im Vergleich zu Angeboten privater Art um ein Vielfaches pädagogisch wertvoller, und auch das finanzieren wir mit unseren Gebühren.

Wir haben also einen hervorragenden Journalismus, wir haben kulturelle und regionale Vielfalt, wir haben Angebote für behinderte Menschen, es werden pädagogisch wertvolle Dinge angeboten, und das alles zu einem wirklich günstigen Preis.

Und wenn wir ganz ehrlich sind, meine Damen und Herren, so bekommen wir auch die privaten Sender nicht umsonst. Sie sind werbefinanziert, und die Werbung muss verdient werden. Wenn bei einem Fußball-Länderspiel für etwas geworben wird, dann müssen wir alle dafür in die Tasche greifen. Auch der kleine Mann, von dem Herr Kollege Rossa gerade gesprochen hat, greift über die Kosten für das Produkt in seine Tasche, damit sich ein Sender finanzieren kann.

Wir haben, so denke ich, ein sehr gutes und preiswertes Angebot. Deswegen können wir als SSW gut dafür stimmen.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort hat die fraktionslose Abgeordnete Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein.

Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich beginne mit Erlaubnis der Präsidentin mit einem Zitat:

„Ich nehme wahr, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk immer weniger seinem Auftrag nachkommt, Grundversorgung bei Meinungsppluralismus zu gewährleisten. Man kann den Eindruck gewinnen, dass er ein gebührenfinanzierter grünlinker Tendenzbetrieb geworden ist, in dem es hochideologisierte Journalisten gibt, die ohne Rücksicht auf die Interessen und politischen Überzeugungen der Gebührenzahler linken Haltungsjournalismus verbreiten.“

Diese für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk vernichtende Aussage traf nicht irgendwer, meine Damen und Herren, sondern der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsschutzes, Hans-Georg Maaßen, in einem Interview.

(Lachen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Dennys Bornhöft [FDP]: Etwas Besseres haben Sie wohl nicht gefunden! - Zuruf: Er ist doch CDU-Mitglied, oder?)

Wir haben zu viele Sender, sie sind zu teuer, zu aufgebläht und vor allem zu parteiisch. Oder, werte Kollegen, wie würden Sie es nennen, wenn, wie zuletzt im Zuge der Panorama-Berichterstattung, vorgebliche Fachleute herangezogen werden, die sich über vermeintlich rechtsradikale Positionen und Personen auslassen, aber selbst im linksextremistischen Milieu ein- und ausgehen?

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sie sind rechtsradikal!)

Dies ist beileibe kein Einzelfall. Meinungsvielfalt und politische Unabhängigkeit sucht man vergebens.

(Zuruf: Bei Ihnen!)

Vor diesem Hintergrund ist eine weitere Gebührenerhöhung blanker Hohn. So werde ich auch zukünftig gegen jede Art öffentlich-rechtlicher Manipulation des Bürgers im Stile einer Aktuellen Kamera

(Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein)

sein, weil sie die Intelligenz beleidigt und deshalb gegen die Menschenwürde verstößt. - Vielen Dank.

(Zurufe)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Volker Schnurrbusch.

(Dennys Bornhöft [FDP]: Das wird gerade ein AfD-Listenparteitag! - Unruhe)

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Jetzt zurück zum Thema. Wir reden über Finanzen. Es ist viel Richtiges gesagt worden; ich möchte nur ein paar Dinge klarstellen, die vielleicht nicht richtig gesagt worden sind. Ich fange mit Herrn Brockmann an.

Sehr geehrter Herr Brockmann, Sie haben Ihrer Sorge Ausdruck verliehen, dass durch die Einsparmaßnahmen, die der NDR unter anderem vornimmt, Personal auf die Straße gesetzt wird. Das ist meiner Kenntnis nach nicht der Fall. Alle ARD-Anstalten und das ZDF haben angekündigt, mehrere hundert Angestellte freizusetzen, aber das ist auf sozialverträglichem Weg geschehen.

(Tim Brockmann [CDU]: Das ist auch ein Abbau!)

- Ja, es ist zwar ein Abbau, aber der erfolgt sozialverträglich. Es gibt keine Härtefälle, es werden nur Stellen nicht mehr nachbesetzt. Das ist ja auch richtig so, wenn man einmal überlegt, dass der Auftrag, wie Herr Rossa eben richtig ausgeführt hat, in Zukunft wahrscheinlich etwas schmaler gefasst werden muss. Insofern ist das kein Argument.

Jetzt zu Herrn Weber. Sie haben gesagt, Ihnen sei neu, dass die öffentlich-rechtlichen Anstalten marktwirtschaftlich agieren müssten, wenn ich Sie richtig verstanden habe. Auch da gilt ja das Gebot der Wirtschaftlichkeit. Genau das untersucht doch die KEF. Die KEF muss untersuchen, ob die Beiträge vernünftig und wirtschaftlich verwendet werden. Insofern müssen die da genauso auf den Euro gucken wie die anderen.

Zu Herrn Harms. Sehr geehrter Herr Harms, Sie haben auf Dänemark abgehoben. So viel ich informiert bin - Sie mögen mich korrigieren, wenn ich falsch liege -, gibt es in Dänemark den Sender TV 2, der auf ein Pay-System umgestellt hat. Das ist ein absolutes Qualitätsprogramm und läuft sehr gut, wie ich höre. Das heißt, die Leute sind bereit, für einen kleinen Extraobolus ein Qualitätspro-

gramm zu abonnieren. Das ist ein System, über das wir nachdenken können.

(Unruhe)

Wir müssen offen sein, was die Finanzierung betrifft. Ich sage nicht, dass Steuern der Weisheit letzter Schluss sind, absolut richtig. Es gibt auch Mischsysteme wie in Dänemark.

Zu Herrn Rossa. Vielen Dank für Ihren Beitrag, der den Rahmen richtig gesetzt hat. Genau in dem Rahmen bewegen wir uns, und den stellen wir nicht infrage. Es gibt genug höchstrichterliche Urteile darüber, dass die Finanzierung so sein muss, wie sie ist. Der Beitrag steht und bleibt auch, den können wir nicht wegdiskutieren. Aber Sie haben den richtigen Begriff genannt: Er muss auskömmlich sein, auskömmlich für die Aufgaben, die das öffentlich-rechtliche System wahrnimmt.

Es geht darum, dass man sagt: Die Finanzierung bleibt so, wie sie ist, es gibt Beiträge. Aber wie sieht der Auftrag aus, und wie sieht die Struktur aus? Das ist doch die entscheidende Frage, die wir uns alle stellen müssen. Da höre ich aus dem Kreise der Ministerpräsidenten durchaus Bewegung, dass man sagt: Konzentration auf Information, Kultur und Bildung. Das bedeutet, dass man mit weniger Geld als den bisherigen 8 Milliarden € auskommen muss. Insofern sehe ich da keinen großen Widerspruch. Ich danke Ihnen dafür, dass Sie das einmal in den großen Rahmen gesetzt haben.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Ja, bitte.

Jan Marcus Rossa [FDP]: Ich habe nur eine kurze Frage: Das bedeutet, dass Sie der Beitragserhöhung zustimmen werden?

- Nein, das bedeutet es nicht. Ich habe gesagt: Wir stellen den Beitrag an sich nicht infrage. Wir stellen nur infrage, ob eine Gebührenerhöhung sinnvoll ist, wenn gleichzeitig gesagt wird, von allen Seiten, sowohl aus dem Kreis der Ministerpräsidenten als auch von den Intendanten selbst, dass gespart werden muss. Das ist für uns unlogisch. - Ja, bitte.

- Ich habe eine weitere Anmerkung. Darf ich?

- Ja, gern.

(Volker Schnurrbusch)

- Ich muss etwas zu dem klarstellen, was ich vorhin gesagt habe. Wenn wir in die Verfassung gucken, wenn wir uns bewusst sind, wie der Rundfunkauftrag heute ausgestaltet ist, dann ist der Finanzbedarf, den die Rundfunkanstalten angemeldet haben, höher als das, was die KEF festgestellt hat. Das heißt, der Beschluss der KEF führt dazu, dass ein erhebliches Einsparpotenzial gehoben werden muss. Das ist auch nicht geleugnet worden.

Vor dem Hintergrund, dass wir alle auf dem Boden der Verfassung stehen sollten, verstehe ich nicht, dass Sie dieser Beitragserhöhung nicht zustimmen können. Es ist meines Erachtens die Pflicht, wenn man verfassungskonform über die finanzielle Ausstattung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks beschließen möchte, dieser Beitragserhöhung zuzustimmen. Sehen Sie das anders?

- Nein, ich sehe das genauso. Es wurde ja eben auch ausgeführt, dass, wenn die Beitragserhöhung nicht durch alle Landesparlamente geht - Sachsen-Anhalt ist ja im Moment noch offen, wie man hört -, dann wahrscheinlich wieder eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht landet.

- Das ist nicht die Antwort auf meine Frage.

- Moment, ich bin ja noch nicht fertig. - Dann werden die Anstalten wahrscheinlich recht bekommen, weil sich der Sachverhalt ja nicht verändert hat. Wir möchten, dass politisch mehr Druck auf die Anstalten ausgeübt wird, damit sie verstehen, dass sie in Zukunft einen anderen Auftrag übernehmen müssen.

- Damit nehmen Sie einen Verfassungsbruch in Kauf.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Moment, Herr Kollege Rossa!

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Nur eine Klage, keinen Bruch. Eine Klage ist ja wohl noch zulässig.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Haben Sie noch Bedarf, eine weitere Zwischenfrage zu stellen? - Nein.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Noch eine Bemerkung an Herrn Harms.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Sind Sie zwei jetzt fein? Gut, dann dürfen Sie jetzt fortfahren.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Wir sind superfein. - Herr Harms, Sie haben kritisiert, dass wir kritisieren, dass es immer noch mehrere Informationskanäle gibt. Ich habe damit nicht die regionalen Informationskanäle gemeint, im Gegenteil, Regionalität finden wir super. Wir sagen in unserem eigenen Konzept: Wir brauchen Heimatverbundenheit und Regionalität. Aber warum muss es Phoenix, Tagesschau24 und ZDFinfo geben? Das hat mir noch keiner beantworten können - obwohl die ein gutes Programm liefern, gar keine Frage.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

(Widerspruch FDP)

- Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Jan Marcus Rossa.

Jan Marcus Rossa [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich brauche keine 3 Minuten; ich möchte nur eines feststellen: Die AfD ist der Auffassung, dass sie politisch Druck machen möchte auf den Rundfunkbeitrag und den öffentlich-rechtlichen Rundfunk insgesamt. Ich möchte weiter feststellen, dass sie dafür einen Verfassungsbruch in Kauf nimmt beziehungsweise den sogar anstrebt, wenn sie gegen eine verfassungsrechtlich gebotene Beitragserhöhung hier und heute stimmen will. Ich möchte in dieser Deutlichkeit festgestellt haben, auch für die Geschichtsbücher, dass Sie hier ganz offen einen Verfassungsbruch ankündigen. - Vielen Dank.

(Vereinzelter Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Jörg Nobis [AfD]:
Schuldenbremse!)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch ich möchte etwas richtigstellen: Der

(Lars Harms)

Sender TV 2 ist ein werbefinanziertes Privatfernsehen, vergleichbar mit unserem Sky. Man bezahlt für den Empfang und bekommt bei dem Sender Werbung obendrauf. Sie haben recht: Wie so vieles, was aus Dänemark kommt, ist das ein qualitativ sehr hochwertiger Sender.

Der dänische Rundfunk nennt sich Danmarks Radio, abgekürzt „DR“. Alles, was unter „DR“ finden - das sind nicht nur ein Fernsehprogramm, sondern mehrere, und es sind nicht nur ein Rundfunkprogramm, sondern mehrere mit einer sehr großen regionalen und inhaltlichen Vielfalt -, sind die Staatsmedien in Dänemark. Die werden steuerfinanziert. Was bei uns über Gebühren finanziert wird, wird in Dänemark über Steuern finanziert. Dabei kommt am Ende das Gleiche heraus: ein hervorragender öffentlich-rechtlicher Rundfunk in voller Unabhängigkeit. Das ist das Entscheidende.

Wenn ich heute höre, was sich die Kollegin von Sayn-Wittgenstein wünscht, weiß ich erst, wie gut es ist, dass wir diesen unabhängigen Rundfunk haben. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Der Ausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf Drucksache 19/2279 anzunehmen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, FDP und CDU gegen die Stimmen der Abgeordneten von Sayn-Wittgenstein und der AfD-Fraktion angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 14 auf:

Gesundheitsversorgung für Kinder und Jugendliche sichern und stärken

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/2325

Gesundheitsversorgung für Kinder und Jugendliche

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/2365 (neu)

Das Wort zur Begründung wird, wie ich sehe, nicht gewünscht. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Bernd Heinemann.

Bernd Heinemann [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Unser Gesundheitssystem ist eines der erfolgreichsten weltweit, aber in einigen Bereichen nicht zuletzt wegen unserer hohen Ansprüche schon im Normalbetrieb auf Kante genäht. Der Kostendruck ist über die letzten Jahre ständig gestiegen, und das wird in der aktuellen Situation noch einmal richtig deutlich. Aber die Probleme werden angepackt, und aus unserer Sicht hat die große Debatte zur Neuaufstellung unserer Gesundheitsversorgung gerade erst begonnen. Mit 38 Gesetzen und Verordnungen zur Neuaufstellung des Gesundheitssystems hat die aktuelle Bundesregierung alle Rekorde gebrochen.

Auch wir Sozialdemokraten haben aus Fehlern der Vergangenheit gelernt: Krankenhäuser dürfen nicht weiter privatisiert werden. Die vollständige Ökonomisierung der Gesundheitsversorgung ist ein Irrweg. Jetzt ist die Zeit, um Reformen voranzubringen. Heute geht es speziell um die Versorgung unserer Kleinsten. Für sie haben wir noch eine zusätzliche Verantwortung. Das wird durch das aktuelle System der Fallpauschalen in einigen Bereichen sogar noch erschwert. Kinder sind keine kleinen Erwachsenen, sie sind ganz unterschiedlich in ihren Entwicklungen. Sie brauchen häufig deutlich mehr Zuwendung. Deshalb kann man nicht einfach ein Standard-Preisschild an ihre Behandlung hängen.

Zudem kommen 80 % der Kinder als Akut-Fälle in die Klinik. Die Konsequenz: Kliniken zahlen bei der Behandlung von Kindern oft drauf, und weil in den Krankenhäusern häufig eher die Controller als die Ärzte das Sagen haben, wird deshalb die Kindermedizin schnell eingeschränkt. Was sich nicht lohnt, wird in unserem Gesundheitssystem oft nur noch halbherzig angeboten. Besonders wenn es um kranke Kinder geht, ist das unverantwortlich. Deshalb brauchen wir einen Systemwechsel. Die Fallpauschalen für Kinder müssen entweder verschwinden oder völlig neu aufgestellt werden. Wir brauchen eine Grundfinanzierung, die durch eine individuelle Finanzierung von Behandlungen ergänzt wird.

Manuela Schwesig will das Thema in einer Bundessratsinitiative voranbringen. Wir hoffen, dass Sie als Landesregierung diesen Vorstoß unterstützen. Einen

(Bernd Heinemann)

ersten Schritt will Gesundheitsminister Spahn mit einem weiteren Gesetz zur Sicherstellung von stationärer Kinder- und Jugendmedizin gehen. Kinderkrankenhäuser und Fachabteilungen für Kinder- und Jugendmedizin sollen ab dem kommenden Jahr einen Sicherstellungszuschlag in Höhe von pauschal 400.000 € pro Jahr erhalten können. Das kommt Krankenhäusern wie Eckernförde und anderen in der Fläche sehr zugute. Dieses Geld kann vor allen Dingen im ländlichen Raum die weitere stationäre Versorgung von Kindern und Jugendlichen sichern, wo es in den letzten Jahren deutschlandweit immer wieder zu Schließungen gekommen ist.

Für die Sicherstellung der Versorgung brauchen wir dann aber auch genügend Fachpersonal. Bis 2030 werden ein Drittel der Kinderärzte in Schleswig-Holstein in Rente oder Pension gehen. Wir brauchen Nachwuchs, und nicht nur bei den Ärzten. Stationäre Betten werden auch geschlossen, weil die Pflegestellen nicht besetzt sind. Schon jetzt müssen auch bei uns im Land Kinderkliniken immer wieder die jungen Patientinnen und Patienten abweisen. Wir müssen uns also intensiv um den Fachkräftenachwuchs im Bereich der Kinder- und Jugendmedizin in Schleswig-Holstein kümmern. Die Unterstützung der Bundesratsinitiative aus Mecklenburg-Vorpommern ist ein sinnvoller Weg und ein richtiger Schritt für ein kindgerechtes System. Deshalb bitten wir um Zustimmung zu unserem Antrag.

Zum Alternativantrag der Koalition möchte ich anmerken, dass Sie ebenfalls einen ganz wichtigen Aspekt der ambulanten und teilstationären Versorgung, die chronisch erkrankten Kinder und Jugendlichen mit komplexem Behandlungsbedarf, ansprechen.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich beantrage, dass unsere beiden Anträge als eigenständige Anträge behandelt werden, denn auch Ihr Ansatz, liebe Koalition, macht Sinn. Er setzt aber einen anderen Schwerpunkt als den, den wir gesetzt haben. Außerdem sind wir Sozialdemokraten davon überzeugt, dass wir im Gesundheitsausschuss diese beiden Schwerpunkte zusammenführen können. Deshalb beantragen wir die Überweisung der beiden eigenständigen Anträge in den Sozial- und Gesundheitsausschuss. - Jetzt danke ich Ihnen für Ihr Zuhören, vielen Dank.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Hans Hinrich Neve das Wort.

Hans Hinrich Neve [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Gesundheitsversorgung von Kindern und Jugendlichen ist uns allen sehr wichtig. Dazu gehören auch die Untersuchungen U 1 bis U 9 und J 1. Genauso nötig sind die Immunisierung durch Impfungen wie gegen Tetanus, Kinderlähmung, Diphtherie oder Masern. Wir erinnern uns, dass gerade vor der Coronapandemie die Masern-Pflichtimpfung doch heftig in der Diskussion war. Durch Corona hat es hier einen anderen, einen realistischeren Blick auf Immunisierung gegeben. Das kommt besonders Kindern und Jugendlichen zugute.

Zur Situation der Kinderheilkunde hat der Minister am 7. November 2019 einen Bericht im Sozialausschuss abgegeben, Umdruck 19/3343. Dort wird auf Seite 2 aufgezählt, welche Maßnahmen für die Verbesserung der Kinderheilkunde bereits getroffen worden sind. Zum Beispiel wird mit der Herabsetzung der Normauslastung von 80 auf 75 % - und damit deutlich niedriger als in dem vorhergehenden Krankenhausplan - sichergestellt, dass genügend Betten vorhanden sind. Auf Initiative Schleswig-Holsteins hin ist auf der Gesundheitsministerkonferenz 2019 einstimmig beschlossen worden, die Krankenhausfinanzierung grundlegend zu überarbeiten. Hierzu ist eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die sich besonders mit der pädiatrischen Versorgung befasst. Es gab hierzu auch einen Alternativantrag von Jamaika im Dezember 2019, Drucksache 19/1895, der insbesondere die folgenden Punkte in Bezug auf Kinderkliniken berücksichtigt wissen wollte. Frau Präsidentin, ich zitiere:

„Kurzfristig sind rechtliche und finanzielle Voraussetzungen zu schaffen, die es den Ländern im Rahmen von Modellversuchen ermöglichen, in besonders sensiblen Versorgungsbereichen, wie zum Beispiel der Kinder- und Jugendmedizin, an Krankenhäusern sektorenübergreifende Versorgungsangebote zu implementieren, die eine ambulante, tagesklinische und stationäre Versorgung innerhalb einer Struktur ermöglichen.“

Das ist im Grunde genommen die Zielrichtung, die wir hier auch als Jamaika verfolgen wollen. Gerade für die Gesundheitsversorgung von Kindern und Jugendlichen sind nämlich diese sektorenübergreifenden Angebote unheimlich wichtig. Besonders das

(Hans Hinrich Neve)

ambulante und tagesklinische Angebot neben der stationären Versorgung innerhalb einer Struktur macht hier mehr Flexibilität möglich und ist auch - da müssen wir uns nichts vormachen - kindgerechter, denn nicht immer ist die stationäre Versorgung notwendig, aber wenn sie denn zwingend notwendig ist, muss die Mutter dabei sein können.

Hier komme ich zu einem nächsten Punkt, den wir auch im Entwurf des Krankenhausgesetzes bereits enthalten haben, in dem die Kinder- und Jugendheilkunde noch einmal besonders thematisiert wird, Stichwort: Begleitperson und auch die vorausschauende Krankenhausplanung zu dieser Thematik.

Zurzeit ist das Thema auch auf Bundesebene stark im Fokus - das wurde eben von Kollegen schon erwähnt -, es ist aber genauso bei Minister Jens Spahn stark im Fokus. Kinderkrankenhäuser und Fachabteilungen für Kinder und Jugendmedizin sollen insbesondere im ländlichen Raum ab dem kommenden Jahr einen Sicherstellungszuschlag erhalten.

Das sehe ich nur als eine Überbrückung an, denn es löst nicht das grundsätzliche Problem der Krankenhausfinanzierung. Insofern wurde am 18. September 2020 auch ein Vorschlag vom Bundesrat zur weiteren Beratung in den Gesundheitsausschuss des Bundesrates überwiesen, wo man sich voraussichtlich heute damit beschäftigen wollte - ich weiß es nicht genau.

Sie sehen aber an all diesen Beispielen: Die Gesundheitsversorgung von Kindern und Jugendlichen steht bei Jamaika, auch bei unserem Minister, ganz oben auf der Agenda. Darauf ist unser Fokus gerichtet. Daher bitten wir um Zustimmung zu unserem Antrag. Herr Heinemann, Ihrem Antrag können wir nicht ganz folgen. Ich finde, unser Antrag geht weiter. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Fraktionsvorsitzende Eka von Kalben das Wort.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Kinder und Jugendliche sind keine kleinen Erwachsenen. Sie sind körperlich und psychisch in der Entwicklung besonders sensibel für schädigende Einflüsse. Deshalb ist auch die Behandlung von Kindern und Jugendlichen eine besondere. Sie

braucht spezifische Kompetenzen in allen Bereichen: Diagnostik und Anamnese, Behandlung und Therapie sowie im Umgang mit den Patienten und ihren Eltern. Kinder und Jugendliche brauchen eine auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene, zuverlässige Gesundheitsversorgung. Das ist erforderlich, damit ihre körperliche Entwicklung und ein gesundes Aufwachsen sichergestellt sind.

Ich weiß nicht, ob Sie es kennen: Wenn ein Kind krank wird, geht man normalerweise zum Kinderarzt oder zur Kinderärztin. Wenn das einmal nicht möglich ist und man zu einem anderen Arzt oder einer anderen Ärztin mit dem Kleinkind geht, habe zumindest ich damit keine guten Erfahrungen gemacht. Ich habe immer gemerkt, dass es ganz besonders wichtig war, eine spezielle, wirklich auf Kinder ausgerichtete Betreuung zu bekommen.

Dies trifft sowohl für die ambulante wie auch für die stationäre Versorgung zu. Weil dies wichtig und nicht selbstverständlich ist, ist es ein Bestandteil der UN-Kinderrechtskonvention. Wir haben in Deutschland zum Glück ein ziemlich gutes Gesundheitssystem, das besonders belastbar ist. Das sind Dinge, die es im Rest der Welt nicht überall gibt. Trotzdem ist auch bei uns nicht alles gut. Wir erleben oft lange Wartezeiten. Jugendliche, die zum Beispiel eine ambulante Psychotherapie brauchen, müssen viel zu lange warten, weil keine freien Kapazitäten in der Therapie vorhanden sind. Die offizielle Versorgungssituation für das Fachgebiet liegt aber bei mehr als 100 %. Genauso gilt es für Kinderarztpraxen: Die offizielle Versorgungssituation für einen bestimmten Bezirk liegt bei mehr als 100 %. Ich sage Ihnen: Alle, die Erfahrungen damit gemacht haben, können sich das nicht vorstellen. Wie passt das zusammen? - Gar nicht. Hier muss nachgesteuert werden.

Häufig ist bei der Behandlung von Kindern und Jugendlichen keine oder nur eine kurze stationäre Versorgung notwendig. Dafür aber ist der Bedarf an komplexen ambulanten und tagesklinischen Leistungen hoch. Diesen Besonderheiten muss Rechnung getragen werden, und sie müssen in den Versorgungsstrukturen abgebildet werden. Bisher ist das leider kaum der Fall. Besonders relevant sind in diesem Zusammenhang die getrennten Finanzierungssysteme.

Wir wollen das ändern: Der Jamaika-Antrag schlägt konkrete Maßnahmen vor. Besonders wichtig ist eine auskömmliche Finanzierung der Kinder- und Jugendmedizin in den Krankenhäusern. Die Fallpauschalen allein stellen nicht sicher, dass die realen Kosten gedeckt sind. Gleiches gilt für die Geburts-

(Eka von Kalben)

hilfe. Zumindest für diese Angebote der Regelversorgung brauchen wir eine zusätzliche Finanzierung.

Eine Lösung wäre, die Vorhaltekosten mit einer Grundpauschale abzudecken. Genau das haben wir Grüne in Schleswig-Holstein schon auf einem Parteitag vor fünf Jahren beschlossen. Wir begrüßen, dass Jamaika diese Forderung unterstützt, und wir begrüßen besonders, dass die Landesregierung, sprich unser Gesundheitsminister, bereits einen Vorstoß zur Neuordnung des Krankenhausentgeltrechts gemacht hat. Vielen Dank dafür, Herr Garg!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Diese konstruktiven Vorschläge müssen auch auf Bundesebene weiter vorangetrieben werden. Dazu ermutigen wir Sie ausdrücklich.

Nur gemeinsam können die zuständigen Akteure in Schleswig-Holstein eine bedarfsgerechte Versorgung von Kindern und Jugendlichen ausbauen. Die Landesregierung allein kann das nicht. Sie wird sich aber auf Bundesebene dafür einsetzen, eine sektorenübergreifende Versorgung zu erleichtern. Wir werden mit den Krankenkassen und der Kassenärztlichen Vereinigung die Möglichkeiten prüfen, ob in Schleswig-Holstein ein Modellversuch für eine sektorenübergreifende Versorgung - also in verschiedenen Bereichen - nach § 64 SGB V auf den Weg gebracht werden kann.

Zu einer guten Gesundheitsversorgung für Kinder und Jugendliche gehört auch, in Schleswig-Holstein die teilstationäre Versorgung mit Tageskliniken - also teilweise in der Klinik und teilweise zu Hause - an geeigneten Standorten weiterzuentwickeln, soweit es rechtlich zulässig und sinnvoll ist. Auch das werden wir tun.

Jamaika geht voran. Wir werden tatsächlich eine Abstimmung in der Sache fordern, weil wir - das habe ich eben ausgeführt - darauf setzen, im Bund etwas voranzubringen. Ich glaube, die Zeit eilt. Deshalb halten wir es für sehr sinnvoll, den Antrag jetzt zu beschließen. Bitte stimmen Sie unserem Antrag zu. - Danke.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Dennys Bornhöft das Wort.

Dennys Bornhöft [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft beginnt mit dem Wohl unserer Kinder. Mit der Ratifizierung der UN-Kinderrechtskonvention im Jahr 1992 wurden die besonderen Bedürfnisse von Kindern im geltenden Recht berücksichtigt und verbrieft seither auch das Recht eines jeden Kindes auf das erreichbare Höchstmaß an Gesundheit. Ich denke, darüber sind sich alle Parteien hier in diesem Land einig. Dennoch zeigen Presseberichte quer durch Deutschland Probleme bei der medizinischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen. Dies gilt sowohl in der ambulanten wie auch in der stationären Versorgung. Eine Studie der Universität Köln zeigte, dass es in deutschen Kinderkliniken in vielen Regionen zu Engpässen kommt oder kommen kann.

Alle Eltern in diesem Land können sich glücklich schätzen, in Schleswig-Holstein zu wohnen, denn hier ist die Situation noch deutlich besser als in den meisten anderen Teilen der Bundesrepublik. Die Pädiatrie, also die Kindermedizin, ist sogar für das ohnehin schon finanzintensive Gesundheitswesen ein eher kostspieliger Bereich. Kinder haben je nach Altersgruppe unterschiedliche Anforderungen an eine medizinische Versorgung. Pädiatrische Krankheitsbilder haben ein breites Spektrum. Kindermedizin ist deshalb personalintensiver und somit leider auch teurer.

Die daraus resultierende Unterfinanzierung in der Pädiatrie führt mancherorts zu immer weniger Betten. Der erhöhte Personalbedarf bei der Betreuung von Kindern wird meiner Meinung nach im bestehenden DRG-System nicht adäquat berücksichtigt. Diese Situation ist nicht erst durch die Coronapandemie entstanden, sondern hat sich schon vorher herauskristallisiert. Die Krankenhausfinanzierung ist wie auch die Finanzierung der Kinderheilkunde zwingend reformbedürftig.

(Beifall FDP und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Unterschiedlich sind vielleicht die Wege, mit denen die hier Anwesenden das Ziel einer verbesserten Gesundheitsversorgung für Kinder auf den Weg bringen wollen. Ich finde es interessant, dass der Vorschlag einer Abkehr von einer auf Fallpauschalen basierenden Finanzierung nun von Herrn Heinemann von der SPD vorgetragen wird. Ich finde es sehr gut. Mein Kollege aus der FDP-Bundestagsfraktion Matthias Seestern-Pauly hat im Frühjahr dieses Jahres - also nicht vor langer Zeit - eine Klei-

(Dennys Bornhöft)

ne Anfrage zu diesem Thema an die Bundesregierung gestellt. Das ist die Bundestagsdrucksache 19/18033. Ich zitiere die Antwort der Bundesregierung:

„Aus Sicht der Bundesregierung ist das pauschalierende Entgeltsystem für Krankenhäuser grundsätzlich geeignet, die stationären Leistungen der Kinder- und Jugendmedizin sachgerecht abzubilden.“

(Martin Habersaat [SPD]: Welches Ministerium hat denn geantwortet?)

- Eines von der Großen Koalition, das Sie auch stützen, Herr Habersaat.

Ich denke, wir würden uns alle freuen - -

(Zuruf - Martin Habersaat [SPD]: Immer beim Aufwachen, aber nicht, was Sie denken!)

- Ist das so? Naja, Hauptsache, das machen Sie nicht 300 Tage im Jahr.

Wir alle würden uns sicherlich freuen, wenn auch Sie, Herr Habersaat, wo Sie sich hier schon mit Verve in die Debatte einbringen - das freut mich an dieser Stelle -, sich bei Ihrer Bundestagsfraktion melden und einmal nachfragen, wie der Sachstand zu den angesetzten Expertengesprächen mit Verbänden und Institutionen ist, um hier Verbesserungen zu erreichen. Sie können ja beim nächsten Mal berichten, wenn Sie das gemacht haben.

Einige besondere Herausforderungen einer qualitativen Gesundheitsversorgung für Kinder sind folgende: Häufig ist keine oder nur eine kurze stationäre Versorgung von Kindern notwendig. Dafür steigt der Bedarf an komplexen ambulanten als auch an tagesklinischen Versorgungsbedarfen - es wurde schon erwähnt -, insbesondere bei chronisch kranken Kindern.

Und was ist unser Weg für eine qualitativ hochwertige Versorgung in der Kindermedizin? - Wir glauben, dass eine integrierte Versorgung hier definitiv die Zukunft ist, denn hier werden die verschiedenen Leistungsbereiche des Gesundheitswesens - die ambulante, die stationäre sowie die rehabilitative Versorgung von Patientinnen und Patienten - zusammengeführt und sektorenübergreifend vernetzt.

(Beifall FDP)

Das Mehr an Wissen und der verbesserte Informationsaustausch zwischen allen Beteiligten sind grundlegend für eine erfolgreiche Versorgung. Dadurch wird die Qualität deutlich und spürbar verbessert. In

Schleswig-Holstein verfügen wir bereits über ein gutes Netz an kinderärztlichen Anlaufpraxen an den Standorten der Kinderkliniken. Das bietet auch gute Grundlagen für Modellversuche, um dieses System noch zu verbessern und sektorenübergreifender zu machen.

Das Fallpauschalensystem stößt spätestens bei der Kinderheilkunde - ich habe es erwähnt - definitiv an seine Grenzen und sollte daher dringend reformiert werden, damit die Vorhaltekosten und auch der erhöhte erforderliche Personalaufwand stärker berücksichtigt werden.

(Beifall FDP und Bernd Heinemann [SPD])

Zum Ausschuss: Herr Heinemann, ich kann es bei dem Thema nachvollziehen, dass eine Ausschussdebatte sicherlich angenehm wäre. Sie stellen aber selbst fest, dass auf Bundesebene schon einiges läuft. Sie haben das erwähnt. Beispielsweise haben Sie auf Mecklenburg-Vorpommern verwiesen. Ich möchte noch einmal auf Schleswig-Holstein verweisen, wo wir in diesem Bereich voranschreiten. Ich glaube, wir sollten heute mit starkem Rückenwind etwas verabschieden. Vielleicht können Sie sich dazu durchringen, unserem Antrag zuzustimmen, damit wir unserer Landesregierung mit einem breiten Spektrum den Auftrag für den Bundesrat geben können. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Claus Schaffer.

Claus Schaffer [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Uns liegt zunächst der Antrag der SPD-Fraktion vor mit der wohlklingenden Überschrift: Gesundheitsversorgung für Kinder und Jugendliche sichern und stärken. Ziel soll es sein, eine flächendeckende ambulante und stationäre Gesundheitsversorgung von Kindern und Jugendlichen verstärkt sicherzustellen. Vor allem geht es um die Umstellung der Finanzierung im Bereich der Kinder- und Jugendmedizin weg von den Fallpauschalen hin zu einer sachgerechten Finanzierung, um die auskömmliche Finanzierung zu erreichen. An dieser Stelle sei angemerkt, dass im Antrag nicht dargestellt wird, wie das zukünftige System der Fi-

(Claus Schaffer)

finanzierung der Kinder- und Jugendmedizin dann genau aussehen soll.

Zusätzlich soll sich das Land intensiv für den Fachkräftenachwuchs im Bereich der Kinder- und Jugendmedizin einsetzen. All diese Forderungen sind sicherlich prinzipiell berechtigt. Dennoch ist der Antrag der SPD-Fraktion hier schlicht nicht zu Ende gedacht.

Meine Damen und Herren, wir hörten es bereits: Kinder sind unsere Zukunft. Das steht außer Frage, und das Land muss dafür sorgen, dass die Gesundheitsversorgung von Kindern unabhängig vom Wohnort und vom sozialen Status jederzeit sichergestellt ist. Richtig ist auch, dass es Probleme in der Kinder- und Jugendmedizin gibt. Doch warum ist das so?

Die Gesundheitsleistungen in der Pädiatrie sind zum Teil nicht angemessen und nicht auskömmlich finanziert, denn Krankenhausleistungen werden in Deutschland seit 2004 mit Fallpauschalen - kurz DRG-System - je nach Art und Schwere sowie Behandlungsmethode unabhängig von der Länge des Krankenhausaufenthalts vergütet. Insbesondere Kinder- und Jugendkliniken gelten in diesem Finanzierungssystem als wirtschaftlich problematisch. Die Behandlung und Pflege von Kindern ist intensiv und aufwendig, und das System der Fallpauschalen stellt dies nicht hinreichend dar. Die besonderen Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen, die eine hochindividualisierte medizinische Behandlung und eine besondere persönliche Zuwendung brauchen, werden im DRG-System schlicht ignoriert. Zudem sind die meisten Leistungen in der Pädiatrie nicht planbar, sodass die nötigen Vorhaltekosten deutlich höher liegen als bei Erwachsenen. Krankenhäuser, die nicht die entsprechenden Fallzahlen haben, können für die Vorhaltung in diesen Leistungsbereichen keine Kostendeckung erreichen.

Was wir also dringend brauchen, und das ist von vielen schon gesagt worden, ist ein neues Finanzierungssystem für die Gesundheitsversorgung insgesamt und nicht nur für den Teilbereich der Pädiatrie. Es ist zu kurz gedacht, nur die Fallpauschalen für die Kinderheilkunde abzuschaffen. Die Versorgung von Krebspatienten oder Infarktpatienten ist mindestens genauso aufwendig, um nur einige Beispiele zu nennen.

Wir müssen zu einer soliden Finanzierung von Krankenhäusern mit Regelversorgung kommen. Die Abschaffung der Fallpauschalen halten wir hierbei tatsächlich für geboten. Erforderlich ist aber mindestens eine wirklich grundlegende Reform des be-

stehenden Fallpauschalensystems. Die Lösung kann die Entwicklung eines neuen Systems sein, welches auf einer prospektiv regionalen und pauschalierten Finanzierung basiert, wie es zum Beispiel die AfD-Bundestagsfraktion fordert.

Auch ein Blick in die europäischen Nachbarländer kann hier hilfreich sein. Das Schweizer Fallpauschalenmodell ist wesentlich flexibler und bildet die Konzentration und Spezialisierung von Leistungen besser ab als das deutsche System. Die Schweizer nehmen die Fallpauschalen nicht als fixes, unabänderliches Preissystem, sondern als Richtwert bei der Bewertung der Wirtschaftlichkeit eines Krankenhauses. So ergibt sich der Preis für eine Behandlung aus der Multiplikation des Basispreises, einer Base-Rate, mit dem Kostengewicht, das die Komplexität oder eben den Aufwand einer bestimmten Behandlung im Vergleich zu einer anderen ausdrückt. Auf diese Weise kommen die Schweizer zu wesentlich gerechteren oder adäquateren Vergütungen als wir in Deutschland. Wichtig ist auch, dass das Fallpauschalensystem dergestalt reformiert wird, dass bei der Vergütung regionale Unterschiede und die Besonderheiten berücksichtigt werden. Das wäre zum Beispiel beim prospektiv regionalen Fallpauschalensystem der AfD der Fall.

Das DRG-System ist langfristig nicht tragbar. Auch darüber besteht hier Einigkeit. Aber durch sporadische Interventionen wie jetzt von der SPD vorgeschlagen, wird es nicht zu retten sein. In der Sache lehnen wir den Antrag daher ab. Der Alternativantrag trifft da eher auf unsere Zustimmung, denn gegen den Vorschlag eines Modellversuchs für sektorenübergreifende Versorgung spricht zunächst nichts. Da gehen wir gern mit. Wir sind allerdings auch gespannt, was aus den Ankündigungen zur Neuordnung des Fallpauschalensystems wird. Herr Minister Garg, darauf freuen wir uns schon. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Abgeordneten des SSW hat die Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering das Wort.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrte Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Kinder und Jugendliche haben häufig andere Krankheitsbilder als Erwachsene. Ihre Versorgung ist für Mediziner nicht selten eine besondere Herausforderung. Sie sind auch nicht weniger oder seltener krank als Ältere. Für ein möglichst

(Jette Waldinger-Thiering)

gesundes Aufwachsen brauchen sie daher eine verlässliche und eben in Teilen auch individuelle medizinische Versorgung. Leider scheint es hier aber immer öfter Engpässe zu geben. Deshalb haben wir wieder das Thema Pädiatrie auf der Tagesordnung.

Die Altersgruppe unter 14 Jahren macht einen Anteil der Bevölkerung von etwa 13 % aus. Für die medizinische Versorgung von Kindern und Jugendlichen verwenden wir aktuell aber nur 8 % der Gesundheitskosten. Auf diese Zahlen verweist die SPD in einem Beschluss ihres Präsidiums und fordert, dass zumindest mit Blick auf aktuelle Konjunkturmittel ein sachgerechter Anteil von 13 % für die Finanzierung kinder- und jugendmedizinischer Versorgungsstrukturen verwendet werden soll. Das ist aus Sicht des SSW absolut sinnvoll und auch Unterstützung wert.

Auch der vorliegende Antrag hat zum Ziel, die medizinischen Angebote für Kinder und Jugendliche zu verbessern. Sowohl die ambulante als auch die stationäre Versorgung junger Menschen soll flächendeckend sichergestellt und gestärkt werden. Dies wird völlig zu Recht als zentraler Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge gesehen. Das ist eine Zielsetzung und eine Begründung, die ich als Eckernförder Abgeordnete absolut teilen kann, denn auch in meiner Heimatstadt müssen junge Patientinnen und Patienten im Zweifel weite Wege in Kauf nehmen, um behandelt zu werden. In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal sehr gern an die entsprechende Resolution des Kreistags Rendsburg-Eckernförde erinnern und um Unterstützung für den Klinikstandort Eckernförde werben.

Fakt ist, dass Kinder- und Jugendärzte auch bei uns in Schleswig-Holstein seit Längerem auf Versorgungsengpässe hinweisen. Vor allem im ländlichen Raum zeigt sich, dass Kinderstationen für Krankenhäuser oftmals nicht rentabel sind. Altbekannte Gründe sind die zu geringen Fallzahlen bei einem hohen Personalaufwand und natürlich das System der Fallpauschalen.

Vor dem Hintergrund scheint die Idee der SPD, die Kinder- und Jugendmedizin aus dem System der Fallpauschalen herauszunehmen, erst einmal sinnvoll. Aber eine Grundfinanzierung für alle pädiatrischen Leistungen wäre ja nichts anderes als ein Parallelsystem in nur einem Problembereich von vielen. Das ist zwar gut gemeint, aber es ist, so finde ich, nicht konsequent zu Ende gedacht.

Wenn es um das Thema Fallpauschalen geht, dann ist für uns völlig klar, dass wir eine wirklich grundlegende Reform brauchen. Ich denke, darüber, dass

uns das bestehende System nicht nur Vorteile gebracht hat, sind wir uns weitestgehend einig.

Was aber sehr viel schneller hilft, spricht die SPD als letzten Punkt an - wir haben vorhin schon einmal darüber gesprochen, und einige Dinge machen wir schon -: das Thema des Fachkräftenachwuchses und damit auch der Arbeitsbedingungen. Hier liegt eine ganz wesentliche Ursache für die aktuellen Probleme. Laut Kinderärzten mangelt es in der Pädiatrie weder an Räumen noch an Material, sondern schlicht an Personal. Pflegestellen sind nicht oder so knapp besetzt, dass Krankheiten und Urlaube nicht kompensiert werden können. Hier müssen wir ran und nicht nur für die Ausbildung, sondern auch für die Arbeitsbedingungen mehr tun, zum Beispiel durch bessere Gehälter oder flexiblere Arbeitszeitmodelle.

(Beifall SSW, SPD und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Landesregierung hat der Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren, Dr. Heiner Garg, das Wort.

(Beifall Christopher Vogt [FDP] - Heiterkeit)

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch - oder: gerade - in der Coronakrise ist und bleibt die Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung für Kinder und Jugendliche ein ganz zentrales Feld für die Landesregierung. Aus meiner Sicht sind dafür mindestens zwei grundlegende Änderungen notwendig: Zum Ersten bedarf es einer Änderung der Krankenhausfinanzierungsstruktur; das haben viele Vorrednerinnen und Vorredner angesprochen. Zum Zweiten brauchen wir eine Änderung in den Versorgungsstrukturen der Kinder- und Jugendmedizin.

Die angesprochenen Probleme bei der Fachkräfterekrutierung bleiben davon vollkommen unberührt. Ich will mir nur - ganz bescheiden - den Hinweis erlauben, dass das Fachkräfteproblem für sämtliche Bereiche in Medizin und Pflege gilt; das ist bedauerlicherweise kein Einzelproblem der Pädiatrie.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wie kein anderer Fachbereich ist die Kinderheilkunde von der Ambulantisierung geprägt. Das bedeutet, dass immer weniger Kinder für immer kürzere Zeiträume in der akutstationären Versorgung bleiben. Das

(Minister Dr. Heiner Garg)

führt zwangsläufig zu kleineren stationären Einheiten. Dabei schwankt die Auslastung genau dieser immer kleiner werdenden Einheiten sehr stark, was verhältnismäßig hohe Vorhaltekosten zur Folge hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, genau diese Vorhaltekosten sind auch in anderen Bereichen der akutstationären Versorgung ein Grundproblem. Aus diesem Grund sage ich mit vollem Ernst, auch im Hinblick auf Kollegin Schwesig, mit der ich viel gemeinsam habe, was die Aufstellung der Versorgungsstrukturen anbelangt - wir haben uns gemeinsam darum bemüht, einen bundeseinheitlichen Basisfallwert zu bekommen; das ist schon lange her, gut zehn Jahre -: Das System der Krankenhausfinanzierung bedarf einer grundlegenden Reform, die genau bei den Vorhaltekosten ansetzt.

Auf der Gesundheitsministerkonferenz im vergangenen Jahr haben deswegen meine Kolleginnen und Kollegen gemeinsam mit mir einstimmig beschlossen, entsprechend tätig zu werden. Die Länder haben Anfang dieses Jahres eine länderoffene Arbeitsgemeinschaft gebildet, was ebenfalls auf der Gesundheitsministerkonferenz im vergangenen Jahr beschlossen wurde. Schleswig-Holstein hat den Vorsitz dieser Arbeitsgruppe inne.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dass wir in dieser Arbeitsgruppe noch nicht so weit gekommen sind, wie wir eigentlich kommen wollten, hat eine Ursache, die Sie alle kennen: Sämtliche Länderkolleginnen und -kollegen hatten in den vergangenen sieben Monaten über das übliche Tagesgeschäft hinaus noch einiges zu tun.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das müssen Sie erklären! - Heiterkeit)

Die Überlegungen, wie wir uns eine künftige Krankenhausstrukturreform vorstellen, die ich anfangs dieses Jahres, am 28. Januar 2020, in der Schleswig-Holsteinischen Landesvertretung in Berlin vorgestellt habe - auf eine Basisfinanzierung für Vorhaltekosten, die jedes Krankenhaus hat, setzen komplett neu justierte Fallpauschalen auf -, haben nichts an Aktualität verloren. Ganz im Gegenteil, auch die heutige Debatte zeigt, dass diese Strukturreform dringend notwendig ist.

Wir wollen an diesem geordneten und, wie ich meine, zielgerichteten Verfahren festhalten. Mein Ziel ist es, das Vergütungssystem für die Erbringung stationärer Leistungen grundlegend zu reformieren. Wir wollen die leistungsbezogene Abrechnung nach Fallpauschalen durch eine leistungsunabhängige Vergütungskomponente ergänzen, die die Vorhaltekosten der Häuser wirklich abdeckt.

Was ich kritisch sehe - das weiß Kollegin Schwesig auch -, ist das Herausnehmen eines einzelnen Bereichs, das heißt Sonderregelungen für einzelne Fachabteilungen. Es spielt übrigens keine Rolle, welche es ist. Am Beispiel der Pädiatrie will ich es verdeutlichen: Das würde in Wahrheit neue Probleme schaffen. Was das System der DRG angeht, so können Sie ja in ihrer jeweiligen Fraktion eine Umfrage machen, wer dieses unglaubliche, kaum noch zu durchschauende, komplexe Regelwerk innerhalb von 3 Minuten wirklich erklären kann. Durch die Herausnahme einzelner Bereiche würde es noch komplizierter werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich appelliere und schlage vor, dass wir die Versorgungsstrukturen in der Kinder- und Jugendmedizin grundsätzlich verbessern. Insbesondere im ländlichen Bereich müssen die Kinderkliniken in die Lage versetzt werden, verstärkt ambulante und auch tagesklinische Leistungen zu erbringen, die entsprechend vergütet werden.

Die Voraussetzungen dafür - das will ich auch sehr deutlich sagen - sind in Schleswig-Holstein gut. Wir haben derzeit elf Standorte mit einer notfallversorgenden allgemeinen Kinderklinik. An diesen Standorten werden insgesamt 400 Betten bereitgehalten und jährlich circa 25.000 junge Patientinnen und Patienten versorgt. Wir verfügen zudem über vier Sozialpädiatrische Zentren und vier Tageskliniken, wobei bald eine fünfte hinzukommt.

Ich sage das deswegen so deutlich, weil viele Flächenländer uns seit Jahren um dieses System aus elf kinderärztlichen Anlaufpraxen beneiden.

Wir haben in Schleswig-Holstein 208 niedergelassene Kinderärztinnen und Kinderärzte, was - derzeit jedenfalls noch - wesentlich zu einer flächendeckenden Versorgung beiträgt. Zudem verfügen viele Kinderärztinnen und Kinderärzte in den Krankenhäusern über eine sogenannte Ermächtigung, also eine Zulassung für eine spezialisierte ambulante Versorgung.

Aus der Analyse der Versorgungsstrukturen in Schleswig-Holstein haben wir unter anderem den Schluss gezogen, dass die tagesklinische Behandlung und die Diagnostik eine sinnvolle und auch eine notwendige Ergänzung an den Standorten sein können. Wenn es krankenhausergeltrechtlich möglich und krankenhauserplanerisch sinnvoll ist, werden wir vorhandene Tageskliniken ausbauen und weitere Tageskliniken aufbauen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Minister Dr. Heiner Garg)

(Beifall FDP und Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Letzter Punkt: Wir brauchen außerdem - auch das haben die Rednerinnen und Redner vorhin zum Teil schon angesprochen - eine viel stärkere Vernetzung der Sektoren, wenn gleichzeitig die Versorgung in der Fläche aufrechterhalten werden soll. Die Kinderheilkunde bedarf daher einer wesentlich stärkeren sektorenverbindenden Versorgung, als es bislang der Fall gewesen ist.

Ziel ist es, die vorhandenen Strukturen an vielen Klinikstandorten, die neben der stationären und der tagesklinischen Versorgung auch die Ermächtigung von Kinderärztinnen und Kinderärzten sowie die kassenärztlichen Anlaufpraxen umfassen, zu einer sektorenverbindenden Struktur zusammenzufassen.

Die Abgeordnete von Kalben hat darauf hingewiesen: Wir prüfen derzeit gemeinsam mit den Landesverbänden der Krankenkassen und der Kassenärztlichen Vereinigung die Möglichkeit eines Modellversuchs in Schleswig-Holstein, und zwar im Sinne einer echten sektorenverbindenden Versorgung in der Kinderheilkunde. Das wäre ein unglaublich schönes und unglaublich wichtiges Projekt, um zeigen zu können, worum es in Wahrheit geht: In Wahrheit geht es darum, dass sich die medizinische Versorgung auch bei Kindern und Jugendlichen nicht um irgendwelche Sektoren dreht. Im Zentrum aller Überlegungen stehen die Kinder und Jugendlichen, nicht aber irgendwelche Organisationsstrukturen. Für diese Kinder und Jugendlichen muss die jeweils beste medizinische Versorgung angeboten und organisiert werden. - Vielen Dank. Ich habe nur 3 Minuten überzogen.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

War das richtig so, Herr Kollege Vogt?

(Christopher Vogt [FDP]: Neuer Rekord!)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Der Minister hat die vorgesehene Redezeit um 3 Minuten erweitert. - Ich sehe aber nicht, dass eine Fraktion davon Gebrauch machen möchte. Weitere Wortmeldungen liegen mir nämlich nicht vor. Ich schließe deshalb auch die Beratungen.

Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 19/2325 sowie den Alternativantrag Drucksache 19/2365 (neu) dem Sozialausschuss zu überweisen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse somit über die Anträge in der Sache abstimmen.

Ich lasse zunächst abstimmen über den Antrag der Fraktion der SPD in der Drucksache 19/2325. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Damit ist der Antrag Drucksache 19/2325 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und der Stimme der Abgeordneten von Sayn-Wittgenstein gegen die Stimmen von SPD und SSW abgelehnt.

Ich lasse dann abstimmen über den Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW.

(Lars Harms [SSW]: Wir haben gegen den Antrag der SPD gestimmt! - Beifall CDU und FDP)

- Ich halte somit fest, dass lediglich die SPD-Fraktion dem Antrag zugestimmt hat.

Ich lasse dann abstimmen über den Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/2365 (neu). Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe. - Enthaltungen? - Einstimmig, wunderbar!

Ich unterbreche die Tagung bis morgen früh, 10 Uhr, und wünsche allen einen wunderbaren Feierabend. Es ist ja auch schon spät.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18:22 Uhr